Erziehung und Wissenschaft

Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

10/2011

anders bauen – besser lernen

GASTKOMMENTAR

Fantasiewelten schaffen

Wenn es um den Bau von Bildungseinrichtungen geht, wird unter Architekten gerne darüber diskutiert, ob eine nüchtern reduzierte oder eine farbenfrohe und expressive Formgebung die Richtige sei. Dabei kann man unterstellen, dass ihnen das Wohl der Kinder und Pädagogen, für die sie die Gebäude bauen oder umbauen, nicht gleichgültig ist. Sie sind vielmehr sehr davon überzeugt, das Richtige zu tun und bitter enttäuscht, wenn Leitung, Lehrkräfte oder Erzieherinnen bauliche Veränderungen an den Gebäuden wollen, die sie wiederum aus alltäglichem Gebrauch heraus für sich und die Lernenden für notwendig erachten. Das ist das Spannungsfeld zwischen pädagogischem Alltag und der Arbeit der Architekten, mit dem wir umgehen müssen. Kinder und Jugendliche haben wiederum zu selten Gelegenheit, sich konstruktiv über die Bauten, in denen sie lernen und spielen, zu äußern. Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen, etwa der Psychologe Christian Rittelmeyer oder die Kulturwissenschaftlerin Karen van den Berg, haben untersucht, wie Räume und Gebäude auf Kinder und Jugendliche wirken, die dort täglich ein- und ausgehen. Rittelmeyer hat beispielsweise festgestellt, dass eine Einrichtung als einladend eingestuft wird, wenn sie abwechslungs- und anregungsreich, freilassend und befreiend, warm und weich erscheint. Diesen Untersuchungen folgend kann man feststellen, dass das Wohlbefinden der Heranwachsenden sehr zu ihrer Identifikation mit der Kita oder Schule beiträgt. Nicht ohne Grund hat der Reformpädagoge Loris Malaguzzi den Raum nach den Mitlernenden und den Lehrenden als „dritten Pädagogen" bezeichnet. Wie aber soll eine Architektur aussehen, die eine Atmosphäre schafft, in der sich Kinder, Jugendliche und Lehrende gleichermaßen wohlfühlen, die sie zum Lernen und Arbeiten anregt und mit der sie sich identifizieren können? Architekten können bauliche Strukturen schaffen, die solche Ansprüche erfüllen. Sie können die Menschen fragen, was sie gerne für ein Haus, für eine Kita oder Schule haben wollen!

Als Architektin habe ich mit den Baupiloten an der TU Berlin, einer Gruppe von Studierenden und lehrenden Architekten, eine Vielzahl an Um- und Neubauten von Schulen und Kindergärten entwickelt, bei denen neben brisanten ökologischen Fragen vor allem die Mitwirkung der Nutzer im Zentrum der Arbeit steht. Wir haben dafür Methoden der Kommunikation in verschiedenen Workshops entwickelt, mit deren Hilfe wir ermitteln, welche atmosphärischen Qualitäten die Nutzer, vor allem die Schul- und Kitakinder, von ihren Räumlichkeiten erwarten. Besser: in welcher Welt sie sich aufhalten wollen. Wir unterstützen sie dabei, eigene, gerne auch fantastische Vorstellungen zu entwickeln. Dabei erfahren wir gleichzeitig viel über ihren Alltag und ihre Gewohnheiten. All das fließt in unsere Entwürfe ein, die die Kinder und Jugendlichen in eigens angelegten Rückkopplungsverfahren noch einmal gegenprüfen. Dabei kommt es sehr darauf an, dass es uns gelingt, die Raumatmosphäre in der von den Lernenden gewünschten Welt entsprechend zu gestalten. Ob die Türen, Fenster oder die Möbel rot, grün, grau oder schwarz sind, ist dabei zweitrangig.*

Foto: privat

Susanne Hofmann

So entstanden etwa in der Erika-Mann-Grundschule die „Silberdrachenwelten" (s. S. 6 ff.), in der Carl-Bolle-Schule bewegt sich ein „Spion mit einem schimmernden Deckmantel". Es gibt einen „Traumbaum" in einer Kita in Berlin-Kreuzberg, die diesen Namen trägt. Der Neubau einer anderen Kita in Leipzig (s. S. 6 ff.) entsteht aus einer Regenbogen- und einer Vulkanwelt. Nun sprühen dort keine Funken, der Traumbaum wächst auch nicht durch das Dach und die Kinder werden den gesuchten Spion niemals zu sehen bekommen. Diese Räume sind keine Themenparks, ihre Architektur soll die Imagination der Kinder so anregen, dass sie die vorgestellten Welten in ihrer Fantasie in Geschichten weiterspinnen. Und so erzählen sie den Neulingen in der Kita oder Schule von einem freundlichen Silberdrachen, richten als Kleinkinder Wünsche an den Traumbaum oder lernen entdeckend wissenschaftliche Phänomene wie Lichtreflektion und -brechung kennen, wenn sie den „Spion im schimmernden Deckmantel" verfolgen.

Nüchtern und zurückhaltend sind solche Räume nicht, aber fantasieanregend und hoffentlich ein guter „dritter Pädagoge".

Prof. Dipl.-Ing. Susanne Hofmann, Architektin

**www.baupiloten.com*

Prämie des Monats
Seite 5

Ob von CD oder als MP3: Jetzt gibt es was auf die Ohren! Sie werben im Oktober ein neues GEW-Mitglied und erhalten einen 30-Euro-Gutschein von Amazon.

Impressum

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 63. Jg.

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund.
Vorsitzender: Ulrich Thöne.
Redaktionsleitung: Ulf Rödde.
Redaktion: Helga Haas-Rietschel.
Redaktionsassistenz: Renate Körner.
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M.,
Telefon (0 69) 7 89 73-0, Telefax (0 69) 7 89 73-2 02.
Internet: www.gew.de

Redaktionsschluss ist der 10. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich, jeweils am 5. des Monats mit Ausnahme der Sommerferien.

Gestaltung: Werbeagentur Zimmermann, Heddernheimer Landstraße 144, 60439 Frankfurt
Druck: apm AG, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt.

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saar, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen,
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller,
Tel. (02 01) 8 43 00-0, Telefax (02 01) 47 25 90,
anzeigen@stamm.de; **www.erziehungundwissenschaft.de,**
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 37 vom 1. 1. 2009,
Anzeigenschluss ca. am 5. des Vormonats.

E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Altpapier gedruckt.

ISSN 0342-0671

Foto: Kay Herschelmann

***Anders bauen – besser lernen** titelt die Oktober-Ausgabe der E&W. Im Mittelpunkt steht der „dritte Pädagoge“: der Raum. Wie trägt er dazu bei, dass sich Lehrende, Erziehende, Kinder und Jugendliche in ihrer Lern- und Arbeitsumgebung wohlfühlen? Dem voraus geht der sicher nicht immer spannungsfreie Dialog zwischen Architektur und Pädagogik, der Einbezug der Kinder. Gelingt das, kann, wie die Beispiele zeigen, fantasievolle Architektur entstehen, die mit warmen Farben, ungewohnten Formen, mit Helligkeit und Lichtreflexen jongliert. Kommt eine energiesparende, lärmdämpfende Bauweise hinzu, kann sich der Alltag in Kita und Schule nachhaltig verbessern.*
*Schwerpunkt **Seite 6 ff**.*

Foto: privat

„Der Einfluss islamischer Vereine kommt zu kurz“**, kritisiert der Lehrer Süleyman Ates im Interview den Fokus der aktuellen NRW-Studie zum muslimischen Leben. Manch ein muslimischer Jugendlicher, der Moschee-Vereine besucht, übe regelrecht Druck auf seine muslimischen Mitschüler im Schulalltag aus. Ates wünscht sich eine offensivere Auseinandersetzung mit fundamentalistischen Positionen. Der Pädagoge plädiert auch für mehr interkulturelle Kompetenz in den Lehrerkollegien. Nur so könnten Lehrkräfte die unterschiedlichen kulturellen und religiösen Milieus der Schüler einordnen und verstehen. **Seiten 20/21

Foto: dpa

***E&W-Hintergrund zum Stand des Krippenausbaus:** Ab August 2013 haben alle Ein- und Zweijährigen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz. Doch bislang existiert der nur auf dem Papier. Politik hat den Bedarf an Kinderbetreuung einfach unterschätzt. Jetzt fehlen Geld und Personal. Im Westen Deutschlands „wird es eng“, stellt Thomas Rauschenbach (Deutsches Jugendinstitut) fest. Es mangelt an Fachkräften, vor allem an gut ausgebildeten.*
Seiten 27-32

Gastkommentar
Fantasiewelten schaffen — Seite 2

Impressum — Seite 2

Auf einen Blick — Seite 4

Prämie des Monats — Seite 5

Schwerpunkt: Anders bauen – besser lernen
1. „Der Raum als dritter Pädagoge“ — Seite 6
2. Lern- und Lebensräume — Seite 12
3. Weg in die Zukunft: Energiesparen und Solaranlagen — Seite 16
4. Lärmsanierte Schule: „Kein Allheilmittel“ — Seite 18
5. Interview mit Gerhart Tiesler: „Lärm macht viel kaputt“ — Seite 19

Gesellschaftspolitik
1. Interview mit Süleyman Ates: „Der Einfluss islamischer Vereine auf Jugendliche kommt zu kurz“ — Seite 20
2. GEW-Kommentar: „Mehr Europa – aber anders“ — Seite 23
3. Interview mit Felix Berth: „Hartz-IV-Kinder brauchen die beste Unterstützung“ — Seite 27

Bildungspolitik
1. „Lübecker Bildungsfonds“: warmes Mittagessen für jedes Kind — Seite 21
2. Interview mit Annette Borns (SPD): „Alle müssen sich einbringen“ — Seite 22
3. Länderserie: Hamburg – Dogma des Sparens — Seite 36

Beamtenpolitik
Lehrkräfte dürfen streiken! — Seite 24

Tarifpolitik
1. Mehr Geld — Seite 25
2. Tarifpolitische Konferenz: L-ego bleibt Top-Thema — Seite 26

E&W-Hintergrund: Stand des Krippenausbaus
1. Viele Kinder – wenig Geld — Seite 29
2. Interview mit Thomas Rauschenbach: „Es wird eng!“ — Seite 31

Internationales
Deutsche Schule mit Nazi-Vergangenheit: Pakt des Schweigens in Bariloche — Seite 32

Fair Childhood
Grabsteine aus Kinderhand — Seite 34

Hochschule
GEW-Konferenz: Bund lässt Länder im Stich — Seite 38

GEW-Intern
BFW — Seite 40

Recht und Rechtsschutz — Seite 43

Marktplatz/Leserforum — Seite 44

Diesmal — Seite 48

Titel: Jan Bitter/Werbeagentur Zimmermann

Hoffnung für statuslose Kinder

Vor der Sommerpause hat der Bundestag beschlossen, dass Schulen und öffentliche Erziehungseinrichtungen keine aufenthaltsrechtliche Übermittlungspflicht mehr haben. Falls auch der Bundesrat der Änderung von Paragraf 87 Aufenthaltsgesetz zustimmt – der geplante Termin Ende September stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest – heißt das: In ganz Deutschland müssen Beschäftigte in diesen Einrichtungen der Ausländerbehörde nicht mehr melden, wenn illegal in Deutschland lebende Eltern ihr Kind anmelden. Bisher existierte eine große Grauzone: Es gab – je nach Bundesland und Stadt – völlig unterschiedliche Regelungen.
Allerdings: Die Gesetzesänderung, mit der die Bundesregierung ein Versprechen aus dem Koalitionsvertrag erfüllt, bedeutet nicht automatisch, dass statuslose Kinder ihr Menschenrecht auf Bildung problemlos wahrnehmen können. Denn viele Fragen sind ungelöst. Beispiel Kita: Was ist, wenn Eltern keine Verdienstbescheinigung vorlegen können? Scheitert der Besuch der Kinder dann an der Kostenregelung? Beispiel Schule: Was passiert nach einem Unfall auf dem Schulhof? Zahlt die Versicherung für „Illegale"? Muss der Sanitäter dem Ausländeramt Meldung machen?
Jetzt sind die Landesbehörden gefordert, praxistaugliche Lösungen zu finden. Dies wird aller Voraussicht nach nur geschehen, wenn Hilfsorganisationen wie das Katholische Forum „Leben in der Illegalität" – und auch die GEW – weiter Druck machen. *hbf*

Neuer Anlauf für Mindestlohn in der Weiterbildung

GEW, ver.di und der Arbeitgeberverband BBB hatten im Mai 2011 beim Bundesarbeitsministerium einen neuen Antrag auf Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) ihres Mindestlohntarifvertrags für die Weiterbildungsbranche gestellt. Der Antrag ist am 9. September im Bundesanzeiger veröffentlicht worden. Damit bleiben allen Betroffenen drei Wochen Zeit, gegenüber dem Ministerium Stellung zu nehmen. Die GEW ruft alle Betriebsräte in der Weiterbildung auf, dies zu tun und ihre Stellungnahme auch zum Thema auf Betriebsversammlungen zu machen.
Im Herbst 2010 hatte das Ministerium einen ersten AVE-Antrag der Tarifvertragsparteien abgelehnt (*E&W* berichtete). Gewerkschaften und Arbeitgeber haben in dem neuen Antrag dargelegt, dass es – im Gegensatz zur Argumentation des Ministeriums – ein öffentliches Interesse gebe. Ebenso sei die Repräsentativität des Arbeitgeberverbands nicht zu bestreiten. Für pädagogische Mitarbeiter wird in dem Tarifvertrag bei einer Arbeitszeit von 39 Stunden in der Woche eine Mindeststundenvergütung (brutto) von 12,28 Euro (West und Berlin) bzw. 10,93 Euro (Ost) festgelegt. Jetzt geht es darum, die Mindeststandards auf die ganze Branche auszuweiten. In der nächsten Ausgabe der *E&W* werden wir ausführlich über das Thema berichten. Das GEW-Tarifinfo ist auf *www.gew.de* zu finden.

Bsirske bleibt ver.di-Chef

Frank Bsirske bleibt weitere vier Jahre Chef der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Die 1000 Delegierten des ver.di-Bundeskongresses bestätigten den 59-Jährigen im September in Leipzig mit 94,7 Prozent der Stimmen klar im Amt. Der Politologe führt die 2,1 Millionen Mitglieder zählende Gewerkschaft seit ihrer Gründung 2001. Bsirske bezeichnete das Ergebnis als „klares Signal" für Geschlossenheit. Innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zählte Bsirske von Anfang an zu den schärfsten Gegnern der vom damaligen Kanzler *Gerhard Schröder* (SPD) 2003/2004 eingeleiteten „Agenda-Reformen" und von Hartz IV. Schon früh erkannte Bsirske, dass Minijobs und das Fehlen eines gesetzlichen Mindestlohns vor allem im Dienstleistungsbereich schnell zu prekärer Beschäftigung führen können. Alle Infos zum ver.di-Bundeskongress finden Sie unter: *www.verdi.de/ueber-uns/bundeskongress*.

Foto: dpa

Frank Bsirske

Foto: Christian von Polentz, transit

Mehrere tausend Schüler, Lehrkräfte und Eltern haben am 10. September in Berlin für Verbesserungen im Bildungswesen demonstriert. „Wir fordern, dass das Thema Bildung nach der Wahl ein wichtiger Bestandteil in den Koalitionsverhandlungen wird", sagte Mirko Dehring von der GEW Berlin. Nötig seien mehr Lehrer- und Erzieherstellen, mehr Kita-Plätze, bessere Arbeitsbedingungen für Pädagogen und Investitionen in Gebäude.

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie ein Amazon-Gutschein.

Prämie des Monats Oktober

Ein Amazon-Gutschein im Wert von 30 Euro

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern unter www.gew.de/Praemienwerbung.html

Keine Lust auf unser Online-Fomular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-2 1 1

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name _____ GEW-Landesverband _____

Straße/Nr. _____ Telefon _____ Fax _____

PLZ/Ort _____ E-Mail _____

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E+W-Prämie des Monats Oktober 2011/Amazon-Gutschein

„Der Raum als dr

Architektur verändert Schulen und Kitas

Fotos: Baupiloten

Licht, Farbe, Raum, Akustik bilden den Rahmen für den Lern- und Lebensalltag von Pädagogen, Kindern und Jugendlichen. Es ist ein Unterschied, ob man in einer Betonburg unterrichtet und Vokabeln paukt oder in einer Umgebung, die mit Farben und Formen spielt, in der Raum für Bewegung, aber auch Ruhe ist. Freude am Lernen und Arbeiten hat etwas mit Wohlfühlen zu tun.

In den honiggelben Gängen der Oberlin-Schule in Potsdam-Babelsberg ist es so ruhig als seien noch Ferien. Wie von Watte gedämpft federn die Schritte über das leuchtende Linoleum. Doch in den Klassenzimmern wird längst konzentriert gearbeitet. Die Glasschlitze neben den Türen geben den Blick auf die Schüler frei. Rechts singen die Drittklässler fingerschnipsend ein Lied. Links sitzen die Schüler der vierten Klasse über gemeinsamer Lektüre. Oben, im moosgrünen Stock der Oberschüler, plaudert die 7 b in Englisch. „Die Türen sind zu, aber durch die Glasscheiben sieht man von draußen, oh, nicht stören, da wird gearbeitet. Man merkt von drinnen, ach, da geht jemand vorbei, wir sind nicht allein“, sagt Schulleiter *Uwe Plenzke*. Er schwärmt von der Transparenz und der Helligkeit des neuen Gebäudes, selbst an regengrauen Tagen wie heute. Von dem „ganz neuen inneren Klang“ der Schule, der Ruhe, die den Alltag so viel angenehmer macht, gerade an einer Förderschule, an der sich die Freudenjuchzer von Kindern mit auditiven Wahrnehmungsstörungen zu schrillen Crescendi steigern können.

Draußen vor der Tür ist Baustelle. Vor dem Westeingang zum alten Backsteinbau stapeln sich ausgemusterte Computer, Schränke, Regale. Planierraupe und Bagger glänzen regennass. 11.40 Uhr, große Pause. Im lackbunten Neubau springen die Türen auf. Die Schüler strömen auf die Flure, Fußläufer schlängeln sich an Rollifahrern vorbei. Sie treffen sich an den Tischtennisplatten oder verweilen auf den großen Freiflächen, die in jedem Stock die Klassenzimmer verbinden. Vor drei Wochen erst hat die Schule die neuen Räume bezogen. „Die

Foto: Kay Herschelmann

Oberlin-Förderschule in Potsdam-Babelsberg; vor allem das Innenleben des lackbunten Neubaus zeigt: Architektur kann das Lernen unterstützen, das Miteinander beflügeln.

ritter Pädagoge“

Kita Lichtenbergweg in Leipzig. So wie in der Collage soll es einmal aussehen: enge Verbindung von drinnen und draußen. Überall führen Türen ins Grüne.

Flure sind das Highlight“, sagt Plenzke. „Wir haben jetzt überall Kommunikationsflächen, auf denen wir zusammen singen, etwas vortragen, uns treffen können. Mit 66 Rollifahrern ist das normalerweise unmöglich.“

„Raum ist der Rahmen“

Architektur kann Schule verändern, Lernen unterstützen, das Miteinander beflügeln. „Wir betrachten den Raum als dritten Pädagogen“, sagt der Potsdamer Architekt *Carl Schagemann**. „Der Raum ist so etwas wie der Rahmen, in dem die Schule ihr Bild abgibt.“ Denn nicht nur Lehrkräfte und Peergroups bestimmen die pädagogischen Prozesse, sondern auch die Umgebung. Wie kommt man in die Schule hinein? Verschließt sie sich den Schülern oder öffnet sie sich? Gibt es gemeinsame Lebensorte? Wie fremd Fragen wie diese vielen Menschen sind, beobachtet Schagemann seit langem. Deshalb hat er vor sechs Jahren den Arbeitskreis „Architektur und Schule“** der Brandenburger Architektenkammer gegründet. Das Ziel: Lehrkräfte und Schüler für eine bessere Wahrnehmung der Architektur zu sensibilisieren. Der Arbeitskreis hat Unterrichtsmaterialien erarbeitet, bietet

Viel Raum für Bewegung: „Die Flure und die Eingangshalle der Oberlin-Förderschule sind das Highlight“, sagt Schulleiter Uwe Plenzke.

Foto: Kay Herschelmann

* architekturcontor-ass.de

** ak-brandenburg.de

Foto: Architekturbüro Schagemann

Foto: Kay Herschelmann

Warme, leuchtende Farben schaffen Helligkeit: Honiggelbe, breite Gänge münden in orangerote Flure, im Klassenzimmer leuchtet gelbes Linoleum.

Lehrerfortbildungen an und vermittelt Architekten als Experten für Unterrichtsprojekte.

Und er macht sich dafür stark, Lehrende und Kinder aktiv einzubeziehen, wenn eine Schule neu gebaut oder umgestaltet werden soll. Lange vor Baubeginn holte Schagemann die Schüler der Oberlin-Schule zusammen. Mit roten und grünen Bändern markierten 15 Kids in ihrer alten Schule, was ihnen gefiel und was nicht. Erstaunt stellte der Architekt fest: Durch die Bank schlechte Noten bekamen die sanitären Einrichtungen. Viele Kinder der Förderschule müssen wegen ihrer Beeinträchtigungen viel Zeit auf den Toiletten verbringen. Ähnlich überraschend war der Platzbedarf im Flur. Wo Dutzende Rollis aneinander vorbei müssen, reichen gewöhnliche Dimensionen nicht. Schon gar nicht, wenn in den Fluren Versammlungsflächen entstehen sollen, die für wenig mobile Schüler so wichtig sind.

Schagemann strickte sein Grobkonzept um. Alle Toiletten kamen an die Außenfassade, wurden groß und hell. Die Höhe von Waschbecken, Seifenspender oder Spiegel legten die Rollstuhlfahrer an Probewänden fest. Flure wurden zu breiten Fluchten, Förderräume direkt an die Klassenzimmer angedockt, Miniküchen überall integriert.

„Ist Blau zu kühl?“

Auch Schulleitung, Lehrkräfte und Erzieher zogen von Anfang an mit. In einer Bau AG diskutierten sie über Vorhänge, Fenstergrößen, Farben. Lehrerin *Juliane Eisinger* lacht. „Vor allem über die Farben gab es heiße Pausendiskussionen: Ist Blau zu kühl, Rot zu aufregend?“ Noch während längst am Rohbau gewerkelt wurde, debattierten Lehrer, Schüler und Architekten weiter: Was fehlt noch, was wünscht ihr euch?

In den Diskussionen stand auch die Ökologie zur Debatte, ein selbstverständlicher Teil innovativer Architektur. Sollte die Schule etwa eine Fußbodenheizung bekommen oder nicht? Unbedingt, sagten die Architekten, denn nur über so eine Niedertemperatur-Flächenheizung ist eine Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energien realisierbar. Lieber nicht, erwiderten einige Lehrkräfte, das ist im Unterrichtsalltag viel zu heiß. Bis schließlich die BAU AG das Go für die Ökoheizung gab. Im Gebäude setzten die Architekten oft nachwachsende Rohstoffe wie Holz ein, aber auch unverputzten Beton: Kein Putz blättert ab, keine Tapete bekommt Risse. Den Bauherrn überzeugte Schagemann von einer begrünten Dachfläche. Durch die Bepflanzung wird Regenwasser gebunden, das überschüssige Wasser, das sonst aufwändig ins öffentliche Abwassernetz geleitet werden müsste, kann dadurch langsam vollständig im Boden vor Ort versickern.

Der Duft von Buletten zieht über die Flure. Essenswagen werden durch die Gänge geschoben. Ja, sie ist toll, die neue Schule, da sind sich alle einig. Grundschullehrerin *Anica Heier* muss für die Einzelbetreuung von Schülern endlich nicht mehr in entlegene Förderräume laufen. *Basti* liebt die bodentiefen Fenster mit den Fensterbänken, auf denen er so gerne liegt und die Bag-

Foto: Kay Herschelmann

Erika-Mann-Grundschule in Berlin: Das sanierte Gebäude aus der Gründerzeit in Berlin birgt eine farbenfrohe Fantasiewelt.

Die Flure sind in Grün-Gelb oder Pink-Lila getaucht, Gänge mit herausklappbaren Tischen und Stühlen laden zum individuellen Lernen ein.

Fotos: Kay Herschelmann

ger beobachtet. Nur der Sichtbeton sei noch etwas trist, meint *Alex*, aber endlich gibt es keinen Rollistau mehr auf den Fluren. Lehrerin Eisinger: „Früher mussten wir den Fußläufern sagen: Nehmt Rücksicht. Jetzt ermahnen wir die Rollis: Rast nicht so."

An einen Neubau war an der Erika-Mann-Grundschule in Berlin-Wedding nicht zu denken. Doch als 2002 das Quartiersmanagement *Karin Babbe* den Kontakt zu einer Architektin der Technischen Universität (TU) vermittelte, griff die Schulleiterin zu: „Wir haben tolle Kinder. Aber sie brauchen eine Umgebung, die ihre Lernmotivation optimal unterstützt." Die meisten Schüler kommen aus bildungsfernen Familien, 82 Prozent haben einen Migrationshintergrund. Das Quartier ist rau. Pfennigshops wechseln sich mit Mini-Märkten ab. Im Park um die Ecke liegt schon morgens der Bierdunst in der Luft. Um der extremen Heterogenität ihrer Schüler gerecht zu werden, setzt Babbe konsequent auf Binnendifferenzierung, offene Lerngruppen und Pädagogenteams: „Normales Handwerkszeug." Doch sie weiß, dass sich nicht alle im Kollegium leicht damit tun. Wie hilfreich wäre es, wenn die räumliche Gestaltung der Pädagogik den Weg bereitete, oder, wie Babbe es formuliert, „die Schule fit für die Pädagogik des 21. Jahrhunderts wird". Aber was kann man schon machen aus einer jener Berliner Schulbauten der Kaiserzeit, einst ausgelegt für strenge Frontalpädagogik und 50-köpfige Klassen?

„Geist des Silberdrachen"

Dem steifen Hauptgebäude hat der Geist des Silberdrachen Fantasie und Leichtigkeit abgetrotzt. Mal taucht blaues Licht die hohen weißen Flure in surrealen Schein, Schüler können bunte Sitze und Tische aus der Wand ziehen und sich zur Einzelarbeit niederlassen. Mal finden sie in rosafarbenem Schein geometrische Sitzhöhlen und Liegeflächen, die an hinabgefallene Panzerschuppen eines Drachen erinnern. Manchmal kommt der Drache hier zum „Sternenstaubtauchen" vorbei. Mal schwingen weiße Schleier von der Decke. Mal fächern sich pinkfarbene Drachenschwingen aus der Wand, den Kindern bieten sie „einen Thron für den Augenblick eines Flügelschlages", wie die Schüler sagen. In den Pausen können sie sich im „Schnaubgarten" mit einer CD in schaukelnden Drachenkrallen ausruhen, die gelben Liegewiesen des „Chillout-Raumes" laden die Älteren zum Entspannungsbad. Und manchmal, wenn der Drache durch das alte Treppenhaus streift, bringt er die gespannten Saiten der Harfen zum Klingen.

Die zauberhafte Traumlandschaft, die so viele neue Räume zum Lernen und Leben eröffnet, haben sich die Kinder ausgedacht. „Stellt euch den Weg durch den Garten der Zukunft vor", hatte TU-Dozentin *Susanne Hofmann* (s. Gastkommentar S. 2) von den Berliner Baupiloten*** angeregt. Langsam war die Geschichte des Silberdrachen entstan-

*** *baupiloten.com*

Im ersten Stock, wo die „Sternenstaubtaucher" zuhause sind: Rückzugsoasen im silbrigen Licht.

Schulleiterin Karin Babbe auf der Drachenschaukel im Ruheraum mit pinkfarbenen Drachenflügeln. Auf dem gleichen Gang: pinkfarbene Garderoben der Kinder vor den Klassenräumen.

Fotos: Kay Herschelmann

den, die Vision von der Atmosphäre einer neuen Schule. Die Ideen der Schüler übersetzten Hofmanns Studenten in ein architektonisches Konzept. Jeder Entwurf wurde mit dem Schülerparlament abgestimmt, überarbeitet, verworfen, erneuert. „Unsere Kinder müssen erleben, dass sie selbst etwas tun und bewirken können“, sagt Schulleiterin Babbe. „Und nur so identifizieren sie sich wirklich mit dem Ergebnis.“ Die Schüler sind stolz auf ihre Schule. Der Spiegeltunnel im Obergeschoss, den Profilporträts der Schüler säumen, reflektiert ihnen: Du bist hier jemand. „Wir haben die Bedeutung des Raumes erkannt“, so Babbe. Deshalb wird die Gestaltung der Schule über die Schülergenerationen permanent weiterentwickelt. Alle sollen mitmachen. Egal, ob es um die Optik der neuen Garderoben, die Farbgestaltung der naturwissenschaftlichen Trakte oder das neueste pädagogische Architekturprojekt mit den Baupiloten geht: ein kleines Hotel „Wolkenschloss“ für Gäste der Schule und Besucher der Familien unter dem Dach.

Gemeinsame Sprache fehlt

So sehr Baupilot-Chefin Hofmann die Auseinandersetzung mit dem Nutzer fasziniert, so merkt sie doch immer wieder, dass in der Zusammenarbeit von Architekten und Pädagogen etwas Wichtiges fehlt: eine gemeinsame Sprache. Als sich Hofmann für eine Neubau-Planung mit Erzieherinnen der Kita Lichtenbergweg in Leipzig traf, mussten sich beide Seiten erstmal in einem Workshop aneinander herantasten: Wie sieht der Kitaalltag aus? Was brauchen die Kinder? Was erwarten die Erzieherinnen? Was können wir bieten? „Trotzdem haben wir lange nicht verstanden, was die Architekten eigentlich von uns und den Kids wollten“, erinnert sich Kitaleiterin *Annett Bohle*. Wenn die Architekten den Kindern sagten: „Stellt euch vor, wir gehen zusammen auf den Regenbogen und erzählen, wie da unten die Welt aussieht“, erwiderten die Kids: „Man kann doch nicht den Regenbogen hochlaufen.“ Wenn die Architekten animiert von Zeichnungen der Kinder in den Gängen Vulkane und Kuschelecken zum Träumen einrichten wollten, machten die Erzieher deutlich: Unsere Kinder möchten keine festen Installationen, sondern flexible Elemente.

Als die Kinder aus Schuhkartons und anderen Materialien ihre Wunschkita bauen sollten, erschloss sich den Erzieherinnen allmählich, dass die Architekten so Anhaltspunkte gewannen, welche Bereiche grob und rau, welche weich und kuschelig gestaltet sein sollten. Später waren sie begeistert von dem bunten Mix aus Holz und Stein und Glas (s. Bilder Seiten 6/7).

Über zwei Jahre zog sich der Prozess. „Wir haben uns gefreut, dass uns mal jemand nach unseren Bedürfnissen gefragt hat“, sagt Bohle. „Doch dass die Suche nach dem optimalen Kitabau so harte Arbeit sein würde, hat uns schon überrascht.“ Immer wieder kamen die Architekten zum Ortsbesuch. Beobachteten die Kinder. Sahen, wie sie es genossen, sich in den Kies unterm Kletterturm zu legen oder barfuß hindurch zu waten.

Immer wieder setzten sich Erzieher und Erbauer zusammen. Diskutierten, überarbeiteten, fanden gemeinsam neue Lösungen. So entstand etwa die Idee der Regenbogenblume: Durch Prismen im Dach wird das Licht je nach Wetter und Sonnenstand unterschiedliche Muster auf den Boden zeichnen, spannende Veränderungsspiele für die Kitakinder. Sicher, manchmal war die intensive Zusammenarbeit neben dem vollgepackten Kitaalltag ein harter Brocken für die Erzieher. Gerade wenn nebenher alle bis zum Hals in anderen Projekten steckten. Manchmal war es auch nicht leicht, den Kindern nahe zu bringen, dass nun schon wieder über eine neue Kita diskutiert würde. „Wieso? Wir haben doch schon eine Kita“, sagten die Kleinen. Der farbenfrohe, offene, helle Bau, der sich in S-Form durch den Garten schlängeln wird, passt gut zum Team. Er spiegelt dessen „lebensfrohe Haltung“

Kinder auf den Drachenschwingen im „Schnaubgarten“ – Entspannung mit Musik

Fotos: Kay Herschelmann

In sattes Gelb getauchter Chillout-Raum der Erika-Mann-Grundschule – „Entspannungsbad für die Älteren“

wider. Die enge Verbindung von drinnen und draußen greift auf, was den Erzieherinnen in der pädagogischen Arbeit wichtig ist. Die Fenster gehen bis zum Boden, an den bunten Sonnenlamellen dürfen die Kinder von außen nach Lust und Laune drehen. Überall werden Türen ins Grüne führen, nicht nur am Eingang. Durch „Baumspione“, kleine Periskope, können die Kinder die Natur mal anders erkunden, an den zahlreichen „Hörtrichtern“ im Garten das Blätterrauschen ungewohnt klar wahrnehmen. Innen lockt ein „Experimentierhaus“ mit naturwissenschaftlichen Versuchen, ein „Lichtwasserfall“ soll Licht- und Schattenspiele an die Wände zaubern. Im „Wasserspielhaus“ sind niedrige Tröge für Armbäder geplant, damit die Pädagoginnen ihre Kneipp-Pädagogik besser umsetzen können.

Der Mix aus Naturmaterialien schafft nicht nur eine Wohlfühlatmosphäre, sondern ist auch ökologisch. Durch die vielen Lichtschlitze wird weniger Kunstlicht gebraucht. Ein „Sonnenfänger“ im Garten reflektiert die Sonne zusätzlich ins Haus. „Wir hätten gerne noch ökologischer gebaut“, sagt Architektin Hofmann. Ein Wassersammelbecken auf dem Dach zum Blumengießen etwa. „Aber manches scheiterte an den engen finanziellen Vorgaben, anderes an den örtlichen Gegebenheiten.“ Eine Konstruktion als „Passivhaus“, das sich durch exakt berechnete Sonneneinstrahlung fast selbst heizt, wie ursprünglich vom Bauherrn gewünscht, war wegen der vielen Bäume nicht zu machen. Bohle wirft einen Blick aus dem Fenster der alten Baracke, draußen steht schon der Kran. „Erst dachten wir, das ist alles viel zu hochgestochen für eine Kita. Jetzt können wir kaum abwarten, bis der Bau fertig ist.“

Anja Dilk, freie Journalistin

Der Spiegeltunnel mit Profilporträts der Schülerinnnen und Schüler. Sie geben das Gefühl: „Hier bist du jemand!“

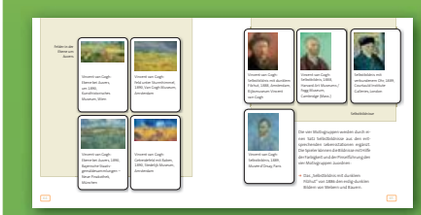
Kunst begreifen

Vermitteln Sie Ihren Schülerinnen und Schülern Kunstverständnis

ISBN 978-3-89974754-6, 172 S., 14,8 x 14,8 cm, farbig, € 15,80

Der spielerische Zugang zu Kunst – für Kinder und Erwachsene.

Kunstspiele, die Spaß machen und die jeder spielen kann.



Kunstspiele, mit denen man Kunst verstehen lernt.

Kunstspiele für die Schule, den Unterricht, das Museum und zu Hause.

WOCHEN SCHAU VERLAG

Adolf-Damaschke-Str. 10 | 65824 Schwalbach/Ts.
Tel.: 06196/86065 | Fax: 06196/86060
info@wochenschau-verlag.de
www.wochenschau-verlag.de

Lern- und Lebensräume

Was die Zusammenarbeit von Pädagogen, Architekten und Planern bringt

Aus der Not entsteht gelegentlich Kreativität. Beispiel: zwei marode Schulgebäude mit zwei Grundschulen in direkter Nachbarschaft. Die eine katholisch und mit einem verschwindend geringen Migrantenanteil, die andere städtisch und mit Klassen, in denen kaum noch deutschstämmige Kinder lernen. 2002 musste etwas geschehen. Schritt eins: Die Schulen wurden zusammengelegt und entwickelten ein neues Konzept. Schritt zwei: Das Konzept bekam den passenden Rahmen, einen Schulcampus.

Im Bonner Stadtteil Mehlem treffen viele Nationen und viele soziale Schichten zusammen. Und nicht alle Eltern waren anfangs begeistert, als die beiden Grundschulen zum Schuljahr 2003/2004 zur Katholischen Grundschule zusammengelegt wurden. Doch die Entwicklung der Schule überzeugte bald. Gemeinsam mit der Uni Köln hatte das Kollegium ein interkulturelles Gesamtkonzept erarbeitet.

Zwei Jahre versuchten Lehrkräfte und Eltern, wenigstens etwas vom Konzept in den Räumen sichtbar zu machen: mit neuen Anstrichen, Farben und Vorhängen. Doch Wände konnten sie nicht einreißen und gegen die kaputten Fenster, die teilweise mit Brettern abgedichtet werden mussten, kamen sie nicht mehr an.

„Dann erhielt ich einen Anruf der Montag-Stiftungen“, erinnert sich Schulleiterin *Annie-Katherina Kawka-Wegmann*. Die von dem Bildenden Künstler und Bauunternehmer *Carl Richard Montag* gegründete Montag Stiftung Urbane Räume sowie die Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft gehören unterdessen zu den führenden Akteuren, wenn es in Deutschland um innovative Konzepte für Bildungsbauten geht. Die Stiftungen initiieren und begleiten Planungsprozesse, beraten Schulen und Kommunen und liefern mit der Online-Datenbank „Lernräume Aktuell“ Inspirationen für Schulen und Kitas.

Ein Jahr lang trafen sich die Mehlemer Lehrkräfte und Eltern regelmäßig mit den Verantwortlichen der Stiftungen, diskutierten, entwickelten Pläne und änderten sie wieder. Konflikte und Kompromisse sind vorprogrammiert, wenn die in diesem Prozess entwickelten Visionen von pädagogischer Architektur mit Vorstellungen und Vorgaben der Verwaltung zusammenprallen. „Unsere Fragestellung war von Anfang an, wie wir das pädagogische Konzept vor Ort mit einer Architektur übersetzen können“, erklärt *Karl-Heinz Imhäuser*, Vorstand der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft. Dazu gehörte auch der Wunsch, die Bildungskette vom dritten bis zum zehnten Lebensjahr durchgängig zu gestalten. „Eine für die Stadt Bonn zunächst etwas fremde Idee.“ Die aber dennoch Wirklichkeit wurde: Auf dem Schulgelände entstand nämlich eine neue Ganztags-Kita.

Was sich nicht realisieren ließ, war ein offeneres Raumkonzept, wie man es aus skandinavischen Ländern und auch aus einigen deutschen Schulen kennt. Komplett aufschiebbare Klassenwände scheiterten an den Vorstellungen der Verwaltung, auch am deutlichen Hinweis, dass dies noch mehr Begehrlichkeiten bei anderen Schulen wecken könnte. Gelungen hingegen ist etwas anderes: Es gibt drei statt einem Lehrerzimmer – und die sind dicht an den Klassenräumen. „Denn“, so Planer Imhäuser, „es ist wichtig, dass Schüler ihre Lehrkräfte auch jenseits der Unterrichtssituation erleben.“

Dorf im Dorf

Das bunte Ensemble aus drei Schulgebäuden, dem Verwaltungstrakt und der Kita wirkt wie ein Dorf im Dorf und der Schulhof wie der Dorfplatz. Bestimmend sind Farbe und Licht: warme Orangetöne, Fenster, die bis zum Boden

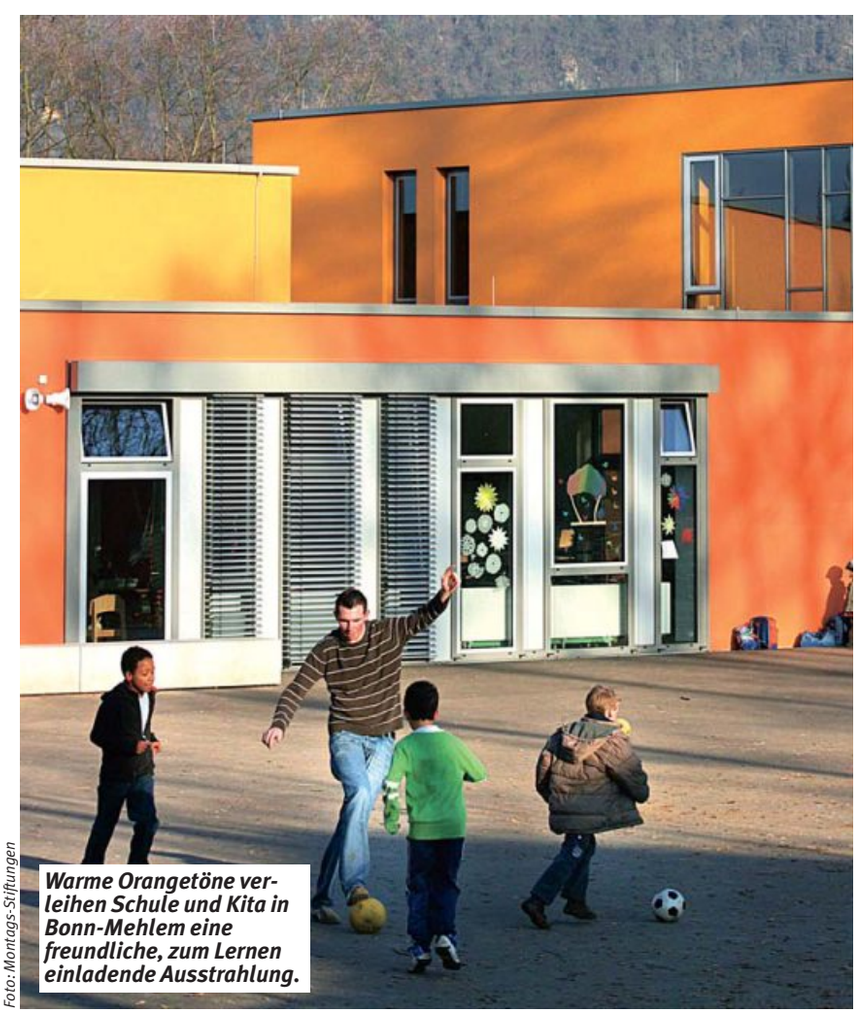


Foto: Montags-Stiftungen

Warme Orangetöne verleihen Schule und Kita in Bonn-Mehlem eine freundliche, zum Lernen einladende Ausstrahlung.

ANZEIGE

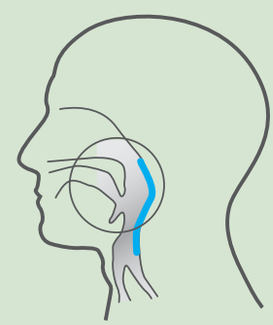
„Für eine starke Stimme den ganzen Tag“

GeloRevoice® Halstabletten: Das Hydrogel mit Langzeit-Effekt

Wunderwerk Stimme:
Rund 60 verschiedene Muskeln sind im Einsatz, wenn Luft aus der Lunge in Richtung Kehlkopf strömt und die Stimmlippen vibrieren lässt, um Töne zu erzeugen. Besonders wichtig für alle, die tagsüber auf Ihre Stimme angewiesen sind. Langes und lautes Sprechen kann schnell zu Heiserkeit führen. Entscheidend für die gute Stimme: Der Feuchtigkeitsfilm, der die gesamte Rachenschleimhaut benetzt, darf nicht versiegen. Denn sonst leiden Sie schnell unter Hustenreiz und Heiserkeit.

Balsam für die Stimme:
GeloRevoice® Halstabletten sind ein echter „Geheimtipp“ für jeden, der viel sprechen muss. Beim Lutschen setzen sie den Feuchtigkeitsspender Hyaluronsäure frei. Ein Wirkstoff, der sich schon bei der Behandlung des trockenen Auges einen Namen gemacht hat. Auf der Rachenschleimhaut entwickelt diese Substanz ein hochwertiges Hydrogel, das sich wie ein Schutzfilm auf die Mund- und Rachenschleimhaut legt. Das Besondere: GeloRevoice® Halstabletten wirken mit Langzeit-Effekt. Bis zu einer Stunde und länger pro Tablette schützt das Hydrogel die Rachenschleimhaut vor weiteren Reizungen.

Wirkung, die Sie spüren:
GeloRevoice® gibt Lehrerstimmen, was sie brauchen: Das Hydrogel befeuchtet die Mund- und Rachenschleimhaut. So können Sie sich vor Heiserkeit und Hustenreiz schützen. Übrigens: Auch wenn es sie doch erwischt hat. Wenn es im Hals kratzt, der Hustenreiz quält oder Heiserkeit die Stimme brüchig macht: GeloRevoice® aus Ihrer Apotheke – effektiver Schutz der Mund- und Rachenschleimhaut.



Der spezielle Hydrogel-Komplex legt sich als Schutzfilm über die gereizten Bereiche der Schleimhaut. Diese wird durch den Schutzfilm der GeloRevoice® Halstabletten vor weiteren Angriffen geschützt.

GeloRevoice®
Halstabletten

Halskratzen? Heiser? Stimme weg?

- Intensives Hydrogel
- Langes Anhaften an der Schleimhaut
- Starker Schutz vor Reizung

Probieren Sie auch unsere neuen Geschmacksrichtungen
Grapefruit-Menthol und Cassis-Menthol.

POHL BOSKAMP

Hohe Fenster und Glastüren lassen viel Licht in die Räume des Bonner Lerndorfs.

Foto: Jürgen Bindrim

Kontakt und nähere Infos:
Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft
http://www.montag-stiftungen.de/jugend-und-gesellschaft/stiftung-jugend-gesellschaft.html

Montag Stiftung Urbane Räume
http://www.montag-stiftungen.de/urbane-raeume/stiftung-urbane-raeume.html

Datenbank Lernräume aktuell *http://www.lern-raeume-aktuell.de/*
Alberts Architekten
http://www.alberts-architekten.de/

KGS Am Domhof, Bonn-Mehlem
http://www.kgs-am-domhof.de/

Schule Wittekindshof Bad Oeynhausen
http://www.wittekindshof.de/wittekindshof/kinder-und-jugendliche/foerderschulen/schule-wittekindshof-bad-oeynhausen/schule-wittekindshof-bad-oeynhausen.html

reichen, und Glastüren, die aus den Klassenzimmern ins Freie führen. In einigen Klassen laden Liegestühle auf den Freiflächen die Kinder zum Lesen oder zum Träumen ein.
Es gibt keine traditionellen Klassenräume, sondern Einheiten, bestehend aus dem Klassenvorraum mit einem Waschbecken, der auch Platz für Schuhe und Jacken bietet. Vom 90 Quadratmeter großen Klassenraum zweigt außerdem ein Nebenraum ab, der für individuelle Förderung, Sprachunterricht, zur Computerrecherche oder zum konzentrierten Lernen genutzt werden kann.
Das Herz der Schule aber ist die große Eingangshalle des mittleren Gebäudes. „Die Kinder lieben diese Aula“, erzählt Pädagogin Kawka-Wegmann. „Hier werden die Schüler gekürt, die sich durch etwas ausgezeichnet haben, was nicht im Zeugnis steht. Hier präsentieren sie die Projekte ihrer Klassen. Dieser Raum schafft eine große Gemeinschaft.“ Und zwar längst nicht mehr nur für Schüler und Lehrende: „Es ist doch mittlerweile klar, dass Kommunen einen Mehrwert haben, wenn sie Bildungsorte auch als Zentren für kommunale Angelegenheiten verstehen“, weiß Karl-Heinz Imhäuser.
Und auch bei einem anderen Thema ziehen die Schulträger unterdessen mit: Die energetische Sanierung und das energetische Bauen sind beinahe selbstverständlich, schließlich sind solche Entscheidungen auf lange Sicht gut für den Stadtsäckel.
Sternförmig zweigen von der Aula die sechs Räume der offenen Ganztagsschule ab. Hier verbringen 150 der 340 Kinder ihre Nachmittage. In Räumen, die sich mit großen Fenstern und Türen nach außen öffnen, die Platz zum Essen, zum Lernen, aber auch zum Toben oder Ausruhen bieten.

Die Kita ist der Schule in Farbgestaltung und Architektur sehr ähnlich, auch hier reichen die Fenster bis zum Boden, bestimmen warme Töne die Räume. Im offenen Eingangsraum sitzen heute Mittag einige Erst- und Zweitklässler bei den Hausaufgaben. „Für die Kinder gibt es keine Grenzen zwischen Kita und Schule“, erklärt Kita-Leiterin *Angelika Zehnder*. Früh schon haben ihre Schützlinge Kontakt zur Schule. Später besuchen die Grundschüler gern ihre alte Kita. Die Einrichtung in Mehlem arbeitet nach einem teiloffenen Konzept: Am Morgen spielen und lernen die unter Dreijährigen und die größeren Kinder getrennt in ihren Gruppenräumen. Später treffen sie sich im Konstruktions-, im Rollenspiel- oder im Bewegungsraum.

Teil der Kommune

Die Grundschule, der offene Ganztagsbereich und die Kita: Diese Bildungslandschaft im Kleinen ist in kurzer Zeit sowohl Lebens- und Lernraum für Kinder, Pädagogen und Eltern als auch Teil der Kommune geworden. „Ich habe hier nicht das Gefühl, dass ich unbedingt nachmittags nach Hause gehen muss“, sagt Schulleiterin Kawka-Wegmann. So geht es auch vielen Müttern und Vätern. Für sie ist die Schule zum wichtigen Treffpunkt geworden. Und dafür muss die Bauplanung wohl noch einmal aktiv werden. „Was fehlt, ist ein Pavillon oder eine Teestube.“
Immer wieder sind es also Etappenziele, die erreicht werden. Künftig wird man Schulen anders bauen müssen, da ist sich Stiftungsvorstand Imhäuser sicher. Für neue Konzepte sorge allein schon die angestrebte Inklusion. „Wenn die

Offene, helle Räume für die Arbeit mit behinderten Kindern bietet die Wittekindshof-Schule in Bad Oeynhausen.

Foto: Veit Mette

Aus der Wittekindshof-Schule in Bad Oeynhausen könnte problemlos eine Schule für alle Kinder werden.

Foto: Peter Wehowsky

großen Förderschulen aufgelöst werden, brauchen wir in Schulen ganz andere Räumlichkeiten und müssen sie anders ausstatten."

Ein gutes Beispiel, wie Schulen gestaltet werden können, in denen Kinder mit ganz unterschiedlichen Behinderungen lernen und leben, ist die Schule Wittekindshof in Bad Oeynhausen. Für sie alle sollte eine gemeinsame Schule gebaut werden. Eine Herausforderung, der sich die Bielefelder Architektin *Elke Maria Alberts* mit ihrem Team und einem besonderen Konzept gestellt hat. Seit Jahren arbeitet auch *Marc Wübbenhorst* als pädagogischer Mitarbeiter in ihrem Architekturbüro. Der Pädagoge sieht sich als „Übersetzer" zwischen der Welt der Architektur und der Schule. Außerdem geht Architektin Alberts mit dem pädagogischen Bauausschuss konsequent neue Wege. „Der pädagogische Bauausschuss wird weit vor den ersten Zeichnungen ins Leben gerufen", erklärt sie. „Wir sprechen erst miteinander – das kann zwei Jahre dauern – ehe dann die konkreten Planungen stattfinden."

Hausmeister mit im Boot

Im pädagogischen Bauausschuss versuchen Lehrkräfte und Schulleitung gemeinsam mit dem Architekten, das pädagogische Konzept in ein Bauvorhaben zu übertragen. Mit im Boot ist auch der Hausmeister. Alberts: „Er gehört zu den wichtigsten Personen im Bauausschuss, er kennt jede Ecke des Schulgebäudes und auch alle Mängel." Die Interessen der Schüler, so sieht es das Konzept von Architektin Alberts vor, werden dem Ausschuss von den Pädagogen übermittelt. Dessen bauliche Vorstellungen landen dann dort, wo die Entscheidungen fallen: beim Schulträger. Viele Wünsche würden realisiert, einige scheiterten an festgefahrenen Auffassungen, andere an finanziellen Hürden, erklärt die Architektin. So besteht zwar oft Einigkeit darüber, dass möglichst mit baubiologisch guten Materialien gearbeitet werden soll, sobald aber die Kosten bekannt werden, nähmen viele Bauträger davon Abstand.

Ideal ausgestattet

Auch in der Schule Wittekindshof gibt es keine einzelnen Klassenräume, sondern Lerneinheiten, bestehend aus einem großen Unterrichts-, einem Gruppenraum mit Küchenzeile und einem Materialraum. Mit leicht transportierbaren Hockern, die an den Wänden gestapelt werden, können die mittleren Flure außerdem in Unterrichtsräume verwandelt werden. Beamer und Leinwände sorgen für die notwendige technische Ausstattung. Im September sind die Schüler mit Pauken und Trompeten in ihre neue Schule eingezogen. Bald schon werden demografische Entwicklung und inklusiver Unterricht für einen deutlichen Rückgang der Schülerzahlen sorgen. Dann wird die Schule nicht mehr ausgelastet sein, es sei denn, aus der Förderschule wird eine Schule für alle Kinder. „Wir sind für solche Inklusionskonzepte offen", erklärt Schulleiter *Andreas Becker-Brandt*. Und: „Vieles von dem, was eine Schule sich an Ausstattung wünscht, ist hier vorhanden."

Ute Diehl, freie Journalistin

Weg in die Zukunft: Energiesparen und Solaranlagen

Ökologisch-nachhaltiges Wirtschaften in Bildungseinrichtungen

Noch bis 2014 läuft die Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung" (BNE), die die Vereinten Nationen (UN) im Jahr 2002 für die Zeit von 2005 bis 2014 ausgerufen haben. Das ambitionierte Vorhaben der internationalen Initiative will dazu beitragen, die Prinzipien nachhaltiger Entwicklung weltweit in nationalen Bildungssystemen zu verankern. Klar: Deutschland ist dabei. Energiesparen in Hamburg oder der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien in Thüringen zeigen, dass auch Bildungseinrichtungen beim Bauen und Sanieren zunehmend ökologischer vorgehen.

Weitere Infos im Netz:

www.bne-portal.de

www.klimaschutzschulenatlas.de

www.european.greencapital.eu

www.umweltbauptstadt.hamburg.de/

www.fiftyfifty-hamburg.de

www.solarserver.de/solar-foerderung/foerderung-der-laender/thueringen.html

www.dekade-thueringen.de/

Bundesweit ist Bewegung in die Beschäftigung mit regenerativen Energien gekommen. Die langfristig angelegte UN-Dekade, wirtschaftliche Investitionsimpulse und nicht zuletzt die Atomkatastrophe von Fukushima beschleunigen den Umstieg. Bildungseinrichtungen haben dabei nicht nur die Aufgabe, Lerninhalte zu Klimaschutz und Energieeffizienz im Unterricht zu vermitteln, sondern in Sachen Energieverbrauch Vorbild für Schüler, Lehrkräfte und Eltern zu sein. Immer mehr Schulen machen mit: Laut Klimaschutzschulenatlas beteiligen sich derzeit 2656 Schulen mit Solaranlagen und Anzeigentafeln, auf denen der Energieverbrauch abzulesen ist, mit Wetterstationen, als Aktion Klima!- oder als co2online-Schulen.

Eine Großstadt wie Hamburg, die sich in diesem Jahr als Europäische Umwelthauptstadt präsentiert, steht besonders in der Pflicht – zum Beispiel bei der Reduktion klimaschädlicher Emissionen. Keine leichte Aufgabe für die Hafenstadt mit schwerölbetriebenen Kreuzfahrtschiffen und einem neu gebauten Kohlekraftwerk. Trotzdem bekam Hamburg bereits zweimal den von der UN ausgelobten Preis „Kommune der Weltdekade". Bislang wurden zwölf Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland für ihr überdurchschnittliches Engagement bei der Umsetzung von BNE ausgezeichnet.

Energiesparprämie

Bereits seit 1994 läuft das Projekt fiftyfifty an Hamburger Schulen und verbindet auf so schlichte wie charmante Weise lokales Handeln mit der globalen Aufgabe des Klimaschutzes: Wenn Schulen durch aufmerksames Verhalten ihren Strom-, Wasser- oder Müllverbrauch senken, bleiben die Einsparungen nur zur Hälfte bei der Stadt. Der Rest fließt als Prämie zur freien Verwendung an die Schulen zurück. Nach 15 Jahren bilanzierte fiftyfifty, dass Hamburger Schulen für rund 38 Millionen Euro Energie einsparten – allein dadurch, dass Kinder, Schüler und Lehrkräfte Fenster zu- und Licht ausgemacht, Müll vermieden und Wasser gespart haben. Die Idee hatte übrigens einst ein einzelner Mitarbeiter der Umweltbehörde. Sie wäre wohl nie umgesetzt worden, hätte der Mann nicht aus dem fernen Rio de Janeiro Rückenwind bekommen. Dort nämlich beschloss die UN-Konferenz 1992, Energiesparen und Klimaschutz auf die Welt-Agenda zu setzen. So griffen globales Denken und Handeln vor Ort nachhaltig ineinander. Heute ist das Thema im hanseatischen Schulalltag verankert. „Doch das Engagement in den rund 430 Schulstandorten ist immer noch sehr unterschiedlich", berichtet Projektmitarbeiter *Hartwig Cordts*: „Manche Schulen leisten Vorbildliches, andere sind auch nach 15 Jahren fiftyfifty nicht am Energiesparen interessiert." Und verordnen könne man den vernünftigen Umgang mit Energie nicht. Die jährlichen Einsparungen liegen deshalb etwa 50 Prozent unter dem möglichen Potenzial. Das ist eine Menge. Deshalb startet im Oktober das Projekt „fiftyfifty-junior" mit dem Ziel, das Konzept auf die Hamburger Kindertagesstätten zu übertragen. Auch Thüringens Landeshauptstadt Erfurt wurde bereits zweimal zur „Kommune der Weltdekade" gekürt (2008/09 und 2010/11). Der Freistaat will bis 2020 den Anteil erneuerbarer Energien am Nettostromverbrauch auf 45 Prozent erhöhen, 2008 lag ihr Anteil am Primärenergieverbrauch noch bei etwa 19 Prozent. Das Wirtschaftsministerium in Thüringen kündigte Ende 2010 an, rund 280 Millionen Euro im Rahmen der Förderprogramme „Thüringen Green Tech" für ökologisch ausgerichtete Projekte und Technologien in Form von Zuschüssen bereitzustellen. Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur steuert bis 2014 für die Forschung im Bereich erneuerbarer Energien zwölf Millionen Euro bei. Offenbar greifen die Anreize: Die Photovoltaik-Einspeisung zum Beispiel hat sich innerhalb von fünf Jahren von 811 Millionen Kilowattstunden (kWh) (2005) auf 91 Millionen kwh in 2009 mehr als verelffacht. Die Thüringer Photovoltaik-Industrie erzielt jährlich einen Umsatz von mehr als einer Milliarde Euro. Platz für Solaranlagen gibt es noch genug – von 28 Millionen Quadratmetern solartechnisch nutzbaren Dachflächenpotenzialen werden „nur" knapp 400 000 genutzt (Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit [BMU] 2010).

1000-Dächer-Programm

Das Potenzial ist groß. Zum Beispiel auf Schulen und Kindergärten: Im Herbst 2010 legte das Wirtschaftsministerium in Thüringen das 1000-Dächer-Landesförderprogramm zur Errichtung von Dach- und Solaranlagen auf kommunalen Gebäuden auf. Gefördert werden 20 Prozent der Investitionssumme. Man habe das Programm – wegen seiner „wichtigen Vorbildfunktion" – bewusst auf einhundert Kommunen eingegrenzt, erklärt Wirtschaftsminister *Matthias Machnig* (SPD). „Im Rahmen des 1000-Dächer-Photovoltaik-Programms wurden PV-Anlagen auf zwölf Schulen und sieben Kindertagesstätten installiert. Zusätzlich sind für vier Anlagen auf Schul- sowie fünf auf Kitadächern bereits Förderanträge bewilligt worden. „Weitere fünf Anträge für den Bau von PV-Anlagen auf Schulen oder Kitas lie-

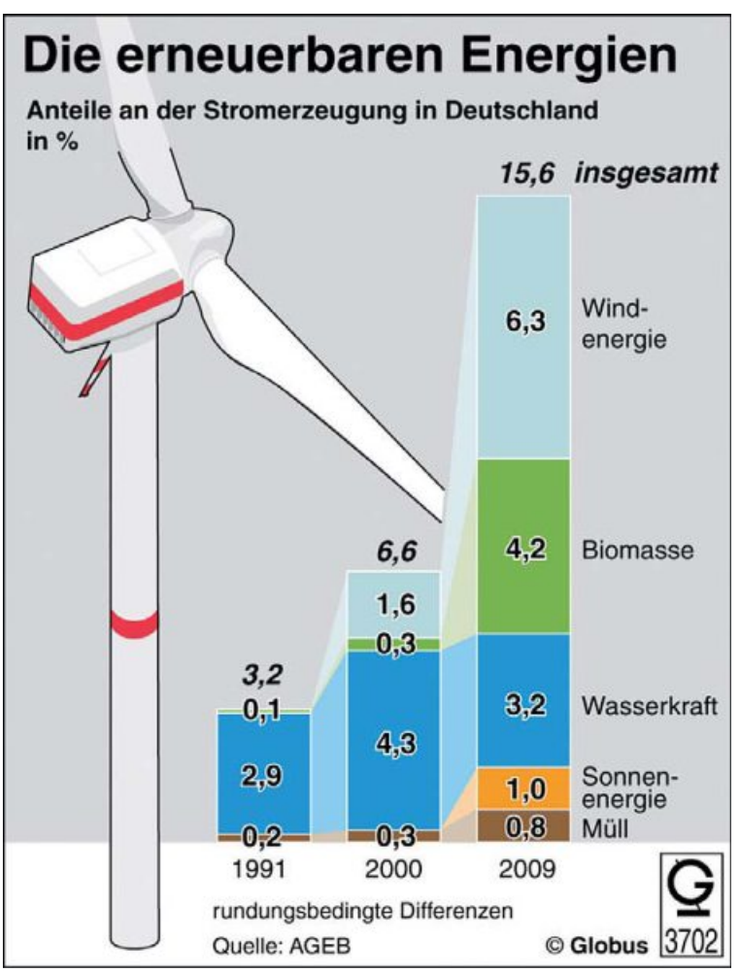
gen vor“, so *Stephan Krauß*, Sprecher des Ministeriums für Wirtschaft und Technologie.

Bei öffentlichen Einrichtungen wie Schulen kommt das 1000-Dächer-Programm gut an, wohl auch wegen der damit verbundenen Einspeisevergütung. Denn jede in das Netz der Stromanbieter eingespeiste Kilowattstunde bringt bares Geld zurück. Im ersten Halbjahr 2011 konnte das Thüringer Wirtschaftsministerium 61 Projekte mit einem Zuschuss von rund 1,2 Millionen Euro bewilligen. Aufgrund der starken Nachfrage stockte es das Programm für 2011 mit einer zusätzlichen Million auf. Zwei Drittel der Projektträger sind Kommunen und kommunale Unternehmen, die übrigen gemeinnützige und kirchliche Organisationen.

Die Gemeinde Eisenberg im nordöstlichen Thüringen hat inzwischen ihre eigenen kommunalen Dachflächen komplett solarmäßig belegt und sucht darüber hinaus nach geeigneten Dächern für Photovoltaikanlagen. Mittlerweile produzieren die Solaranlagen auf den Schuldächern im nahegelegenen Schkölen jährlich mehr als 100 000 Kilowattstunden – genug Strom für 25 durchschnittliche Haushalte für ein ganzes Jahr. Für die Schkölener Regelschule war das Programm ein doppelter Gewinn: Es brachte nicht nur eine 106 kW-Anlage mit insgesamt 577 Solarmodulen, sondern auch ein frisch saniertes Dach. Planung und Aufbau der gesamten Anlage waren begleitet von schulischer Projektarbeit zum Thema Solarenergie.

Wie wichtig das Thema Umwelt und Nachhaltigkeit in der Bildung ist, zeige sich auch an der diesjährigen Auszeichnung von 58 thüringischen Schulen als „Umweltschulen in Europa“, sagt der Sprecher des Bildungsministeriums, *Gerd Schwinger*. „Da passiert in den Bildungseinrichtungen eine Menge. Die Aktivitäten reichen von Biotoppflege, Patenschaften für natürliche Lebensräume über gesunde Ernährung bis hin zur ökologischen Schulhofgestaltung.“

Tina Fritsche, freie Journalistin



www.herenstraat55.nl

Herzlich Willkommen in Den Hoorn auf Texel.

Wir empfangen Sie sehr gerne in unseren schönen, kürzlich vollständig renovierten Ferienwohnungen: Zwei Appartements für 2-4 Personen und ein Appartement für 2 Personen. Sie wurden im Juni 2010, nach einer Kernsanierung mit Um- bzw. Anbau, neu eröffnet.

Die Appartements sind geschmackvoll und sehr komfortabel eingerichtet. Das Inventar ist komplett neu. Die Wohnungen liegen an einer wenig befahrenen Straße und haben eine eigene kleine Gartenterasse (in der Erdgeschosswohnung), einen Holzbalkon mit Gartenmitbenutzung und Veranda (erstes Geschoss) sowie eine Dachterasse mit Sedumdach für das 2 Personen-Appartement.

Wir freuen uns Sie kennenlernen zu dürfen.

Kerstin und Harald Weiss
Herenstraat 55
1797 AG Den Hoorn - Texel

Tel. 0031 222 319397

info@herenstraat55.nl
www.herenstraat55.nl

AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont

Spezialklinik für Verhaltenstherapie
Akademisches Lehrkrankenhaus
der Medizinischen Hochschule Hannover

Chefarzt:
Prof. Dr. med. Dipl.- Psych.
Rolf Meermann

Die AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont ist inmitten des landschaftlich sehr reizvollen Weserberglands gelegen.

Nach unserem Motto „ Handeln - nicht behandeln lassen" leiten wir unsere Patienten in einem auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen abgestimmten einzel- und gruppenpsychotherapeutischen Behandlungskonzept dazu an, zu „Experten" für ihre eigenen Gesundheitsprobleme zu werden.

Behandelt werden alle Störungsbilder des psychiatrisch-psychosomatischen Fachgebietes sowie begleitende internistische, neurologische und orthopädische Erkrankungen. Schwerpunktmäßig handelt es sich dabei um:

- alle Formen von Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Adipositas)
- Depressionen
- Ängste
- Zwangsstörungen
- Burn-out-Symptomatik
- chronische Schmerzstörungen
- posttraumatische Belastungsstörungen
- nicht-organische Schlafstörungen

Als sog. „gemischte Krankenanstalt" führen wir für privat krankenversicherte Patienten der Akutbehandlung vergleichbare psychiatrisch-psychotherapeutische Stationärbehandlungen in einer Spezialklinik für Verhaltenstherapie durch. Gemäß Beihilfeverordnung ist die Klinik als beihilfefähig anerkannt.

Wir sind im Vorfeld einer stationären Aufnahme gerne bereit, Sie hinsichtlich notwendiger Kostenübernahmebeantragungen bei Ihrer privaten Krankenversicherung bzw. Beihilfestelle umfassend zu beraten.
Ihre kurzfristige stationäre Aufnahme ist jederzeit möglich.

Nehmen Sie gern Kontakt auf mit unserer freundlichen Aufnahmesekretärin Frau Franz unter der kostenlosen
Service-Telefonnummer 0800/619-6666
oder per E-Mail unter: **pfkpyrmont@ahg.de**
Sie finden uns im Internet unter: **www.ahg.de/Pyrmont**
Anschrift: Bombergallee 10, 31812 Bad Pyrmont

AHG

Fotos: Eckhard Stengel

Lärmsaniert: die Astrid-Lindgren-Schule in Bremerhaven mit Dämmplatten an den Decken von Klassenräumen, Fluren und Treppenhäusern

Ulrike Mantel-Wiegand, Rektorin der Astrid-Lindgren-Grundschule: „Wichtig ist immer die gesamte Lernumgebung."

„Kein Allheilmittel"

Eine Bremerhavener Schule ist vorbildlich lärmsaniert

Eine Bremerhavener Grundschule ist 2005 im Zuge einer Sanierung fast komplett mit Schallschutzdecken ausgerüstet worden – eine gute Hilfe, aber kein Allheilmittel.

Kim ist nichts Besonderes aufgefallen. Nur „dass da Vierecke sind", wie die Siebenjährige beim Blick an ihre Klassenzimmerdecke feststellt. Nicht mal ihre Lehrerin *Maren Siemers* (34) hat bisher darauf geachtet, was da seit Jahren über ihr schwebt. Es ist auch wirklich nur für Fachleute zu erkennen, dass die Decken in der Bremerhavener *Astrid-Lindgren*-Schule (ALS) etwas Besonderes sind: Sie bestehen aus schalldämmenden Platten – das Mittel der Wahl gegen Lärm.

Seit sechs Jahren ist das so, und es hatte damit zu tun, dass zwei Grundschulen zur ALS fusionierten – in einer dritten, leerstehenden Schule. Deren ehemaliger Leiter warnte die ALS-Gründungsrektorin *Ulrike Mantel-Wiegand* (58): „Pass bloß auf, dass du Lärmschutz bekommst – es ist dermaßen laut hier!" So jedenfalls hallen seine Worte in ihrem Gedächtnis nach.

Mantel-Wiegand rannte bei der Stadt Bremerhaven offene Türen ein. Das alte Gemäuer von 1900 sollte vor dem ALS-Einzug ohnehin von Grund auf saniert werden, und dafür galt DIN 18041: „Hörsamkeit in kleinen bis mittelgroßen Räumen." Demnach darf die „Nachhallzeit" in Klassenräumen höchstens 0,5 Sekunden betragen – ein wichtiger Beitrag zur besseren Sprachverständlichkeit.

Die Sanierer gingen sogar über das Vorgeschriebene hinaus: Sie installierten die Dämmplatten auch in Fluren und Treppenhäusern. Denn dort hallte der Lärm früher fast fünf Sekunden lang nach – „wie in einer mittelgroßen Kirche". So erzählt *Carsten Block*, der zuständige Ingenieur, der sich bei der Lärmsanierung auch vom Bremer Institut für interdisziplinäre Schulforschung (ISF, s. Interview S. 19) beraten ließ.

Damals waren die Dämmplatten noch etwas teurer als herkömmliche Decken. Heute, so Block, seien die Preise gleich: etwa 50 Euro pro Quadratmeter, samt Einbau. Lärmschutz verursacht also keine zusätzlichen Kosten, wenn ohnehin saniert wird.

Der Erfolg lässt sich messen: In den Klassen verkürzte sich die Nachhallzeit um etwa zwei Drittel, in den Fluren sogar um über 80 Prozent.

„Es ist eine himmlische Ruhe hier – im Vergleich zur alten Deichschule", findet *Barbara Riemer* (58), die Lehrerin der „Vögel", wie sich ihre jahrgangsübergreifende „Klassenfamilie" nennt. Ihr Vergleichsobjekt, die Deichschule, ist eine der beiden ALS-Vorläuferschulen. „Wenn dort die Kinder auf den Flur liefen, musste man sich manchmal die Ohren zuhalten."

Wem dieser Vergleich fehlt, findet es aber auch in der ALS noch laut genug. Bei 232 Kindern und 24 Lehrkräften herrscht eben keine Friedhofsruhe. Kims „Fische" hören deutlich, wenn eine Etage höher die „Elche" herumtrampeln. Aber Lärm wird unterschiedlich empfunden: *Birgit Püst* (48) von den „Schmetterlingen" findet, die Klassen seien besser voneinander abgeschirmt als einst in der Deichschule.

Ob es auch innerhalb der Räume leiser zugeht, da sich der Lärm der Tischgrup-

pen nicht mehr aufschaukeln dürfte, können die Lehrkräfte nicht so recht sagen. Noch schwerer einzuschätzen sind die Auswirkungen auf Lern- und Sozialverhalten. „Wir haben hier so gut wie keinen Vandalismus“, berichtet Rektorin Mantel-Wiegand. Aber liegt das am niedrigeren Lärmpegel? „Vielleicht haben wir dadurch weniger Aggressionspotenzial – aber insgesamt spielen bestimmt viele Faktoren eine Rolle.“

Lehrerin Püst findet: „Lärm wirkt sich auf die Konzentrationsfähigkeit aus.“ Doch dabei meint sie eher den Lärm vom Schulhof, gegen den auch die beste Deckendämmung nichts nützt.
Ein Allheilmittel sei der Lärmschutz sicher nicht, resümiert die Rektorin. Wichtig sei immer die gesamte Lernumgebung: „Wenn man sich wohlfühlt, verhält man sich auch anders.“ Auf jeden Fall empfiehlt sie auch anderen Schulen eine Lärmsanierung: „Das ist einfach gesundheitserhaltend.“
In Bremerhaven hat das Vorreiterprojekt ALS inzwischen Schule gemacht – bei jedem weiteren Sanierungsobjekt. „Das ist nicht in allen Kommunen so“, sagt Ingenieur Block. Aber eines weiß auch er: „Eine stille Minute zu Unterrichtsbeginn bringt mehr als jede Dämmung.“

Eckhard Stengel, freier Journalist

„Lärm macht viel kaputt“

Interview mit dem Bremer Arbeitswissenschaftler Gerhart Tiesler

Der Arbeitswissenschaftler und Diplom-Ingenieur Gerhart Tiesler betreibt gemeinsam mit dem pensionierten Pädagogikprofessor Hans-Georg Schönwälder das Institut für interdisziplinäre Schulforschung (ISF), das bis zu Tieslers Pensionierung 2008 zur Universität Bremen gehörte.

Foto: Eckhard Stengel

Gerhart Tiesler

***E&W**: Herr Tiesler, wer hat mehr Einfluss auf den Lärmpegel an Schulen: die Architekten oder die Lehrkräfte?*
Gerhart Tiesler: Ganz eindeutig die Architekten.

***E&W**: Warum?*
Tiesler: Wer Arbeitsbedingungen verbessern will, erreicht das mit technischen Mitteln bei relativ geringem Aufwand viel eher, als wenn man sich persönlich abstrampelt.

***E&W**: Die DIN-Lärmvorschrift 18041 erlaubt 0,5 Sekunden Nachhallzeit. Wie viele Schulgebäude schaffen das nicht?*
Tiesler: Nach unseren Schätzungen der überwiegende Teil. Allerdings ist die DIN nicht bindend. Nur bei Neubau, Umbau oder Sanierung kann man darauf bestehen, dass die Norm eingehalten wird.

***E&W**: Wie stark ist die Belastung der Lehrkräfte durch Lärm?*
Tiesler: Nach einer Studie unseres Instituts für interdisziplinäre Schulforschung (ISF) klagen 85 Prozent der 1300 befragten Lehrkräfte über Lärm – quer durch alle Schularten.* Die Pausen bringen keine Erholung, weil auch die Lehrerzimmer zu laut sind. Bis zum Mittag steigt der Geräuschpegel im Unterricht um bis zu zwölf Dezibel an. Je drei dB(A) bedeuten eine Verdoppelung; also erhöht sich die Lärmbelastung um das Sechzehnfache.

***E&W**: Warum hat der Lärm in den vergangenen Jahren so zugenommen?*
Tiesler: Vor allem durch die neuen Unterrichtsformen. Die Schüler arbeiten heute selbstständiger, aber dafür sind die Räume nicht gebaut. So entsteht der gleiche Effekt wie in der Kneipe: Wenn am Nachbartisch laut geredet wird, muss die Lehrkraft auch lauter sprechen. So schaukelt sich das gegenseitig hoch.

***E&W**: Was können Architekten tun?*
Tiesler: Bei Schulsanierungen müssen hochwertige schallabsorbierende Decken eingebaut werden. Dadurch entsteht weniger Nachhall, und die Sprachverständlichkeit steigt. Der Raum darf allerdings nicht zu leer sein. Sonst bildet sich ein Flatterecho zwischen den Wänden. Dann wären auch noch Vorhänge, Schränke oder Pinnwände sinnvoll.

***E&W**: Müssen auch Flure und Treppenhäuser gedämmt werden?*
Tiesler: Ja, das ist wichtig. Durch einen gedämmten Flur kann eine Schulklasse toben, ohne dass es stört.

***E&W**: Welche Auswirkungen haben Sie nach Lärmsanierungen beobachtet?*
Tiesler: Wir haben in einer Grundschule festgestellt, dass der Puls der Lehrerin nach der Sanierung um zehn Schläge pro Minute langsamer schlug, also deutlich entspannter. Der Schallpegel reduzierte sich bei Frontalunterricht um über sechs dB(A). Früher wurde es beim Wechsel zur Gruppenarbeit lauter, nach der Sanierung ist es dagegen leiser als beim Frontalunterricht – ein Unterschied zur früheren Gruppenarbeit von über 13 dB(A). Die Schüler müssen nicht mehr so schreien, denn der Schall vom Nachbartisch stört sie nicht mehr. Unterrichten Sie mal in einem halligen Tunnel: Da werden Sie die Schüler nie zur Ruhe bringen. Kommen die Kinder aber in einen schallgedämmten Raum, sind sie gleich leise. Eine Grundschullehrerin hat ihre Rabauken nach einer Lärmsanierung kaum wiedererkannt – so brav und zahm waren die plötzlich.

***E&W**: Lernen die Kinder auch besser?*
Tiesler: In Dortmund haben wir kürzlich mit einem herkömmlichen und einem akustisch optimierten Raum experimentiert. Zwei fünfte Klassen machten dort jeweils Gruppenarbeit. Der Lärmpegel differierte um über zehn dB(A). Das Lernergebnis im optimierten Raum war um ein Viertel besser als in dem schlechteren. Mit Lärm können Sie ungeheuer viel kaputt machen!

***E&W**: In der lärmsanierten Astrid-Lindgren-Grundschule in Bremerhaven (s. S. 18/19) soll es so gut wie keinen Vandalismus geben trotz eines schwierigen sozialen Umfelds. Liegt das am Lärmschutz – oder eher an neuen Unterrichtsformen und lichtdurchfluteten Zonen?*
Tiesler: Alles zusammen spielt eine Rolle. Wenn Pädagogen in einer architektonisch, akustisch und optisch guten Umgebung arbeiten, können sie mit dem gleichen Aufwand sehr viel mehr erreichen.

***E&W**: Kann man auch mit pädagogischen Interventionen den Lärmpegel senken?*
Tiesler: Wenn Sie gleich nach der Einschulung mit einem Verhaltenstraining beginnen und alle Lehrkräfte an einem Strang ziehen, dann können Sie etwas erreichen – aber nicht so viel wie mit akustischer Optimierung.

Interview: Eckhard Stengel, freier Journalist

*http://www.isf.uni-bremen.de/ISF_Publikationen.htm

Literaturhinweis:
Tiesler, Gerhart/Oberdörster, Markus: Raumakustik in der Schule, in: Universität Bremen (Hrsg.): Impulse aus der Forschung, Heft 2/2006, S. 26-29

„Der Einfluss islamischer Vereine auf Jugendliche kommt zu kurz“

Interview mit dem Lehrer Süleyman Ates zur Studie „Muslimisches Leben in NRW“

Foto: privat

Süleyman Ates ist Lehrer für herkunftssprachlichen Türkisch-Unterricht an einer Kölner Gesamtschule und Vorstandsmitglied des Bundesausschusses für multikulturelle Angelegenheiten (BAMA) in der GEW.

***E&W:** Herr Ates, als erstes deutsches Bundesland hat Nordrhein-Westfalen (NRW) eine umfassende Studie über die muslimische Bevölkerung* in Auftrag gegeben. In rund 2700 Telefongesprächen mit Menschen aus 50 Ländern sollte ein Bild des muslimischen Lebens erstellt werden. Wie hilfreich ist so eine Erhebung?*

Süleyman Ates: Kaum – das macht schon eine persönliche Anekdote deutlich. Auch bei mir klingelte das Telefon. Eine junge Dame fragte mich, ob ich das Interview auf Deutsch oder Türkisch führen möchte. Auf die Idee, dass ich nicht in ihre Zielgruppe gehöre, ist sie gar nicht gekommen. Ich bin kein Türke – sondern Kurde – und auch nicht muslimisch. Und das gilt nicht nur für mich. In der Türkei leben viele Religionen und Ethnien, von Assyrern über Aleviten und Armenier zu Kurden und Jesiden. Auf diese Vielfalt – übrigens auch in den Ländern des Nahen Ostens oder in Indonesien – geht die Studie überhaupt nicht ein.

***E&W:** Ist es, wenn man eine Grundlage für politisches, auch bildungspolitisches Handeln haben möchte, wirklich wichtig, Assyrer von Aleviten und Molukker von Balinesen zu unterscheiden?*

Ates: Ja. Menschen, egal ob sie als Flüchtlinge oder Arbeitskräfte kommen, bringen ihre Geschichte mit nach Deutschland: ihre positiven wie negativen Erfahrungen in der Behandlung von Frauen oder im Umgang mit Minderheiten zum Beispiel. Wenn ich die nicht kenne, fehlt entscheidendes Wissen, um sie anzusprechen und zu verstehen.

***E&W:** Die Gegenthese lautet: Eine Einwanderungsgesellschaft sollte auf Gemeinsamkeiten, nicht auf Unterschiede setzen. Zudem sind die meisten Muslime in Deutschland ja gar nicht mehr selbst eingewandert.*

Ates: Auch in der dritten Generation spielen die ethnischen Wurzeln eine immense Rolle. Kurdische, armenische, aramäische Jugendliche leben häufig unter sich: in ihren Cliquen, Vereinen oder Cafés. Den richtigen Ansatz, Gemeinsamkeiten zu betonen, schließt das Anerkennen der Unterschiede ja nicht aus. Natürlich müssen wir, in Schule wie Gesellschaft, auf universelle Werte, vor allem auf die Menschenrechte setzen.

***E&W:** Sich außer mit der sprachlichen auch noch mit der ethnischen und religiösen Vielfalt der Herkunftsländer im Klassenzimmer auszukennen, stellt für Lehrkräfte eine enorme Herausforderung dar.*

Ates: Sicher. Umso unerlässlicher ist es, dass sich die Lehrerausbildung diesem Thema stärker widmet. Bis heute wird interkulturelle Kompetenz an den Unis zu stiefmütterlich behandelt.

***E&W:** Eine interkulturelle Grundbildung vermittelt aber doch noch kein fundiertes Wissen über die Vielvölkerrepublik Türkei!*

Ates: Aber sie verschafft eine größere Handlungskompetenz. Es ist schon viel gewonnen, wenn Pädagogen den Unterricht so gestalten, dass die Kinder voneinander lernen, indem sie sich gegenseitig die Geschichte ihrer Herkunft erzählen. In Zeiten, in denen die Schule oft der einzige Ort ist, an dem Heranwachsende aus unterschiedlichen Ethnien oder Religionsgemeinschaften miteinander ins Gespräch kommen, ist das umso wichtiger.

***E&W:** Sie kritisieren auch, dass der Einfluss islamischer und islamistischer Vereine auf Jugendliche in der Studie zu kurz kommt. Wie macht sich der bemerkbar?*

Ates: Ich höre fast täglich von Kolleginnen und Kollegen, dass die Schüler erzählen, was sie in diesem oder jenem Moscheeverein gelernt haben. Und nicht nur das: Immer mehr Jugendliche tragen ihr „Muslim-Sein“ in den Schulalltag. Offensiv fordern sie beispielsweise Mitschüler zum Gebet auf; machen Mädchen an, weil sie einen zu kurzen Rock oder kein Kopftuch tragen. Es wird regelrecht Druck ausgeübt. Dahinter stecken verschiedene Organisationen: die türkische DITIB**, Milli Görüs*** oder die *Fetullah-Gülen*-Bewegung****. Aber deren Ziele ähneln sich: Sie wollen ihre Auffassung vom Islam in

* Die Studie „Muslimisches Leben in Nordrhein-Westfalen“ (Hrsg.: Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales, NRW, 226 Seiten) im Internet: *www.mais.nrw.de/08_PDF/003_Integration/110115_studie_muslimisches_leben_nrw.pdf*. Diese Untersuchung ist eine regionale Vertiefung der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“, Hrsg.: Deutsche Islam-Konferenz, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2009, 439 Seiten, im Internet: *www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Politik_Gesellschaft/DIK/vollversion_studie_muslim_leben_deutschland_.pdf?_blob=publicationFile*. Die Erkenntnisse, die die Landesregierung in NRW aus beiden Studien gewonnen hat (s. Kasten), sollen unter anderem in das für 2012 geplante Integrationsgesetz einfließen.

** DITIB ist die Abkürzung der „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion“ (s. E&W 5/2010). Der Verband betreut etwa 600 Gemeinden in Deutschland. Der Hauptsitz ist in Köln-Ehrenfeld.

*** Milli Görüs ist eine länderübergreifende aktive islamische Bewegung. In vielen Staaten ist sie wegen islamistischer, demokratiefeindlicher Tendenzen umstritten.

**** *Fetullah Gülen* ist ein islamischer Prediger aus der Türkei und das Oberhaupt der nach ihm benannten Bewegung. Kritiker werfen ihm vor, die laizistische türkische Republik zu unterminieren und durch einen islamischen Staat ersetzen zu wollen.

Literaturtipp

Das von der Bundeskoordination „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ herausgegebene Themenheft „Jugendkulturen zwischen Islam und Islamismus. Lifestyle, Medien und Musik“ bietet einen guten Überblick über Jugendkulturen in Deutschland, die sich auf den Islam beziehen.
Bestellformulare unter: *www.schule-ohne-rassismus.org*.

Ergebnisse der NR

Nach Angaben der Forscher leben in Nordrhein-Westfalen (NRW) 1,3 bis 1,5 Millionen Muslime – das sind mehr als in jedem anderen Bundesland. 48 Prozent bezeichnen sich als sehr gläubig, 43 Prozent als gläubig.
In Bildungsfragen kommt die Studie zu folgenden zentralen Ergebnissen: Muslimische Schülerinnen und Schüler weisen ein „signifikant niedrigeres Bildungsniveau als die Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften auf“, insbesondere gelte das für türkischstämmige Muslime. Allerdings ist auch ihre soziale Lage deutlich schlechter: Mehr als jeder vierte musli-

den Schulen verbreiten. Und immer häufiger gelingt ihnen das.

***E&W:** Nun sind diese Organisationen nicht die Speerspitze des Islamismus und auch nicht verboten. Die Gülen-Bewegung betreibt Schulen in Deutschland, die DITIB ist Gesprächspartner von Bundes- wie Landesregierungen, Milli Görüs mittelbar Mitglied im Koordinierungsrat der Muslime.*

Ates: Zu Unrecht. Alle drei sind keine Selbstorganisationen deutscher Migranten, sondern aus dem Ausland gesteuert. Die DITIB mit ihren engen Verbindungen zur Religionsbehörde in Ankara ist schlicht der verlängerte Arm des türkischen Staates. Meines Erachtens fehlt der deutschen Bundesregierung das Selbstbewusstsein zu sagen: „Das ist unser Staat, wir lassen uns da nicht reinreden! Auch Migranten sind unsere Bürger! Wir diskutieren mit ihren Netzwerken in Deutschland!“ Dazu würde allerdings gehören, dass Migranten in Deutschland auf Augenhöhe wahrgenommen, angesprochen und akzeptiert würden. Doch das ist bis heute nicht der Fall.

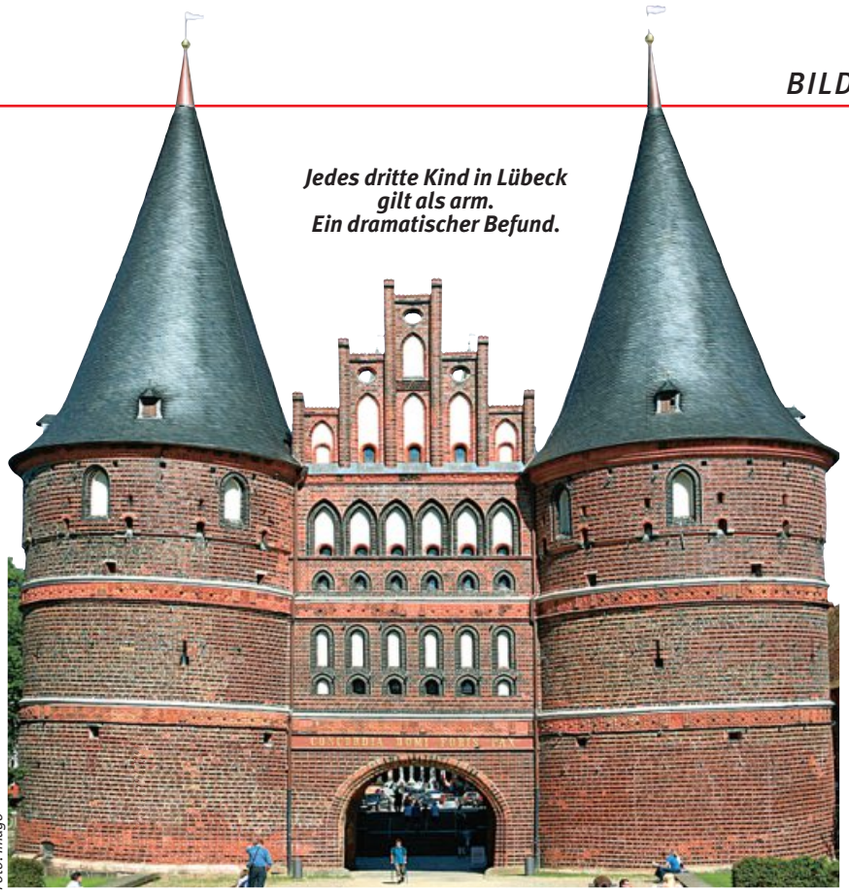
***E&W:** Was kann die GEW, in der Sie sich für multikulturelle Angelegenheiten engagieren, tun?*

Ates: Ich hoffe: viel! Wir werden uns in Zukunft verstärkt dafür einsetzen, das dringend benötigte interkulturelle Wissen in die Lehrerkollegien zu bringen. Dazu gehören Veranstaltungen, die sich sowohl mit Mehrsprachigkeit wie mit Fragen des Islam und des Islamismus beschäftigen. Mir persönlich ist auch wichtig, die Unsicherheit im Umgang mit nationalistisch oder religiös motivierten Organisationen anzugehen.

Interview: Jeannette Goddar, freie Journalistin

W-Studie

mische Haushalt lebt von Transferleistungen. Kaum ein Problem ist die Teilnahme an schulischen Angeboten: Weniger als ein Prozent muslimischer Schüler verzichten wegen ihres Glaubens auf gemischten Sportunterricht oder Klassenfahrten. 83 Prozent wünschen sich islamischen Religionsunterricht in der Schule. Die Studie belegt auch, dass längst nicht alle Muslime sich von muslimischen Verbänden repräsentiert fühlen. Nicht einmal jeder Vierte sieht sich etwa von der „Türkisch Islamischen Union der Anstalt für Religion” (DITIB) vertreten, die bundesweit rund jede dritte Moschee betreibt. *jago*



Jedes dritte Kind in Lübeck gilt als arm. Ein dramatischer Befund.

Foto: imago

Warmes Mittagessen für jedes Kind

„Lübecker Bildungsfonds“: Stiftungen springen Sozialstaat bei

Der „Lübecker Bildungsfonds“ sorgt bundesweit für Aufsehen. Er hilft, Ganztagsangebote, Schulessen oder Sprachförderung kostengünstig anzubieten - ohne viel Verwaltungsaufwand. Vor allem Kinder aus Hartz-IV-Familien profitieren. Doch erst finanzstarke Lübecker Stiftungen ermöglichen dieses Angebot. Mehr Privatisierung statt mehr Sozialstaat? Greift das Bildungspaket der Bundesregierung nicht, weil der Wust an Bürokratie es behindert (s. E&W 9/2011)?

„Alle Ramba-Zambas aufstellen!“ Energisch ruft die Zweitklässlerin mit dem Pferdeschwanz über den Schulhof. Nach und nach zockeln die 16 Kinder der Ramba-Zamba-Gruppe zum Treffpunkt. Anschließend betreten sie in kleinen Gruppen den Raum. Gleich beginnt die nachmittägliche Hausaufgabenbetreuung. „Nur rein und hinsetzen. Wir packen noch nichts aus“, ruft *Antje Johannsen*, die angehende sozialpädagogische Assistentin. „Wie strukturiert das abläuft, wie zivilisiert“, sagt Sozialpädagogin *Annika Beerbaum*. Sie half, das Ganztagsangebot an der Schule aufzubauen. „Früher waren auf dem Schulhof nur Streitigkeiten, nur Klopperei“, erinnert sich die 32-Jährige.

Die beiden Frauen arbeiten an der Eichholz-Grundschule, gelegen in einem der ärmeren Stadtteile Lübecks. 30 bis 40 Prozent der Mädchen und Jungen an der Schule kommen aus Migrantenfamilien. 180 Schüler lernen hier. Davon besuchen 140 das freiwillige („offene“) und kostenpflichtige Ganztagsangebot, das neben Hausaufgabenhilfe auch Computerkurs, Garten-AG und Jungengruppe anbietet. Eine hohe Quote, ermöglicht durch ein Projekt, für das die Hansestadt Lübeck überregional in der Presse gefeiert wird: den „Lübecker Bildungsfonds“. Der subventioniert für Kinder aus einkommensschwachen Elternhäusern Schulmahlzeit, Ganztagsbesuch, Klassenfahrten oder Arbeitsmaterialien. Zudem hilft er, vor allem an Kindertagesstätten, Sprachförderung zu finanzieren.

Das Projekt ist erfolgreich. „Bevor es den Bildungsfonds gab, hatten wir nur halb so viel Kinder im Ganztag“, berichtet *Franz-Josef Scholz*, Leiter der Eich-

holz-Schule. Denn allein das schulische Mittagessen kostet rund 45 Euro im Monat. Zu viel für Eltern, die auf Hartz IV oder Wohngeld angewiesen sind.

Der Bildungsfonds startete 2009. Drei Jahre zuvor hatte die Hansestadt ihren „Armuts- und Sozialbericht" veröffentlicht. „Jedes dritte Kind in Lübeck gilt als arm", heißt es im Bericht. Ein dramatischer Befund. Politik, Verwaltung, Agentur für Arbeit, Schulen und andere setzten sich zusammen. Heraus kam ein Unterstützungsmodell, das vor allem zwei Schwerpunkte hat: Bildung für Benachteiligte und ein warmes Mittagessen für jedes Kind.

Stattliche zwei Millionen Euro jährlich schüttet der Fonds aus. Die Hansestadt und das Land Schleswig-Holstein, beide hochverschuldet, steuern nur knapp die Hälfte bei – Gelder aus öffentlichen Förderprogrammen. Die andere Hälfte finanziert ein Verbund Lübecker Stiftungen. Allen voran die wohlhabende Possehl-Stiftung, gegründet vom Lübecker Kaufmann *Emil Possehl* (1850 bis 1919). Die Stiftung kann es sich leisten, pro Jahr zwischen zwölf und 15 Millionen Euro für gemeinnützige Projekte zu investieren.

Schulessen, Ganztagsangebote und Sprachförderung für alle zu finanzieren, ist das nicht Aufgabe des Sozialstaates? „Wir entlassen die öffentliche Hand ja nicht aus ihrer Verantwortung", entgegnet *Nathalie Brüggen*, Sprecherin der Possehl-Stiftung. Kommune und Land, so Brüggen, leisteten ihren Beitrag zum Bildungsfonds.

Kritik äußert hingegen *Jörg Senkspiel*, Schulleiter der Lübecker Holstentor-Gemeinschaftsschule. Die Initiative für den Bildungsfonds sei von den Stiftungen ausgegangen, erklärt Senkspiel. „Hier zieht sich meines Erachtens der Staat aus der Verantwortung."

Zumeist große Akzeptanz

Doch zumeist stößt der Bildungsfonds auf große Akzeptanz an Schulen. Auch deshalb, weil nicht die städtische Verwaltung entscheidet, welche Kinder unterstützt werden. Das bestimmen Lehrkräfte und Kita-Erzieherinnen. Jede Schule und jede Kita in Lübeck verfügen nun über ein eigenes Bankkonto. Und bekommen für jedes Halbjahr eine Abschlagszahlung.

„Schulen mit Budgethoheit", überschrieb denn auch das Bundesbildungsministerium seinen wohlwollenden Bericht über das Lübecker Modell.

Der Bildungsfonds fördert auch Selbstständige Schulen, die ja nicht unumstritten sind. Ein Ziel, das auch die Lübecker Akteure des bundesweiten Programms „Lernen vor Ort" (LvO) verfolgen. Sie unterstützen den Bildungsfonds. „Unseren Leuchtturm", nennt ihn *Elke Woitke*, in der Hansestadt zuständig für LvO. „Lernen vor Ort" wird vom Bundesbildungsministerium und der EU finanziert und soll private und öffentliche Bildungsakteure in den Kommunen vernetzen (s. *E&W* 12/2010). Bundesweit arbeiten 146 Stiftungen bei LvO mit, darunter die Bertelsmann-, Krupp- und Deutsche Bank-Stiftung. Sie setzen darauf, den Bildungsfonds auch andernorts zu etablieren.

Zum „Lübecker Bildungsfonds" kommt ein neues bundesweites Projekt hinzu – und sorgt an den Schulen der Hansestadt für große Unruhe: das Bildungs- und Teilhabepaket, ausbaldowert von Bundesarbeitsministerin *Ursula von der Leyen* (CDU). Auch dieses Angebot zielt darauf, benachteiligte Schüler und Jugendliche zu fördern (s. *E&W* 5/2011). Es verursache aber enorme zusätzliche Verwaltungsarbeit, stöhnen Lübecker Schulleiter, Schulsekretärinnen und Lehrkräfte: neue Vorgaben, neue Tabellen, außerdem Beratungsgespräche mit Eltern, die mit den Antragsformularen nicht klarkommen. *Elisabeth Reinert*, Klassenlehrerin und zuständige Koordinatorin an der Holstentor-Gemeinschaftsschule, klagt über den „erheblichen zusätzlichen Zeitaufwand". Und: „Für mich ist die Grenze der Belastbarkeit erreicht."

Matthias Holland-Letz, freier Journalist

„Alle müssen sich einbringen"

Interview mit der Lübecker Senatorin für Kultur und Bildung Annette Borns (SPD)

Foto: Hansestadt Lübeck

Annette Borns (SPD), Lübecker Senatorin für Bildung

E&W: *Jedes dritte Kind in Lübeck gilt als arm. Was löst das bei Ihnen aus?*

Annette Borns: In erster Linie Verantwortungsgefühl. Dass ich und meine Mitarbeiter uns fragen, wie bekommen wir das hin, die materiellen Defizite armer Kinder zu verringern. Und dass wir versuchen, uns ein bisschen mehr unserem Ziel anzunähern, dass soziale Herkunft nicht entscheidend ist für den Lebensweg von Heranwachsenden.

E&W: *Schulleitungen und Lehrkräfte loben den „Lübecker Bildungsfonds". Andererseits müssen sich Leitung und Lehrerkollegien jetzt auch um Armutsbekämpfung kümmern. Haben Schulen nicht bereits genug zu tun?*

Borns: Ich halte es für eine grundsätzliche Aufgabe von Lehrerinnen und Lehrern, ein Kind ganzheitlich zu betrachten. Dazu gehört auch zu schauen, was kann man materiell für die Kinder tun. Unsere Lehrkräfte sind hochprofessionelle Menschen, die die Kinder sehr gut kennen. Und die viel besser entscheiden können, was braucht dieses Kind, als jemand, der nur nach Aktenlage entscheidet.

E&W: *Der Bildungsfonds profitiert von der reichen Stiftungslandschaft in Lübeck. Kritiker sagen: Damit werden Private für Aufgaben herangezogen, die Sache des Sozialstaates sind.*

Borns: Das ist eine sehr unhanseatische Argumentation. Denn die Stiftungen in den Hansestädten waren dort der Ursprung des Sozialstaates. Die Hansekaufleute mussten, um ein gewisses Ansehen zu erwerben, nicht nur Steuern zahlen, sondern auch wohltätig sein. Auch heute funktioniert der Sozialstaat nur, wenn sich alle einbringen. Jeder so gut er kann. Ob über Stiftungen, Steuerabgaben oder was auch immer.

E&W: *Das Bildungspaket aus der Hartz-IV-Reform der Bundesregierung sorgt dafür, dass zusätzliche staatliche Mittel in den Kampf gegen Kinderarmut fließen. Schulen klagen aber, dass damit zusätzliche Bürokratie und Arbeit verbunden seien (s. E&W 9/2011). Was können Sie tun, um die Einrichtungen zu entlasten?*

Borns: Wir befinden uns in einem Lernprozess. Wir wollen etwa den Schulen zusätzliche Stunden für Schulsekretärinnen finanzieren, damit der größere Verwaltungsaufwand bewältigt werden kann. Wir haben beispielweise über den Bildungsfonds schon zwei Extrastunden pro Woche bewilligt. Und das muss jetzt möglicherweise noch aufgestockt werden. Parallel prüfen wir, ob man die Verwaltungssoftware so erweitern kann, dass sich darüber auch das Bildungspaket abwickeln lässt.

Interview: Matthias Holland-Letz, freier Journalist

Mehr Europa – aber anders

GEW-Kommentar: Plädoyer für eine nachhaltige Krisenbewältigung

Foto: Kay Herschelmann

Ulrich Thöne

Die Finanzmarktkrise führte direkt in die europäische Schuldenkrise. In der Folge haben die Parlamente etlicher Staaten ihre Entscheidungsmacht in Fragen der Finanzierung ihres Staatswesens aufgegeben. Viele Bürgerinnen und Bürger in den besonders betroffenen Ländern verschaffen ihrem Zorn durch vielfältige Proteste Luft. So hat z. B. die griechische Regierung – den Forderungen der europäischen Kommission folgend – die Löhne gekürzt und die Arbeitszeit der Arbeitnehmer verlängert. Das Ergebnis war vorherzusehen: eine Verschärfung der Krise. Warum hat die Regierung nicht die Militärausgaben drastisch gekürzt? Etwa weil die wichtigsten Waffenlieferanten in Frankreich und Deutschland zu Hause sind? Warum hat die griechische Regierung nichts in Sachen Unternehmensbesteuerung und Steuervollzug unternommen?

Aber auch für weniger krisengebeutelte Länder wie Griechenland haben die aktuellen Sparvorschläge für die Beschäftigten inakzeptable Auswirkungen:

- Die Löhne und Lohnfindungssysteme – Kerngeschäft der Gewerkschaften – geraten unter massiven Druck. Unter dem Deckmantel einer falsch interpretierten „produktivitätsorientierten Lohnpolitik“ sieht der Euro-Plus-Pakt vor, in die Tarifautonomie und die historisch gewachsenen Lohnbildungsprozesse der Mitgliedsstaaten einzugreifen. Die Lohnfindung soll möglichst auf die Betriebsebene verlagert, die Lohnabschlüsse im öffentlichen wie im privaten Sektor möglichst niedrig gehalten werden.
- Auch die Sozialversicherungssysteme kommen unter Beschuss. Überall in Europa soll künftig durch Einschnitte in Renten-, Gesundheits- und Sozialleistungssysteme ein entscheidender Beitrag zur Stabilisierung der Haushalte geleistet werden. Durch die flächendeckende Verankerung einer Schuldenbremse in den nationalen Verfassungen europäischer Staaten wird dieser Druck verschärft. Hinzu kommt die beständige, konkrete Forderung nach der automatischen „Anpassung“ des Renteneintrittsalters und der Rentensysteme an die demografische Entwicklung.
- Demokratieverlust: Für all diese Maßnahmen existiert keine Vertragsgrundlage. Über Drohkulissen der Regierungschefs wird versucht, in die Autonomie der Mitgliedsstaaten einzugreifen. Nationale Parlamente und erst recht andere gesellschaftliche Akteure, etwa die Gewerkschaften, werden übergangen.

Kurzum, die Finanzmarktkrise ist längst nicht gebannt, aber Europa hat sein Pulver zwischen 2008 und 2011 nahezu verschossen.

Für einen Richtungswechsel in Europa haben die Gewerkschaften deshalb Vorschläge gemacht und fordern eine faire und gerechte Economic Governance und eine nachhaltige Krisenbewältigungsstrategie.

- Die Euroländer müssen zur Rettung der Krisenländer und des Euro entschlossen handeln, um ein klares Signal an die Finanzmärkte zu senden. Dafür müssen die Zinssätze der Schuldenländer gekürzt, ihre Schulden umstrukturiert und der Rettungsfonds vergrößert werden.
- Die Einführung von Eurobonds ist notwendig und überfällig, damit alle Länder ihre Haushalte unter gleicher Zinsbelastung konsolidieren können.
- Die Finanzmärkte müssen wirksam reguliert werden mit Hilfe der Finanztransaktionssteuer, einem Verbot von Leerverkäufen, der Gründung einer öffentlichen europäischen Ratingagentur sowie der Abschaffung von Steuerparadiesen.
- Ein umfassendes europäisches Investitionsprogramm von bis zu einem Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) muss umgesetzt werden, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und eine ökologisch nachhaltige Industrie und Infrastruktur zu fördern.
- Bei den makroökonomischen Ungleichgewichten – einer der wichtigsten Ursachen der derzeitigen Krise – müssen nicht nur Defizit-, sondern insbesondere auch Überschussländer Anpassungen vornehmen. Das heißt, dass beispielsweise die Exportorientierung Deutschlands zugunsten einer Binnenmarktstärkung verändert werden sollte.
- Nicht zuletzt fordern wir weiterhin, eine soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen zu verankern. Wir wollen grundsätzlich sicherstellen, dass Schutz und Ausbau sozialer Grundrechte in der EU Vorrang vor Binnenmarktfreiheiten haben. Notwendig ist eine europäische Gemeinschaft, die dem sozialen Fortschritt verpflichtet ist.

Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Debatte in den Gewerkschaften über die Krisenbewältigung und die Zukunft Europas. Europa kann uns nicht egal sein. Wir müssen in den Gewerkschaften daher stärker über die Zukunft Europas diskutieren als bisher.

Die Gewerkschaften sollten bereit und vor allem vorbereitet sein für eine Diskussion über gemeinsame, konkrete Schritte hin zu einem einheitlichen europäischen Wirtschafts- und Sozialraum. Wenn wir unsere Träume und Utopien nicht untereinander aussprechen und austauschen, werden wir auch nicht in der Lage sein, gemeinsam in Europa für gewerkschaftliche Forderungen und eine soziale Politik erfolgreich zu kämpfen.

Ulrich Thöne, GEW-Vorsitzender

Lehrkräfte dürfen streiken!

GEW erringt vor Verwaltungsgericht Erfolg in Sachen Beamtenstreikrecht

Verbeamtete Lehrkräfte dürfen streiken. Mit dieser im September veröffentlichten Entscheidung zum Streikrecht für Beamte haben die Richter des Verwaltungsgerichts (VG) Kassel Neuland betreten. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik hat ein Gericht mit Blick auf die europäische Rechtsprechung Beamtenstreiks für rechtmäßig erklärt – und damit die Auffassung der GEW bestätigt. Jetzt ist eine höchstrichterliche Bestätigung des VG-Urteils notwendig, damit das unzeitgemäße und vordemokratische Verbot des Beamtenstreiks endgültig zu Grabe getragen werden kann. Doch bis dahin können noch Jahre vergehen.

Geklagt hatte ein verbeamteter Berufsschullehrer. Er war 2009 einem Streikaufruf der GEW Hessen gefolgt und für mehrere Stunden dem Unterricht ferngeblieben, um sich an einer Protestkundgebung zu beteiligen. Ziel der Klage des Lehrers war, dass die Missbilligung des Dienstherren aus seiner Personalakte gestrichen wird. Zudem sollte das Gericht entscheiden, ob die Teilnahme an dem Streik ein Dienstvergehen gewesen sei.*

* Aktenzeichen: 28 K 1208/10. KS. D

Die Kasseler Richter stellten ausdrücklich fest, dass kein Dienstvergehen vorliege. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) erfordere, die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums weiterzuentwickeln. Nur bei Beamten, die unmittelbare Staatsgewalt ausübten, wie Polizisten oder Vollzugsbeamte, dürfe das Streikrecht eingeschränkt werden. Lehrkräfte gehörten nicht zu dieser Gruppe, erklärten die Richter. Der Streik sei rechtmäßig und verhältnismäßig gewesen, da er von einer Gewerkschaft getragen wurde, auf bessere Arbeitsbedingungen zielte und erst nach längeren Verhandlungen als „letztes Mittel“ ergriffen wurde. Die „Friedenspflicht“ könne bei Beamten nicht greifen, da es bei ihnen keine Tarifverträge gibt, das Streikrecht also sonst „ins Leere“ laufen würde.

Seit den 1970er-Jahren hat die GEW immer wieder Beamte zum Streik aufgerufen. In den 90ern wurde ein Verfahren vor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) geführt. Das Ergebnis: Deutschland kassierte wegen des Beamtenstreikverbots eine Rüge. In das Thema kam wieder Bewegung, als der EGMR von 2008 bis 2010 in mehreren Verfahren gegen die Türkei das dortige Streikverbot für Beamte für menschenrechtswidrig erklärte (s. *E&W* 9/2010).

2009 und 2010 rief die GEW in mehreren Bundesländern zehntausende Beamtinnen und Beamte zu mehrstündigen Arbeitsniederlegungen auf. Der Kasseler Richterspruch ist das dritte Urteil in erster Instanz, das sich mit dem Widerspruch zwischen tradierter deutscher Rechtsauffassung und der auch für die Bundesrepublik einschlägigen internationalen Rechtsprechung auseinandergesetzt hat. In allen Fällen, die in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen angesiedelt sind, hat die unterlegene Partei Berufung eingelegt. Bis zu einer endgültigen Klärung in letzter Instanz werden noch Jahre vergehen.

Hartwig Schröder, Leiter der GEW-Rechtsschutzstelle Hessen, der den Lehrer vor Gericht vertrat, lobt die jüngste Entscheidung: „Die Kasseler Richter hatten den Mut, bei der Beurteilung des Beamtenstreiks den letzten Schritt zu gehen, den das VG Düsseldorf Ende 2010 noch vermieden hatte.“ Die Düsseldorfer Richter hatten im vergangenen Dezember entschieden, dass die Streikteilnahme einer Lehrerin zwar nach deutschem Recht als Dienstvergehen anzusehen sei, aber wegen der entgegenstehenden Rechtsprechung des EGMR nicht mit einer Disziplinarstrafe belegt werden dürfe – ein etwas eigenwilliger Versuch, den Widerspruch zwischen deutschem und internationalem Rechtsverständnis aufzulösen (s. *E&W* 2/2011).

Einen dritten Weg, mit diesem Widerspruch umzugehen, wählte das VG Osnabrück im August: Die Richter entschieden, dass die Geldbuße von 100 Euro wegen Teilnahme eines Lehrers an einem GEW-Streik 2009 nach deutschem Recht korrekt sei, obwohl sie nach der Rechtsprechung des EGMR menschenrechtswidrig ist. Nur das Bundesverfassungsgericht dürfe seine früheren Entscheidungen korrigieren, nicht aber die Richter der ersten Instanz, argumentierten die Osnabrücker.

Kritiker werfen der GEW vor, sie betreibe mit den Prozessen die Abschaffung des Beamtenstatus für Lehrkräfte. So beschwört der Beamtenbund, das Streikverbot sei nötig, um die gesetzliche Schulpflicht sicherzustellen. Das ist pure Angstmache. Eine Schulpflicht gibt es in allen EU-Ländern – auch wenn diese Staaten Beamten nicht verbieten zu streiken. Wer droht, die Bundesländer würden Lehrkräfte nicht mehr verbeamten, wenn die Gerichte diesen ein Streikrecht zusprechen, verkennt, welche politischen und wirtschaftlichen Faktoren die Entscheidung für oder gegen Verbeamtung letztlich treiben.

Für die GEW ist das Streikverbot eine Frage des Prinzips: Niemand darf gezwungen werden, auf unveräußerliche Menschenrechte zu verzichten. Ziel ist die überfällige Demokratisierung des Beamtenstatus, nicht diesen abzuschaffen. Die deutsche Rechtsprechung hat in den vergangenen Jahrzehnten viele „alte Zöpfe“ des Beamtenrechts abgeschnitten. Die GEW ist überzeugt, dass auch das Streikverbot keine Zukunft hat. Bis dahin ist große Sorgfalt geboten. Jeder Streikaufruf, jede Streikteilnahme kann Auswirkungen auf den Fortgang der juristischen Verfahren haben und sollte deshalb sorgfältig vorbereitet werden. Natürlich ist das absehbare Ende des Streikverbots für eine Gewerkschaft mit mehr als 50 Prozent Mitgliedern im Beamtenstatus auch eine strategische Frage. In den verbleibenden Jahren bis zur endgültigen gerichtlichen Klärung müssen die Konsequenzen für die künftige Gewerkschaftsarbeit sorgfältig diskutiert werden.

Ilse Schaad, Leiterin des GEW-Arbeitsbereichs Angestellten- und Beamtenpolitik

Alte Zöpfe des Beamtenrechts abschneiden

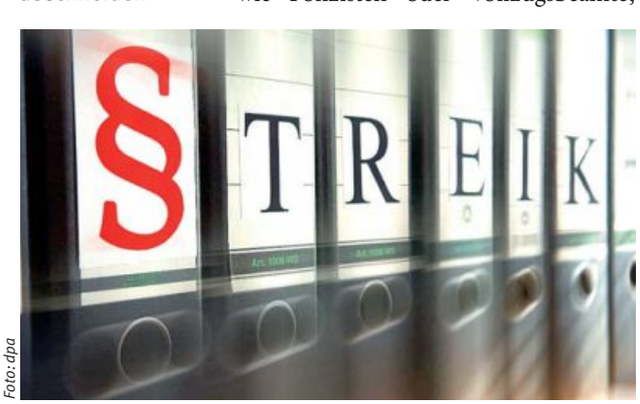


Foto: dpa

Foto: dpa

Die Arbeitgeber müssen schnellstens ihre Richtlinien, nach denen sie Lehrkräfte bezahlen, ändern.

Mehr Geld

Mehrere Lehrkräftegruppen werden ab 2012 besser eingruppiert

Mehrere Lehrkräftegruppen haben nach dem 1. Januar 2012 mehr Geld im Portemonnaie. Der Grund: Aufstiegsregelungen, die durch den Tarifvertrag der Länder (TV-L) weggefallen sind, werden als Besitzstandsregelungen in dem neuen Tarifwerk nachgezeichnet. Doch das ist ein komplizierter Prozess.

Fast alle angestellten Lehrkräfte werden nach Richtlinien eingruppiert, die die Arbeitgeber einseitig erlassen haben. Diese werden im Westen erst durch eine entsprechende Vereinbarung im Arbeitsvertrag verbindlich; im Osten gelten sie aufgrund tariflicher Regelungen. Nach den Richtlinien kann eine Reihe von Lehrkräften nach einer bestimmten Zeit und Bewährung höhergruppiert werden.

Für Tarifbeschäftigte sind diese Aufstiegsmöglichkeiten nach dem 1. November 2006 (Inkrafttreten des TV-L) entfallen. Derzeit beschäftigen sich die Gerichte damit, ob dies auch für Lehrkräfte, die nach Arbeitgeberrichtlinien eingruppiert werden, gilt. In der Tarifrunde 2011 wurde für alle Landesbeschäftigten – mit Ausnahme der Lehrkräfte – ein neues Eingruppierungsrecht vereinbart. Dieses sieht für Beschäftigte in den Entgeltgruppen 2 bis 8/9 ab 1. Januar 2012 einen Anspruch auf ein Gehalt aus derjenigen Entgeltgruppe vor, deren materielles Niveau der Aufstiegsgruppe entspricht. Das hat die GEW in der Tarifrunde auch für Lehrkräfte durchgesetzt. Allerdings müssen hierfür die Eingruppierungsrichtlinien geändert werden, weil die Entgeltordnung für Lehrkräfte nicht gilt. Dementsprechend hat sich die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) verpflichtet, ihre Eingruppierungsrichtlinien für die Lehrkräfte in den Entgeltgruppen 5, 6, 8 und teilweise 9 so zu überarbeiten, dass diese ab dem 1. Januar 2012 das Gehalt der Entgeltgruppe erhalten, deren materielles Niveau der Vergütungsgruppe entspricht, in die sie hätten aufsteigen können, wenn der Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) und BAT-Ost weiter gegolten hätten.

Die Verpflichtung betrifft erst einmal nur die TdL-Richtlinien. Zum Teil gibt es ergänzende Eingruppierungsregelungen der Länder, einige wenden nur ihre Eingruppierungsregelungen an. Sinn und Zweck der Einigung war, dass die Beschäftigten in allen Ländern von der Verbesserung profitieren. Die Länder sitzen in der TdL-Mitgliederversammlung und haben zugestimmt. Deshalb gilt die Verpflichtung auch in den Ländern, die nur ihre eigenen Richtlinien anwenden. Da das Verfahren aber sehr schleppend verläuft, besteht inzwischen der Verdacht, dass wieder einmal etwas zum Nachteil der Lehrkräfte „ausgesessen“ werden soll. Denn es ist lange bekannt, dass die Änderung der Lehrerrichtlinien in allen Ländern – mit Ausnahme Sachsen-Anhalts, das der Personalvertretung das Kernmitbestimmungsrecht verweigert – der Mitbestimmung durch die Personalräte unterliegt.

GEW will zügige Regelung

Die GEW hat Anfang September den Vorsitzenden der TdL, den niedersächsischen Finanzminister *Hartmut Möllring* (CDU), aufgefordert, die TdL-Richtlinien zügig zu ändern. Ferner hat die GEW um Auskunft gebeten, ob die TdL entsprechende Änderungen in den Landesregelungen anregt. Im Herbst werden die GEW-Landesverbände „ihre Tarifminister“ auffordern, die jeweiligen Landesregelungen zu ändern.

Eine besondere Aufgabe haben die Personalvertretungen. Das betrifft nicht nur ihre Beteiligungsrechte bei Maßnahmen zur Lohngestaltung bzw. bei Einstellungen, sondern auch die darüber hinaus gehenden Handlungsmöglichkeiten wie Personalversammlungen und Gespräche mit dem Dienststellenleiter. Die Personalvertretungen sind auch gefordert, die Umsetzung der geänderten Richtlinien zu kontrollieren.

Die GEW nutzt auch die rechtlichen Möglichkeiten, um den Lehrkräften ihre Aufstiege zu erhalten. Hierbei hat sie einen ersten Erfolg erzielt: Ein Arbeitsgericht hat einer klagenden Lehrkraft die Bezahlung aus der Aufstiegsentgeltgruppe wegen der Verweisung im Arbeitsvertrag auf eine entsprechende Richtlinienregelung zugebilligt. Für den Fall, dass sich diese Rechtsauffassung durchsetzt, werden die Arbeitgeber jedoch alles daran setzen, die Regelungen zu den Aufstiegen aus ihren Richtlinien zu streichen. Deshalb ist es wichtig, jetzt darauf zu dringen, dass alle Richtlinien und sonstigen Eingruppierungsregelungen für Lehrkräfte so verändert werden, wie es in der Tarifrunde 2011 vereinbart wurde.

Doch damit ist nur ein Teilerfolg erreicht. Wir brauchen endlich einen Tarifvertrag, der regelt, wie viel Geld Lehrkräfte verdienen. Im 21. Jahrhundert darf der Arbeitgeber nicht mehr einseitig nach Gutsherrenart entscheiden, wie er die Lehrkräfte eingruppiert. Unabhängig von der Schulform müssen Lehrerinnen und Lehrer so bezahlt werden, wie es ihrer Verantwortung und Ausbildung entspricht.

Ilse Schaad, Leiterin des GEW-Arbeitsbereiches Angestellten- und Beamtenpolitik, Peter Jonas, Referent im selben

L-ego bleibt Top-Thema

Tarifpolitische Konferenz der GEW

Die Bezahlung der Lehrkräfte per Tarifvertrag zu regeln, steht auf der Tagesordnung der GEW weiter ganz oben. Die Kampagne zur gleichen Bezahlung von Lehrkräften – unabhängig von Schulform und -stufe – soll weiterentwickelt werden. Darauf verständigten sich die gut 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tarifpolitischen Konferenz der GEW Mitte September in Hannover. Sie diskutierten die tarifpolitischen Ziele der Bildungsgewerkschaft für die nächsten eineinhalb Jahre.

Es bestand Einigkeit, dass eine Entgeltordnung für Lehrkräfte (L-ego) nur über einen Arbeitskampf durchzusetzen sein wird. „Ich habe lange geglaubt, dass in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) die Kraft des Arguments etwas zählt. Da habe ich dazugelernt: Es zählt nur die Macht auf der Straße“, sagte *Ilse Schaad*, Leiterin des GEW-Vorstandsbereichs Angestellten- und Beamtenpolitik. Deshalb müsse die GEW ihre Kampfkraft erhöhen und deutlich mehr Mitglieder für Streikaktionen als in der Vergangenheit mobilisieren. Die Forderungen müssten präzise formuliert und zusätzlich flexiblere Teilziele definiert werden, für die mobilisiert werden kann. Wenn die GEW die Entgeltordnung für Lehrkräfte durchsetzen wolle, muss sie frühzeitig handeln. Der TdL dürfe es nicht wieder gelingen, das Thema bis in die Tarifrunde zu verschleppen, betonte Schaad. In den GEW-Landesverbänden müsse jetzt für L-ego systematische Lobbyarbeit gegenüber Regierung, Parlament, Parteien und bildungspolitischen Akteuren gemacht werden.

Wie geht es weiter?

Spätestens mit Beginn des Jahres 2012 soll die TdL zu Verhandlungen über eine Entgeltordnung aufgefordert werden. Früher oder später wird es nötig sein, das Sonderkündigungsrecht für den Änderungstarifvertrag zum Bundesangestelltentarifvertrag Ost (BAT-O) zu nutzen, der den Verweis auf die Beamtenbesoldung für die Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte enthält. Dann fällt in den neuen Bundesländern die Friedenspflicht.

Flankierend will die GEW ab November eine Kampagne zur gerechten Bezahlung von Lehrkräften starten. In der Konferenz sind wichtige Anregungen und Erwartungen formuliert, Bündnispartner und „Gegner“ in den Blick genommen und passende Aktionsformen festgehalten worden. Ziel der Kampagne sind effektive Lobbyarbeit und persönliche Ansprache, nicht ineffektive „Materialschlachten“.

Die GEW will in der kommenden Tarifrunde die Interessen aller Beschäftigtengruppen vertreten. Zentral sei, das hat die Konferenz betont, die Auseinandersetzung gemeinsam und solidarisch zu führen.

Offene Rechnungen

Mit Blick auf den Länderabschluss 2011 sind zwei für die GEW wichtige Vereinbarungen der Tarifeinigung noch nicht umgesetzt: Erstens sollen die künstlerischen Lehrkräfte an Kunst- und Musikhochschulen in den Geltungsbereich des Tarifvertrages der Länder (TV-L) aufgenommen werden, zweitens müssen die TdL-Lehrerrichtlinien noch angepasst werden (s. S. 25).

Tarifrunde 2012

Parallel dazu wird jetzt die Vorbereitung der Tarifrunde 2012 für die Beschäftigten, die beim Bund und in den Kommunen arbeiten, in Angriff genommen. Für sie gilt der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD). Hier vertritt die GEW beispielsweise Erzieherinnen und Erzieher, die bei kommunalen Kitas angestellt sind. 2012 sollen sie spürbar mehr Geld im Portemonnaie haben. „Das wird eine Gehaltstarifrunde“, waren sich die Konferenzteilnehmer einig. Der Fachkräftemangel im Kita-Bereich dürfe nicht auf Kosten der Betreuungsqualität, die politisch verschuldete Finanznot der Kommunen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten gelöst werden. Bis 2012 wird auch klar sein, ob die Verhandlungen über eine Entgeltordnung zum TVöD abgeschlossen werden können. Zur Zeit zeichnet sich mit dem Bund eine Lösung ab, die sich an der Struktur der Einigung mit der TdL orientiert. Mit der Vereinigung Kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) gibt es hingegen kaum Fortschritte.

Daniel Hard,
Referent im GEW-Arbeitsbereichs Angestellten- und Beamtenpolitik

„Hartz-IV-Kinder brauchen die beste Unterstützung“

Interview mit Felix Berth, Süddeutsche Zeitung

Foto: Catherina Hess

Felix Berth, Redakteur „Süddeutsche Zeitung“

E & W: *Herr Berth, warum verschwendet Deutschland die Kindheit*?*

Felix Berth: Etwa 20 Prozent der Kinder starten mit großen Handicaps ins Leben. Sie wachsen in Armut auf, sie ernähren sich nicht gesund und schneiden als Jugendliche schlecht bei den PISA-Tests ab. Um diese Heranwachsenden müssen wir uns kümmern. Sie brauchen eine Chance, die eigenen Potenziale zu entwickeln. Wenn ein Fünftel junger Menschen auf dem Abstellgleis landet, ist das für sie grausam – und für die Gesellschaft teuer.

E & W: *In Berlin ist jedes dritte Kind arm, in Bremerhaven oder Görlitz sogar jedes zweite. Was erwartet einen armen Jungen, der heute in Hartz-IV-Verhältnissen aufwächst?*

Berth: Arme Kinder besuchen vergleichsweise selten Kinderkrippen. Damit wird schon die erste Chance einer frühen Förderung vertan. Sie kommen relativ spät in den Kindergarten, etwa mit vier oder fünf Jahren. Sehr häufig ist es so, dass diese Kinder bereits sehr jung sehr viel fernsehen. Die Forschung, die *Maya Götz* in der Zeitschrift „Television“ 2007 zusammengefasst hat, zeigt, dass jedes fünfte Kind im Alter von einem Jahr bereits regelmäßig fernsieht.

E & W: *Bauen wir zu viel auf die Kompensationskraft der Schule?*

Berth: Ich bin überzeugt: Jede Diskussion über Bildungsarmut, die sich nur auf die Schule konzentriert, greift viel zu kurz. Wenn Sie eine Lehrerin fragen, die eine erste Klasse unterrichtet, kann sie sehr genau beschreiben, wie groß die Unterschiede in den Fähigkeiten und Kompetenzen von Erstklässlern bereits sind. Und wenn wir denen, die heute schlechte Startchancen haben, bessere Lebensperspektiven bieten wollen, reicht es nicht aus, über die Mängel der Schule nachzudenken. Wir müssen vor allem überlegen: Was soll vor der Einschulung passieren? Was nicht heißt, dass Kindergärten verschult werden sollen. Bloß nicht!

E & W: *Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) sprach im SPIEGEL-Interview (Nr. 35/2011) davon, dass die nächste Generation ein „gewaltiges Problempaket“ erwarte. Und mit Blick auf die Krawalle in Großbritannien: dass viele Jugendliche ihre Zukunftschancen gefährdet sähen. Eine Erklärung für die Randale in Großbritannien?*

Berth: Solche Krawalle lassen sich nicht monokausal begründen. Es müssen mindestens drei Faktoren zusammenkommen: Perspektivlosigkeit, eine relativ hohe Jugendarbeitslosigkeit und ein Ereignis, das Wut auslöst. Dann kann es „krachen“.

E & W: *Könnte es in Deutschland bald krachen?*

Berth: Was die Perspektivlosigkeit betrifft: Die ist, das zeigt auch die Shell-Jugendstudie 2010, bei fast einem Fünftel der Jugendlichen in Deutschland sehr ausgeprägt. Dieses Fünftel wächst mit dem Gefühl auf: „Wir gehören nicht dazu. Wir haben sowieso keine Chancen.“ Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit ist hierzulande aber nicht so massiv wie in Großbritannien. Nehmen Sie Baden-Württemberg, dort sind in manchen Landkreisen gerade mal zwei Prozent Jugendliche arbeitslos.

E & W: *In Berlin sieht es anders aus, in Bremen auch ...*

Berth: ... und im Ruhrpott ebenso. Da gibt es Orte, an denen Armut und Perspektivlosigkeit überwiegen. Hier muss man wachsam sein. Ein Anlass, der die jungen Chancenlosen empört, ergibt sich relativ schnell.

E & W: *Wie verhindert man, dass aus armen Kindern ohne Perspektive gewaltbereite Jugendliche werden?*

Berth: Ich habe kein Wundermittel im Angebot. Aber wenn ich mir die Experimente mit sehr guten Kindertagesstätten für Kinder aus sozial schwierigen Milieus in den USA der 1960er-Jahre anschaue: Die waren sehr erfolgreich. Das ist auch wissenschaftlich belegt. Es bestätigt meinen Eindruck, dass Prävention ganz früh ansetzen muss: Dreijährige aus sozialen Brennpunkten sollten das Optimum an Kindertagesbetreuung erhalten. Darin liegt der entscheidende Hebel, andere Weichen zu stellen.

E & W: *Das Experiment der Perry Preschool in Ypsilanti, Michigan, ist Ihrer Auffassung nach ein Weg, den Teufelskreis von Armut und Bildungsarmut zu durchbrechen?*

Berth: Das ist deswegen so faszinierend, weil die Wissenschaftler in Ypsilanti mit einer Experimental- und einer Kontrollgruppe gearbeitet haben. Alle 120 Kinder kamen aus sozial schwierigen Verhältnissen: geringes Familieneinkommen, die Väter häufig im Knast, die Mütter allein erziehend, miserable Wohnverhältnisse ... 60 Kinder erhielten im Alter von drei bis vier Jahren eine exzellente Kinderbetreuung. Weitere 60, eben die Kontrollgruppe, bekamen keine besondere Förderung, sie gingen einfach nicht in eine Kita. 40 Jahre lang haben die Wissenschaftler nun beobachtet, wie sich beide Gruppen entwickelt haben. Ergebnis: Die Unterschiede bei Kriminalität, Sozialhilfebedürftigkeit, Lebenseinkommen sind enorm. Die Gruppe mit optimaler Kita-Förderung ist wesentlich besser durchs Leben gekommen.

E & W: *Welche Schlüsse ziehen Sie daraus?*

Berth: Dass Lernprozesse im Laufe eines Lebens immer aufeinander aufbauen. Ich kann als Sechsjähriger nur gut lernen, wenn ich als Fünf- und als Vierjähriger das Fundament dafür geschaffen habe. Das ist der Schlüssel für das Verständnis des Experiments in Ypsilanti. Die Kinder der Perry Preschool haben bereits im Alter von drei Jahren gelernt: Es lohnt sich, sich anzustrengen. Sie haben erfahren, wenn ich lerne, wie etwas geht, kann etwas Positives herauskom-

* Felix Berth: Die Verschwendung der Kindheit. Wie Deutschland seinen Wohlstand verschleudert, Beltz Verlag 2011, 208 Seiten, 17,95 Euro.

men. Abstrakt gesagt: Ihre Frustrationstoleranz ist gewachsen, ihre Leistungsbereitschaft und vor allem ihr Glaube an die eigene Zukunft.

***E&W:** Der amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger James Heckman, der sich mit den Perry-Preschool-Experimenten intensiv befasst hat, kam zur Erkenntnis: Investitionen in eine sehr hohe Qualität frühkindlicher Bildung bringen einen großen ökonomischen Nutzen für die Gesellschaft.*

Berth: Die ökonomische Rendite ist laut Heckmans Analysen für die Gesellschaft gigantisch. Er spricht von sieben bis zehn Prozent jährlicher Rendite. Das heißt: Ein Dollar, den der Staat investiert, rentiert sich für die Gesellschaft jährlich mit sieben bis zehn Cent. Aber nur dann, wenn – wie in der Perry Preschool – die Kinder mit schlechten Startchancen am besten gefördert werden. Diese Rendite kommt nicht zustande, wenn der Staat gleichermaßen Mittelschichtkinder fördert.

***E&W:** Sie plädieren für eine Förderung, die im Kita-Bereich die Ressourcen finanziell ungleich gewichtet?*

Berth: Ich gönne jedem Dreijährigen in Deutschland einen ganz tollen Kindergarten. Aus sozialpolitischer und ökonomischer Sicht argumentiere ich in diesem Fall aber gegen das Gleichheitsprinzip: Wir brauchen eine kluge Ungleichbehandlung. Frühe exzellente Förderung ist bei den Kindern am sinnvollsten, die in armen Familien leben. Hier zitiere ich gerne noch einmal Frau Schavan: „In sozialen Brennpunkten muss die Ausstattung an Schulen und Lehrern am besten sein. Heute ist das oft andersherum." Ich stimme ihr hundertprozentig zu, nur würde ich die Kindertagesstätten einbeziehen.

***E&W:** Bisher herrscht in Deutschland eher die Meinung, die Mittel für die Bildung nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen.*

Berth: Noch einmal: Der Staat muss, will er keine Klassengesellschaft zementieren, in benachteiligte Kinder am meisten investieren. Für diese Position kann man sicher über Parteigrenzen hinweg Abgeordnete gewinnen. Die Schwierigkeit ist eine andere: Diese Politik muss sich gegen die Interessen der Mittelschicht durchsetzen. Die Eltern in Berlin-Zehlendorf sind genau die, die sich sehr gut wehren und ihre Interessen bestens formulieren können. Im Unterschied zu den Hartz-IV-Müttern und -Vätern in Berlin-Wedding oder -Neukölln.

***E&W:** Das wird der Mittelschicht nicht gefallen!*

Berth: Wir haben es doch nicht mit lauter FDP-Wählern zu tun, die nur ihre eigenen Interessen im Blick haben; die trifft man zurzeit ohnehin selten. Es gibt in der Bevölkerung auch einen Anteil an reflektierten Menschen, die es für politisch wichtig erachten, Kinder aus Hartz-IV-Familien am besten zu fördern. Weil es dem Frieden in den Städten dient und nicht zuletzt den betroffenen Kindern. Diese Eltern aus bildungsnahen Milieus sind sehr wohl in der Lage, gut für eine exzellente Bildung und Betreuung ihres Nachwuchses zu sorgen. Die können Bio-Kost und Baby-Yoga selbst finanzieren.

***E&W:** Heinz Buschkowsky, der Berliner SPD-Stadtrat in Neukölln, hat mal provokativ über die Situation armer Kinder geäußert: „Kindern aus der Unterschicht fehlt der Hunger auf ein selbstbestimmtes Leben." Vorausgesetzt, er hätte Recht, wie sollen sie diesen Hunger in einer Klassengesellschaft entwickeln?*

Berth: Es geht doch darum: Was habe ich als Hartz-IV-Kind für Chancen? Arme Kinder müssen Hoffnung auf ein besseres Leben haben. Sie müssen das Gefühl haben, dass sozialer Aufstieg möglich ist. Im Besuch einer Kita mit exzellentem Bildungsangebot sehe ich einen Ansatzpunkt, mit dem man zwar nicht alles retten, aber vieles verbessern könnte.

***E&W:** Entscheidend ist doch dann die Qualität des pädagogischen Angebots in den Kitas.*

Berth: Das bestausgebildete Personal muss in sozialen Brennpunkten eingesetzt werden. Auch die Eltern müssen dort einbezogen werden und das Gefühl bekommen: Mein Kind hat eine andere Perspektive als ich. Ich räume allerdings ein, dass ich aus der frühkindlichen Pädagogik kein Konzept der Bildungsgerechtigkeit kenne.

***E&W:** Ihr Appell an die Politik?*

Berth: Je schwieriger die Lebensverhältnisse eines Kindes sind, umso besser muss die pädagogische Unterstützung sein.

Interview: Helga Haas-Rietschel, Redakteurin der „Erziehung und Wissenschaft"

Berlin-Neukölln: In sozialen Brennpunkten müssen die am besten ausgebildeten Pädagoginnen, Pädagogen und Sozialarbeiter eingesetzt werden.

Foto: dpa

Die Initiative „Profis für die Kita" haben Gewerkschaften und sozialpädagogische Berufsverbände gestartet (s. E&W 3/2011). Der „Runde Tisch" will mit seiner Initiative mehr Menschen für den Erzieherberuf gewinnen. Ein anspruchsvolles Arbeitsfeld: Es geht um die Bildungschancen der Kinder (s. GEW-Website unter: http://www.runder-tisch.eu/).

Viele Kinder, wenig Geld

Politik hat den Bedarf an Krippenplätzen unterschätzt

In knapp zwei Jahren soll es einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für Ein- und Zweijährige geben. Doch den Kommunen fehlen Geld und Personal, die Politik hat den tatsächlichen Bedarf unterschätzt.

1. August 2013: Kurz nach ihrem ersten Geburtstag sollte *Marie* ihren ersten Tag in der Kindertagesstätte um die Ecke verbringen. Doch für Marie hatte die Kita keinen Platz. Der 2008 versprochene Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz für alle Ein- und Zweijährigen ab dem 1. August 2013 existiert nur auf dem Papier. Maries Eltern werden deshalb klagen – und viele werden es ihnen gleichtun. Denn vor allem in den westdeutschen Flächenstaaten übersteigt die Nachfrage nach Krippenplätzen für Kinder im Alter zwischen einem und drei Jahren deutlich das Angebot. Nur im Osten Deutschlands wurde das Plansoll erfüllt.

Maries Eltern hätten sich den Ärger ersparen können – sie hätten sich, zynisch formuliert, lediglich schon vor der Geburt ihrer Tochter um einen der raren Betreuungsplätze in einer Kita oder bei einer Tagesmutter bewerben müssen. Denn schon 2011 wurde befürchtet, dass der Versorgungsgrad zu gering sein würde. Auf 35 Prozent bezifferte die Politik 2008 bei der Verabschiedung des Kinderförderungsgesetzes (KiFöG) den Bedarf an Krippenplätzen im Bundesdurchschnitt, 2011 korrigierte das Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) die Quote nach oben: auf 39 Prozent. Da lag der Bundesdurchschnitt bei lediglich 23 Prozent, in manchen Ländern wie Nordrhein-Westfalen (NRW) gar bei nur 14 Prozent. Im Osten der Republik dagegen betrugen bereits 2010 die Versorgungsquoten zwischen 42,1 Prozent (Berlin) und 56 Prozent (Sachsen-Anhalt).

Kraftakt erforderlich

Vielleicht haben Maries Eltern aber auch Glück und Bund, Länder und Kommunen schaffen es doch noch, das Krippenangebot in den kommenden zwei Jahren auszubauen. Dazu ist allerdings ein Kraftakt erforderlich. Rund 472 000 Plätze für unter Dreijährige gab es nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 2010 (die Zahlen für 2011 liegen noch nicht vor). Das sind zwar 55 000 Plätze mehr als im Jahr davor, aber immer noch knapp 278 000 Plätze zu wenig, will die Politik ihre selbstgemachte Vorgabe von 750 000 Plätzen einhalten.

„Selbsttäuschung"

In den Ländern zeigte man sich auf *E&W*-Nachfrage optimistisch, dieses Ziel auch zu erreichen. Beim Deutschen Städtetag sieht man die Ankündigungen der Länder mit Skepsis. „Die Ausbaudynamik müsste im Westen fast verdoppelt werden, um den Rechtsanspruch bis 2013 tatsächlich befriedigen zu können", betont der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, *Stephan Articus*. Bereits 2007 hatte Städtetagspräsident *Christian Ude* (SPD) davor gewarnt, den tatsächlichen Bedarf zu gering anzusetzen. 750 000 Plätze würden nicht ausreichen. Im April des gleichen Jahres hatten Bund, Länder und Kommunen beim „Krippengipfel" den Bedarf bei einem Rechtsanspruch auf eine Million Plätze beziffert.

Die verantwortlichen Ministerien in den Bundesländern sehen dem Stichtag 1. August 2013 dennoch relativ gelassen entgegen. Der Rechtsanspruch auf Betreuung greife erst nach dem ersten Geburtstag, also nur für zwei Drittel aller Kinder unter drei Jahren, erklärt der Pressesprecher des Bremer Sozial- und Familiensenats, *Bernd Schneider*. „Das heißt: Nicht 100 Prozent der Kinder haben einen Rechtsanspruch, sondern nur 66 Prozent." Anders gerechnet: Stehen für 39 Prozent der unter Dreijährigen Betreuungsangebote zur Verfügung, können die Eltern von rund 55 Prozent der Ein- und Zweijährigen hoffen, einen Platz für ihre Sprösslinge zu erhalten.

Die Länder halten das durchweg für ausreichend. „Das ist eine Selbsttäuschung", meint dagegen der Jugendhilfe-Experte der GEW, *Norbert Hocke*. „Das Problem ist nicht die Frage, ob 35 oder 39 Prozent genügen; das sind von der Politik gesetzte Durchschnittswerte." In Ballungsräumen würden, so Hocke, zum Teil für 50 bis 60 Prozent der Ein- bis Dreijährigen Krippenplätze benötigt. „Man hätte die Entwicklung schon vor Jahren voraussehen können." Entsprechende Ausbaupläne wären über Jugendhilfeplanung in den Kommunen möglich gewesen. „Doch in den Kommunen hat man das Personal in diesen Bereichen immer weiter reduziert. Das rächt sich jetzt", sagt Hocke. Er sieht aber auch ein Versagen des Bundes. Die Bundesregierung hätte schon beim Festschreiben des Rechtsanspruchs 2010 ein Verfahren zur Ermittlung des Bedarfs festlegen müssen.

Offenbar geht die Politik aber in konservativ reagierten Bundesländern wie Bayern davon aus, dass die Betreuung der Kleinsten auch nach dem 1. August 2013 vielfach weiterhin im familiären Umfeld organisiert wird. „In vielen bayerischen Kommunen, vor allem im ländlichen Raum, ist der Bedarf bereits gedeckt", erklärt das bayerische Familienministerium auf Anfrage. Nachholbedarf bestehe in den größeren Städten wie München und Nürnberg, doch die Verantwortung dafür trage die jeweilige Lokalpolitik.

Länder: Bund in der Pflicht

Die Länder stellen nicht nur die Kommunen an den Pranger, sie schieben auch dem Bund den Schwarzen Peter zu. Tenor: Wir haben unseren Teil an der Finanzierung des Krippenplatzausbaus geleistet, jetzt ist die Bundesregierung in der Pflicht. Um die „mangelhafte finanzielle Unterstützung durch den Bund zu kompensieren", werde man 2012 und 2013 eine Investition von zusätzlichen rund 30 Millionen Euro tätigen, „die prinzipiell vom Bund zu leisten wäre", teilt das saarländische Bildungsministerium mit. In Bayern verweist man stolz darauf, dass der Freistaat mit 360 Millionen Euro mehr als die Hälfte der gesamten Fördersumme trage.

Doch die Ländermittel reichen nicht nur in Bayern nicht aus. Der Deutsche Städtetag erwartet, dass zusätzlich zu den bisherigen Bundesmitteln noch rund sieben Milliarden Euro investiert werden müssten. Der Bund hat mittlerweile rund die Hälfte seines Anteils von insgesamt 2,15 Milliarden Euro bewilligt, bleibt also knapp eine Milliarde Euro übrig. „Daher sind rund sechs Milliarden Euro für Investitionskosten noch nicht finanziert", rechnet Articus vom Deutschen Städtetag vor.

Gericht: Länder in der Pflicht

Woher sollen die Kommunen das Geld nehmen? Die Steuerausfälle der vergangenen Jahre haben große Löcher in die Gemeindesäckel gerissen. Die Länder stünden in der Zahlungspflicht, lautet daher sinngemäß die lapidare Antwort des Verfassungsgerichtshofs in Nordrhein-Westfalen. In einem Urteil vom Oktober 2010 forderten die Richter das Land auf, für einen finanziellen Ausgleich zu sorgen, wenn es den Kommunen den Ausbau der Krippenplätze überträgt („Konnexitätsprinzip"). Seitdem pochen auch die Kommunen außerhalb NRWs auf diese Regelung.

Als zusätzliches Problem erweist sich der Personalmangel in den Kitas. Laut einer Studie des Deutschen Jugendinstituts (DJI) sind bundesweit 25 000 Erzieherstellen unbesetzt. Und auch bei den Tagesmüttern, die die Versorgungslücke stopfen könnten, sieht es schlecht aus. *Stefan Sell* von der Fachhochschule Koblenz schätzt, dass derzeit 32 000 Menschen für die Tagespflege fehlten, um den Rechtsanspruch garantieren zu können. Gegenüber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* warf Sell den Ländern vor, beim Thema Personalmangel den Kopf in den Sand zu stecken.

In der Tat kann augenblicklich kaum von einem koordinierten Vorgehen der Länder die Rede sein. In Bremen geht das Sozialressort davon aus, dass es gelingen wird, Teilzeitkräfte für Vollzeitstellen zu gewinnen. In Rheinland-Pfalz sollen Berufsaussteiger wieder zurückgeholt werden. Gleiches plant Baden-Württemberg. Zusätzlich will die neue grün-rote Landesregierung in Stuttgart Personen aus anderen Berufsgruppen nach entsprechender Weiterbildung als so genannte Zweitkraft in den Kitas einsetzen. In Bayern wiederum hofft die Staatsregierung auf die Vorbildkraft eines Projektes in der Landeshauptstadt München. Dort werden Grundschullehrkräfte für eine Tätigkeit in der Kindertagesbetreuung fortgebildet. Zusätzlich arbeitet das Sozialministerium an einem Konzept zur Nachschulung von Heilerziehungspflegern und wirbt mit einer Imagekampagne („Herzwerker") um den männlichen Nachwuchs im Erzieherberuf.

Norbert Hocke sieht darin blinden Aktionismus: „Wir haben jahrelang auf den Personalmangel hingewiesen, haben Einstellungskorridore und einen Ausbau der Hochschulplätze gefordert, um qualifizierte Kräfte für den Erzieherberuf zu gewinnen. Doch die Politik hat immer nur abgewunken." Der GEW-Kita-Experte geht zwar davon aus, dass die Lücke bei den Betreuungsangeboten für die Ein- und Zweijährigen in den nächsten Jahren geschlossen werden könnte – „wenn nicht 2013, dann ein, zwei Jahre später". Er fürchtet aber, dass die Verantwortlichen dies mit einem Qualitätsverlust beim Personal erkauften. „Denn eines ist sicher: Wollen die Kommunen juristische Auseinandersetzungen vermeiden, müssen sie ein Angebot bereitstellen."

Jürgen Amendt,
Redakteur „Neues Deutschland"

Blick in den Osten

Die ostdeutschen Länder liegen bei der Versorgung mit Betreuungsplätzen für Kinder, die jünger als drei Jahre sind, historisch bedingt (Kinderkrippen gehörten in der DDR ab den 1970er-Jahren zum Standard) weit vor den westlichen Bundesländern. Der Krippenausbau ist daher kaum ein Thema. Doch finden sich auch hier Unterschiede: In Sachsen-Anhalt gibt es einen Rechtsanspruch auf Betreuung bereits ab der Geburt. Wie in Brandenburg ist dies jedoch an die Bedingung geknüpft, dass die Eltern erwerbstätig sind. Thüringen sichert eine Betreuung ab dem zweiten Geburtstag zu. Die CDU-geführte Landesregierung zahlt allerdings seit drei Jahren Eltern, die auf einen Krippenplatz verzichten, eine monatliche Prämie von 150 Euro. *J.A.*

„Es wird eng!“

Interview mit Thomas Rauschenbach über Krippenausbau, Fachkräftemangel und Qualität der Ausbildung

***E&W**: Herr Rauschenbach, werden alle Eltern, die ab August 2013 von ihrem Recht Gebrauch machen wollen und für ihre Kinder Krippenplätze suchen, versorgt?*

Thomas Rauschenbach: Das kann man heute noch nicht exakt beantworten, da wir nicht wissen, wie viele Eltern ihre Kinder in die Krippe schicken wollen. Gemessen an aktuellen Erfahrungen gehen wir im Westen von rund 37 Prozent aus. Legt man die Zahl der verfügbaren Plätze zugrunde, könnten jedoch nur etwa 17 Prozent der Kinder, die jünger als drei Jahre sind, versorgt werden. Das heißt, vor uns liegt noch ein ganzes Stück Wegstrecke bis zum angestrebten Ziel.

***E&W**: Was heißt das konkret?*

Rauschenbach: Ich sehe drei Herausforderungen. Erstens, wir müssen in Beton und Steine investieren, sprich: neue Kitas bauen. Zweitens brauchen wir genügend Plätze, um die Nachfrage zu decken. Und drittens benötigen wir eine ausreichende Zahl ausgebildeter Fachkräfte – und das ist, vorsichtig formuliert, ein wachsendes Problem.

***E&W**: Ein wachsendes Problem – das heißt, Erzieher und Erzieherinnen werden immer knapper?*

Rauschenbach: Vor Jahren hat sich noch niemand Gedanken über diesen drohenden Mangel gemacht. Beschlossen hat man lediglich einen Rechtsanspruch. Nach unseren ersten Berechnungen im vergangenen Jahr deutete sich schon an, dass das Personal knapp werden könnte. Allerdings sah die gesamte Lage noch nicht so schlecht aus. Doch neuere Berechnungen zeigen: Es wird eng. Die westdeutschen Länder müssen zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um weitere Fachkräfte zu gewinnen.

***E&W**: Wie viele Erzieherinnen fehlen genau?*

Rauschenbach: Unter der Annahme, dass im Westen Plätze für 37 Prozent der Kinder unter drei Jahren benötigt werden, gibt es nach unseren Berechnungen einen zusätzlichen Bedarf von rund 25 000 Erzieherinnen. Aber das ist nur eine vorläufige Groborientierung, die sich rasch verändern kann.

***E&W**: Der Bund plant ab 2012 eine Kampagne, um junge Leute für solche Mangelberufe zu begeistern. Reicht das aus?*

Rauschenbach: Eine Kampagne ist sicherlich sinnvoll. Aber ich glaube nicht, dass wir in der jungen Generation viele gewinnen werden. Demografisch bedingt sinkt die Zahl junger Menschen im Ausbildungsalter in den nächsten Jahren.

***E&W**: Wo sollen die fehlenden 25 000 Erzieher denn sonst herkommen?*

Rauschenbach: Es hat sich gezeigt, dass zu viele junge Frauen zwar die Ausbildung machen, aber anschließend nicht oder nur kurz in den Beruf gehen. Daher müssen wir versuchen, die Gruppe derer zu reaktivieren, die bereits eine Ausbildung gemacht haben.

***E&W**: Wie?*

Rauschenbach: Etwa durch Wiedereinstiegsangebote für Frauen, die seit zehn Jahren draußen sind und sich dem Beruf vielleicht gar nicht mehr gewachsen fühlen. Ihnen müssen wir sagen: „Kommt, wir qualifizieren euch, wir führen euch zurück in den Beruf.“ In dieser Hinsicht können Bund, Länder und Arbeitsagenturen Angebote unterbreiten. Auch haben wir einen hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigten. Dahinter verbirgt sich ein zusätzliches Potenzial.

***E&W**: Eine Erzieherin beantwortet die Frage, warum es zu wenige gibt, so: Eine Vollzeitstelle brächte ihr 1400 Euro netto ein, davon könne sie keine Familie ernähren. Muss sich auch die Bezahlung ändern, damit der Beruf attraktiver wird?*

Rauschenbach: Es ist unübersehbar, dass Erzieherinnen in Status, Ausbildung und Bezahlung unterhalb der Lehramtsausbildungen liegen. Hier muss es ganz klar langfristig einen Gleichklang geben.

***E&W**: Erzieherinnen sollen so viel verdienen wie Grundschullehrkräfte?*

Rauschenbach: Es gibt längst keine sachlichen Gründe mehr, warum eine Erzieherin schlechter bezahlt werden soll als eine Grundschullehrerin. Zumindest ist die Tätigkeit in der Kita nicht weniger anspruchsvoll als eine andere pädagogische, die aber besser bezahlt wird.

***E&W**: Dann werden Krippen- und Kitaplätze aber sehr viel teurer.*

Rauschenbach: Klar, zum Nulltarif wird das nicht zu machen sein. Wenn man aber nur eine Gehaltsklasse nach oben ginge, würde das vielleicht ein bis zwei Milliarden Euro kosten. Das ist insgesamt eine finanzierbare Größe; wenn sich das Kindergeld um zehn Euro erhöht, kostet das den Steuerzahler jedenfalls mehr. Man muss eine bessere Bezahlung aber politisch wollen.

***E&W**: Zu befürchten ist, dass der rasche Ausbau zu Lasten der Qualität geht. Städte und Gemeinden setzen verstärkt auf Tagesmütter, die einen pädagogischen Crash-Kurs bekommen und weniger kosten.*

Rauschenbach: Diese Gefahr ist ganz sicher da. Bislang gibt es zwar noch keine empirischen Belege dafür, aber wir müssen davon ausgehen, dass in der Übergangsphase Zugeständnisse in Sachen Qualität gemacht werden. Das zeigte sich zumindest Mitte der 1990er-Jahre, als der Rechtsanspruch für den Kindergarten eingeführt wurde. Wenn man sehr schnell viel Personal benötigt, kann man die Messlatte nicht zu hoch

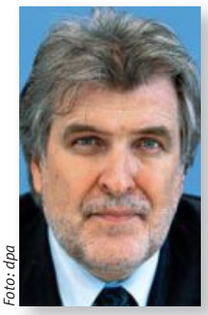


Foto: dpa

Prof. Thomas Rauschenbach (59) leitet seit 2002 das Deutsche Jugendinstitut (DJI). Zu seinen Schwerpunkten gehören Bildung im Kinder- und Jugendalter und soziale Berufe.

Stand des Krippenausbaus

Die Grundlage:

Ab August 2013 hat jedes Kind nach Vollendung des ersten Lebensjahres einen Rechtsanspruch auf Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder in der Tagespflege.

Zwischenbilanz:

Der Bundesregierung zufolge wünschen sich derzeit 39 Prozent der Eltern ein Betreuungsangebot für ihre Kinder, die jünger als drei Jahre sind. Der im Juni vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) veröffentlichte Betreuungsatlas zeigt beim Krippenausbau für 2010 unterschiedlich große Fortschritte. Während in Ostdeutschland fast die Hälfte der unter Dreijährigen nicht zu Hause betreut wird (48,1 Prozent), nimmt in Westdeutschland nicht einmal jedes fünfte Kind (17,5 Prozent) Kindertagesbetreuung in Anspruch.

Quelle: DJI, „Kita vor Ort – Betreuungsatlas 2010“

legen – sonst bekommt man nicht genügend. Aber das wäre für mich nur in einer ganz kurzen Übergangssituation akzeptabel.

***E&W:** Auf der anderen Seite wird eine Akademisierung des Berufs gefordert. Warum brauchen wir in der frühkindlichen Bildung mehr akademisch gebildetes Personal?*

Rauschenbach: Zunächst einmal: Erzieherinnen sind besser als ihr Ruf. Studien wie IGLU und PISA zeigen, dass Kinder, die eine Kita besucht haben, davon profitieren. Und: Erzieherinnen müssen auf alles reagieren können, was Kinder wissen und entdecken wollen – und das setzt einfach einen breiten Horizont voraus. Zudem ist die Nähe zur Hochschule deshalb so wichtig, da die angehenden Fachkräfte so direkt mit neuen Forschungsergebnissen und Erkenntnissen konfrontiert werden.

***E&W:** Immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund besuchen Kitas und Krippen. Welche neuen Kompetenzen verlangt das von den Frühpädagogen?*

Rauschenbach: Themen wie Diversity, Sprachförderung oder interkulturelle Kompetenz sollten obligatorische Teile der Ausbildung werden. Des Weiteren müssen wir verstärkt um Personal werben, das selbst aus einem Migrationsmilieu kommt. Bislang sind es gerade mal acht Prozent in den Kitas, der Anteil der Kinder beträgt über 30 Prozent.

***E&W:** Sollte es ein Ziel sein, dass auch der Anteil der Erzieherinnen mit Migrationshintergrund auf 30 Prozent steigt?*

Rauschenbach: Es besteht zumindest noch Luft nach oben – und es würde den Kitas gut tun.

Interview: Anna Lehmann, taz-Redakteurin

Literaturtipps für die Kita

Für die Betreuung und Bildung der Kleinsten hat der *Cornelsen*-Verlag einige Materialien herausgegeben: Zum Beispiel „Willkommen in der Krippe! Praxistipps und Eingewöhnung" von *Ute Berndt* und *Claudia Erler*. Oder von *Inga Bodenburg* und *Gunhild Grimm* „Weißt du, was ich sagen will? Kommunikation mit Null- bis Dreijährigen". Für Elternarbeit in der Krippe von *Daniela Kobelt Neuhaus* „Im Dialog mit den Eltern Null- bis Dreijähriger. Wie Erziehungspartnerschaft gelingen kann". Über die behutsame Eingewöhnung der Null- bis Dreijährigen schreibt *Edith Burat-Hiemer* „Ein gelungener Start in die Kita". Die Broschüren kosten je 16,50 Euro. *Wilfried Griebel* und *Renate Niesel* haben die Materialie „Übergänge verstehen und begleiten. Transitionen in der Bildungslaufbahn von Kindern" herausgegeben. Thematisiert werden sowohl die Übergänge von der Krippe in die Kita als auch von der Kita in die Grundschule und die weiterführende Schule. Das Buch kostet 19,50 Euro.

Die Materialien sind im Buchhandel zu beziehen.

Pakt des Schweige

Deutsche Schule mit Nazi-Vergangenheit

San Carlos de Bariloche, die malerisch an einem See gelegene Provinzstadt in Patagonien (Argentinien), gilt als Urlaubsparadies, muss aber auch mit ihrem Ruf als langjährigem Zufluchtsort für prominente Nazis leben. Besonders im Zwielicht steht die Deutsche Schule – als 1994 der NS-Kriegsverbrecher Erich Priebke aufgespürt und festgenommen wurde, war er Vorsitzender des Schulvorstandes. Wie geht die Schule mit diesem schwierigen Erbe um?

Es ist kurz vor 13 Uhr. Ich bin mit *Evelina Stieger* verabredet, der Direktorin der Deutschen Schule von Bariloche. Doch ich komme nur bis zum Pförtner, der die Sekretärin holt: Frau Stieger sei in einer Sitzung, einen weiteren Termin könne sie mir nicht nennen, auch die Deutschlehrerinnen seien leider nicht abkömmlich. Am späten Nachmittag wiederholt der Pförtner das Sprüchlein. Auch ein dritter Versuch am nächsten Morgen scheitert, eine halbe Stunde später bekomme ich telefonisch den offiziellen Bescheid: „Mit Ihnen reden wir nicht."

Ein „Nestbeschmutzer"

Hans Schulz ist nicht überrascht. „Da kommt man nicht durch, der Pakt des Schweigens ist intakt", sagt der 56-jährige Anthropologe, Journalist, ehedem Schüler und Chronist der Schule und zeitweilig sogar Vorstandsmitglied des Schulträgers, der Deutsch-Argentinischen Kulturvereinigung. Doch mittlerweile ist Schulz für viele ein Nestbeschmutzer: Als stadtbekannter Kolumnist setzt er sich immer wieder kritisch mit dem Deutschtum in Bariloche auseinander.

Mehrfach hat Schulz in der Stadt Diskussionsveranstaltungen über den Holocaust mitorganisiert, zusammen mit Jugendlichen antisemitische Schmierereien entfernt oder wie zuletzt eine Debatte über die mögliche Umbenennung der beliebten Ausflugshütte „Berghof" ausgelöst. Die Deutsche Schule, 1907 von den ersten weißen Siedlern Bariloches gegründet, bleibt dabei immer demonstrativ auf Distanz. „Bis heute ist die deutsche Kolonie eine verschworene Gemeinschaft", sagt Schulz, „auch wenn der Anteil der Nazis höchstens fünf Prozent beträgt."

„Der Antisemitismus ist kein spezifisch deutsches Problem", findet *Ricardo Niborski* von der jüdischen Gemeinde. „Nach dem Krieg haben sich neben Nazis eben auch Holocaust-Leugner aus Slowenien, Kroatien oder Frankreich in Bariloche niedergelassen" – das werde bei der Fixierung auf den SS-Mann Erich Priebke, der 1944 für das Massaker an 335 Zivilisten in den ardeatinischen Höhlen bei Rom mitverantwortlich war, oft vergessen. Als „Schlangenei" betrachtet der Arzt nicht so sehr die Aktivitäten einzelner Unverbesserlicher als

Hans Schulz (links), Anthropologe, Journalist und Chronist der Deutschen Schule, und der Arzt Ricardo Niborski von der jüdischen Gemeinde in Bariloche auf dem Weg zum „Berghof" – eine immer noch beliebte Ausflugshütte der deutschen Kolonie, einer „verschworenen Gemeinschaft" in Bariloche/Argentinien. Neben Nazis haben sich hier auch Holocaust-Leugner aus Slowenien, Kroatien oder Frankreich niedergelassen.

Fotos (3): Gerhard Dilger

ns in Bariloche

Deutsche Schule in Bariloche: Jeden Morgen stimmen die Schüler Lieder auf die argentinische Fahne an. Die Deutsche Schule wehrt sich noch immer gegen die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit.

vielmehr die autoritären Tendenzen in der argentinischen Gesellschaft, die für ihn mit der tiefen Kluft zwischen Arm und Reich einhergehen.

Aufklärungsarbeit

In Bariloche stehen dem „europäischen“, von Touristen überlaufenen Stadtkern am See ausgedehnte Armenviertel gegenüber, die von Argentiniern und Chilenen mit deutlich indianischen Gesichtszügen geprägt sind. Wie sein Freund Schulz ist Niborski einer der unermüdlichen Aufklärer von Bariloche. Er organisiert Gesundheitskampagnen. Zum Thema Holocaust lädt er zu Lehrerfortbildungen oder Workshops für Schüler ein.

„Wir arbeiten gegen das Image Bariloches als Nazi-Hochburg an, denn davon profitiert nur die kleine Minderheit, die den Pakt des Schweigens aufrecht erhält“, sagt Niborski: „Wir wollen zwar an die Vergangenheit erinnern, aber zugleich Brücken zwischen den verschiedenen Gruppen herstellen, damit wir eine solidarische Gemeinschaft aufbauen können.“ Erst auf ausdrückliche Nachfrage bestätigt er die Episode, wie der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde vor wenigen Jahren am Haupteingang der Deutschen Schule abgefertigt wurde, als er der Direktorin eine Einladung überbringen wollte.

Pakt des Schweigens – die zutreffende Charakterisierung geht auf den Titel eines bemerkenswerten Dokumentarfilms aus dem Jahr 2005 zurück, der stark gekürzt auch im deutschen Fernsehen lief. Thema: *Erich Priebke*, die deutsche Kolonie von Bariloche und speziell das Schulleben. Regisseur *Carlos Echeverría*, 53, ebenfalls ein ehemaliger Schüler der Deutschen Schule, leitet heute den staatlichen Radiosender in Bariloche.

„Bis heute wird die Schule von ‚nostalgischen Nazis’ kontrolliert“, sagt der Filmemacher. „Dass ihre Strategie aufgeht, hat auch viel mit der argentinischen Geschichte zu tun, mit den zahlreichen Militärdiktaturen und den antisemitischen Tendenzen in der Armee.“ Der zwölfköpfige Schulvorstand bestehe aus der „dritten Generation der Nostalgiker“, kritische Geschichtslehrer seien entlassen worden. „Diese Blockadehaltung wird sich irgendwann ändern, wenn die Leute wegsterben“, hofft Echeverría, „doch bis heute überwiegt die Solidarität mit der Generation der Eltern und Großeltern.“

Sozialwissenschaften und musische Fächer spielen an der Deutschen Schule eine Nebenrolle, Schwerpunkte sind Betriebswirtschaft und Naturwissenschaften. Nach der Verhaftung des Schulvorstandsvorsitzenden Priebke wanderten viele Lehrkräfte zur italienischen oder britischen Privatschule ab. Als ahnungslos und zugleich voller Standesdünkel beschreibt eine Jugendliche, die vor kurzem auf eine staatliche Schule gewechselt ist, ihre früheren Mitschülerinnen.

„Priebke ist tabu“

Weniger hart fällt das Urteil einer Lehrerin aus, die ich außerhalb der durch das Bundesverwaltungsamt geförderten Sprachdiplom-Schule interviewen konnte. „Ich habe keinerlei Einschränkungen erlebt, was kritische Inhalte betrifft“, berichtet sie, „aber Priebke ist tabu, und im Kollegium herrscht kein innovatives Klima, auch aus Angst um den Arbeitsplatz.“ Der Schulvorstand trete sehr einig auf, die Hälfte seiner Mitglieder stamme noch aus der Priebke-Zeit. „Seine Politik der geschlossenen Türen gegenüber Journalisten geht auf schlechte Erfahrungen mit der Presse zurück“, vermutet die Lehrerin, auch mit Blick auf das Image in Deutschland sei das jedoch kontraproduktiv.

„Es gibt seit längerem keinen direkten ideologischen Einfluss auf die Unterrichtsinhalte mehr“, bestätigt *Marc Seegers*, der von 2007 bis 2009 Bundesprogrammlehrer in Bariloche war. Das aktive GEW-Mitglied hat aber auch in mehreren Artikeln detailliert nachgezeichnet, wie sich die Deutsche Schule gegen die Aufarbeitung ihrer ganz eigenen Verstrickung mit der NS-Vergangenheit wehrt. So habe ihm ein langjähriges Mitglied des Schulvorstandes gesagt, man wolle eine „Übernahme der Schule durch die Juden“ vermeiden.

„Die Schule wünscht keine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit“, lautet Seegers’ Fazit, aber auch die Zentralstelle für Auslandsschulwesen (ZfA) in Köln und die Deutsche Botschaft in Buenos Aires schöpften bis heute ihren Handlungsspielraum „sicher nicht aus“.

Gerhard Dilger,
Südamerika-Korrespondent der taz

Filmemacher Carlos Echeverría, ein ehemaliger Schüler der Deutschen Schule, drehte 2005 unter dem Titel „Pakt des Schweigens“ einen Dokumentarfilm über den SS-Mann Erich Priebke und die deutsche Kolonie von Bariloche.

Grabsteine aus Kinderhand

Plädoyer für eine kinderarbeitsfreie Zone durch den Kauf „fairer Steine“

Indira und der Steinbruch
Unterrichtsmaterial für Grundschule und Sekundarstufe I über Kinderarbeit in indischen Granitsteinbrüchen hat das Hilfswerk MISEREOR herausgegeben. Es steht zum kostenlosen Download bereit unter: *www.misereor.de/fileadmin/redaktion/Indira-Baustein.pdf*. Nähere Informationen zum Thema auch über Benjamin Pütter: *b_puetter@web.de*.

* Hintergrundinformation zum Thema Natursteine bietet die Südwind Agentur in Wien: *www.suedwind-agentur.at*.

Bildungs- und Förderungswerk der GEW im DGB e.V.

Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW unterstützt die Stiftung „Fair Childhood“.

Medienberichte über Kinderarbeit in den Steinbrüchen Asiens schockieren viele Verbraucher: Immer mehr Kunden achten heute darauf, „sozial saubere“ Natursteine zu kaufen.

Im Garten liegen fair erzeugte indische Sandsteinplatten, in der Hofeinfahrt Pflastersteine mit dem Xertifix-Siegel: Für *Brigitte* und *Thomas Fiedler* aus Berlin stand bei der Planung ihres neuen Hauses von vornherein fest: „Unsere Kinder sollen niemals auf Steinen spielen, an denen Blut klebt. Oder für deren Herstellung andere Kinder leiden mussten.“ So wie das junge Paar denken immer mehr Verbraucher – aufgeschreckt und sensibilisiert von Medienberichten über die Ausbeutung von Arbeitern in indischen oder chinesischen Steinbrüchen. Von dort stammen rund 80 Prozent aller hierzulande verkauften Natursteine. Lohndumping sei in den Steinbrüchen gang und gäbe und Kinderarbeit „noch weit verbreitet“, sagt *Benjamin Pütter*, Kinderarbeitsexperte des Hilfswerkes Misereor.

Auch die Südwind Agentur in Wien geht davon aus, dass etwa 15 Prozent der Arbeiter in den Steinbrüchen minderjährig sind. Besonders schlimm ist die Lage in den zig kleinen Minen des informellen Sektors. Das Bild dort ist immer dasselbe: In sengender Hitze bedienen dünne Kinder und Minderjährige oft zu dritt oder viert 40 Kilogramm schwere Presslufthämmer und Kompressoren oder schlagen die Steine in mühseliger Handarbeit. Für diese Knochenarbeit bekommen sie 80 Cent pro Tag.

Zu Schnäppchenpreisen

Eine Million Tonnen Gestein werden allein in Deutschland jährlich verarbeitet. Granit, Sand- und Kalkstein, Marmor, Schiefer oder Schotter – diese Natursteine finden sich in Häusern und Gärten, in Fußgängerzonen und auf Marktplätzen, an Fassaden alter Gebäude sowie als Grabsteine auf Friedhöfen. Die Bundesrepublik ist europaweit der wichtigste Abnehmer von Naturstein. Das hat auch mit dem Preis zu tun: Noch vor 20 Jahren war das Material für die meisten Verbraucher hierzulande unerschwinglich. Heute werden Marmor & Co. teils zu Schnäppchenpreisen angeboten, oft noch billiger als Beton. Ermöglicht durch Importe aus Niedriglohnländern. Denn wer in Indien oder China einen Steinbruch eröffnet, muss keine teuren Auflagen zum Arbeits- oder Umweltschutz beachten. Die Folge: Ein Naturstein aus Indien kostet nicht mal die Hälfte dessen, was der Kunde für den gleichwertigen Grab- oder Terrassenstein aus der Lausitz auf den Tisch legen muss.

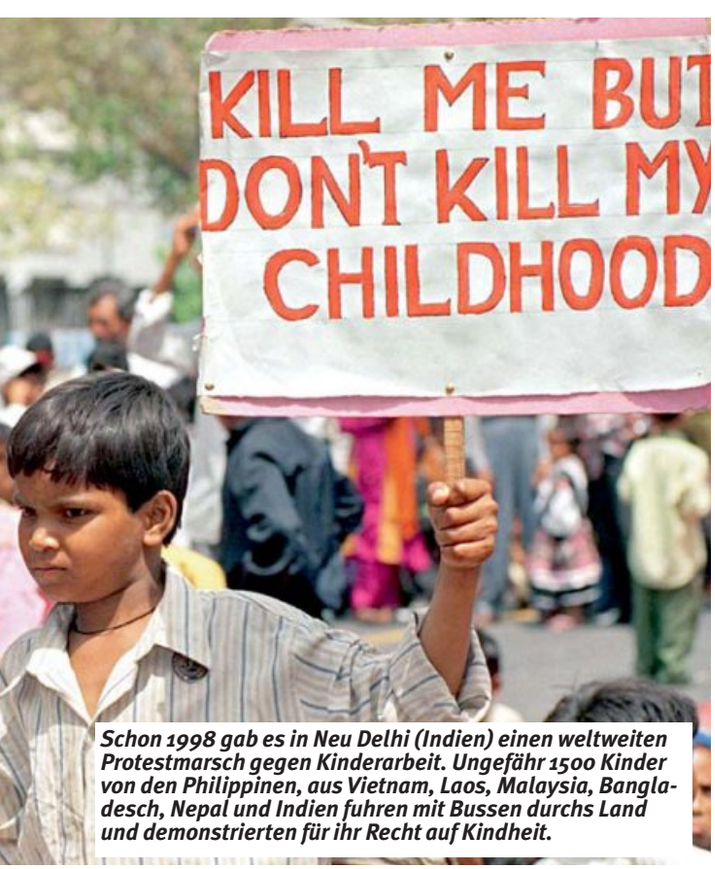
Kinderarbeitsexperte Pütter ist in den Steinbrüchen Indiens nicht nur auf lebensgefährliche, sondern auch auf sklavenähnliche Zustände gestoßen: Leben die Eltern in Schuldknechtschaft – etwa, weil sie für einen Arztbesuch beim Steinbruchbesitzer Geld geliehen haben –, bekommen sie überhaupt keinen Lohn für die harte Arbeit. Dann müssen die Kinder die Schulden mit abzahlen, die ihre Eltern beim Gläubiger gemacht haben – ein Teufelskreis der Armut, dem kaum eine Familie entrinnen kann. Arbeitskleidung wie Helme oder Ohren- und Mundschutz sehen die Arbeiter ohnehin fast nie. Viele werden krank, leiden etwa unter Silikose, einer Staublunge, weil sie permanent den Stein- und Quarzstaub einatmen. Entsprechend niedrig ist die Lebenserwartung – sie betrage gerade mal 40 Jahre, schätzt Pütter: „Das ist schleichender Mord.“

Vor diesen menschenverachtenden Zuständen verschließen nicht nur viele private Konsumenten, sondern auch der Staat die Augen. Die öffentliche Hand ist mit Abstand der wichtigste Kunde des Natursteinhandels: Ein Großteil der in Indien oder China gehauenen Granitblöcke landet in hiesigen Innenstädten als Pflastersteine in Fußgängerzonen oder wird für Gehwege verarbeitet. Bei öffentlichen Ausschreibungen müssen soziale Belange nicht berücksichtigt werden. Im Gegenteil: Meist geben Bund ebenso wie Kommunen in Zeiten leerer Kassen dem wirtschaftlich günstigsten Angebot den Zuschlag. Und weil indische Pflastersteine oft nur die Hälfte der deutschen kosten, haben ihre Anbieter bei öffentlichen Ausschreibungen häufig die besten Chancen.

Macht der Konsumenten

Es gibt allerdings einige wenige Städte und Gemeinden, Landesregierungen und Landkreise, die sich ihrer Macht als Konsumenten bewusst sind: Sie weigern sich, Produkte zu kaufen, die von ausgebeuteten Kindern und unterbezahlten Erwachsenen hergestellt worden sind. Allein in Deutschland haben sich mittlerweile mehrere Kommunen – darunter Großstädte wie München, Essen, Dortmund und Stuttgart – verpflichtet, nur noch „saubere“ Baumaterialien von Anbietern zu kaufen, die nachweisen können, dass keine Kinderarbeit mit im Spiel ist. Soziale Aspekte sollen etwa bei den Geboten der immerhin über fünf Millionen Menschen zählenden 54 Städte und Gemeinden des Ruhrgebiets ein Auswahlkriterium sein: Als die Region 2010 europäische Kulturhauptstadt wurde, haben sich ihre gewählten Vertreter über eine „Magna Charta der Fairness“ verpflichtet, ihre Vergabepraxis so zu ändern, dass keine Produkte aus Kinderarbeit mehr eingekauft werden.

Doch welche Möglichkeiten hat der private Verbraucher, faire Steine ohne Kinderarbeit zu erwerben? Wer in Europa im Baumarkt, beim Steinmetz oder Gar-



Schon 1998 gab es in Neu Delhi (Indien) einen weltweiten Protestmarsch gegen Kinderarbeit. Ungefähr 1500 Kinder von den Philippinen, aus Vietnam, Laos, Malaysia, Bangladesch, Nepal und Indien fuhren mit Bussen durchs Land und demonstrierten für ihr Recht auf Kindheit.

Foto: dpa

tencenter nach dem billigsten Angebot für die neue Küchenplatte, den Terrassenbelag oder den Grabstein sucht, wird nicht zwingend auf die Herkunft des Gesteins aufmerksam gemacht. Dabei haben Konsumenten durchaus die Chance, Steine zu kaufen, die nachweislich ohne Ausbeutung von Menschen aus der Erde geschlagen worden sind. Dem Ziel, Kinder- und Sklavenarbeit in den Steinbrüchen der Billiglohnländer zu beenden, haben sich mittlerweile drei Initiativen verschrieben: Der Verein Xertifix, die Initiative Fair Stone sowie die von der Südwind Agentur Wien mit geförderte Arbeitsgruppe nachhaltiger Naturstein (WGDN). Ihre Zielgruppe: der Natursteinhandel, Baufirmen, Architekten, öffentliche und private Bauträger.

Wer Natursteine mit dem Xertifix- oder Fair-Stone-Siegel kauft, kann davon ausgehen, dass in der gesamten Lieferkette vom Steinbruch über Häfen und Fabriken keine Kinder ausgebeutet wurden, dass erwachsene Arbeiter zumindest den gesetzlichen Mindestlohn erhalten – und dass beides auch streng kontrolliert wird. *Thomas Bielawski*, Vorstand der „Gärtner von Eden", einer Genossenschaft aus über 60 Garten- und Landschaftsbaubetrieben, hat überzeugt, dass bei Xertifix „die Kontrollen mit sozialen Projekten kombiniert werden": So verbietet der Verein nicht nur Kinderarbeit. Er versucht zudem, gemeinsam mit dem Minenbetreiber etwa eine Schule oder für die Eltern höhere Löhne durchzusetzen. Denn: „Die Kinder aus dem Steinbruch auf die Straße oder in die Prostitution zu treiben, ist keine Lösung", sagt Pütter.

An anderen Labels sollten sich Verbraucher nicht orientieren – viele führen Kunden sogar bewusst in die Irre. Zwar haben die Bilder von schuftenden Kindern in den Steinbrüchen Indiens sowie die Berichte über miese Arbeitsbedingungen in manchen Minen Chinas zu einem ersten Umdenken der Natursteinbranche geführt. Auch haben die meisten Baumärkte inzwischen damit begonnen, Verhaltens-Kodizes zu verfassen und ihre Zulieferkette zu überwachen. Dennoch unterscheiden sich die Kriterien, die sie einem Sozialaudit zugrunde legen, mitunter stark.

Nachvollziehbare und kontrollierbare Informationen über die Produzenten oder Lieferwege erhalte der Kunde fast nie, kritisiert das Südwind Institut. Noch weigern sich die meisten Natursteinhändler, Steinmetze, Baumärkte oder Küchenhersteller, ihre Zuliefererwege transparent zu machen. Für den Verbraucher absolut nichtssagend sind auch die „kinderfrei"-Garantien der Zulieferer, auf die manche Anbieter gerne verweisen: „Da muss man schon sehr aufpassen", sagt Bielawski. „Würde man einige dieser windigen Selbsterklärungen übersetzen, käme wohl ein Curry-Rezept raus." Auf solche hauseigenen Zertifikate würde sich auch Pütter niemals verlassen: „In Indien kriegt man für ein paar Cent jedes Zertifikat."

Martina Hahn, freie Journalistin und Autorin des Ratgebers „Fair einkaufen – aber wie?"

Info-Kasten: fair gehandelte Natursteine in Deutschland

● Die Anbieter von Xertifix-gesiegelten Natursteinen finden sich auf der Internetseite *www.xertifix.de*. Xertifix wurde 2005 von mehreren sozialen Aktionsgruppen und dem Steinmetz-Betrieb signum gegründet. Das Siegel stellt sicher, dass die Steine aus Indien garantiert ohne Kinder- und Sklavenarbeit hergestellt sind. Kernarbeitsnormen der International Labour Organization (ILO) werden überprüft. Die GEW ist Mitglied bei Xertifix.

● Anbieter der mit dem Gütezeichen Fair Stone ausgezeichneten Natursteine des Unternehmens win-win sind auf der Seite *www.fairstone.win–win.de* aufgelistet. Das Projekt ist vor allem in China aktiv und hat in enger Kooperation mit Natursteinimporteuren einen internationalen Sozial- und Umweltstandard für Natursteinimporte eingeführt. Ein Steinbruch, der eine Kooperation mit Fair Stone eingegangen ist, darf Jugendliche erst dann beschäftigen, wenn diese älter als 14 Jahre sind.

Schuften für 50 Cent am Tag!

Kinderarbeit ist ein **Armutszeugnis** – in doppelter Hinsicht. Sie ist Zeugnis von Armut. Vor allem aber ist sie ein Armutszeugnis **für die internationale Gemeinschaft.**

Machen Sie mit.
Unterstützen Sie Fair Childhood – GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft, Konto-Nr. 375 188 0 188, BLZ 700 20 500

www.fair-childhood.eu

Ja, ich möchte mehr Informationen zu Fair Childhood, bitte senden Sie mir weitere Informationen.

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

Vorname / Name .....

Straße / Hausnummer .....

PLZ / Stadt .....

e-Mail .....

Datum / Unterschrift .....

E&W 10/2011

Fair Childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit
Kontakt: Sabine Niestroj
Reifenberger Straße 21

60489 Frankfurt am Main

Dogma des Sparens

Hamburg: reiche Stadt – unterfinanzierte Bildung. Länderserie, Teil 2

Erst die Jacke, dann das Hemd: Die Abgeordneten im Hamburger Wissenschaftsausschuss staunten nicht schlecht, als Martin Köttering plötzlich mit bloßem Oberkörper vor ihnen stand. Eigentlich sollte der Präsident der Hochschule für bildende Künste seine Einschätzung zu den millionenschweren Sparplänen abgeben, dann aber griff er nur zu einem einfachen und deutlichen Bild. Seine Botschaft: „Es reicht. Spart nicht an der Bildung."

Mit Hamburg setzt E&W ihre Länderserie fort, mit der die Redaktion die aktuelle Bildungspolitik, Trends und Reformen im Bildungsbereich in den Blick nimmt.

Hamburg ist eine der reichsten Städte Europas. Nirgendwo in Deutschland leben mehr Millionäre. Nach einer im Oktober 2010 vorgelegten Studie des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts (HWWI) im Auftrag der Hamburger Sparkasse (Haspa) zählt die Hansestadt gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Erwerbstätigem zu den ökonomisch erfolgreichsten Städten in Deutschland.* Doch nicht alle profitieren von diesem Reichtum. Jedes vierte Kind lebt von Sozialleistungen, in sechs Stadtteilen ist sogar jedes zweite Kind unter sieben Jahren auf Hartz IV angewiesen. In einigen Vierteln liegt die Arbeitslosenquote bei zwölf bis 14 Prozent, im Prestige-Quartier HafenCity hingegen ist so gut wie niemand ohne Job. Diese Segregationsprozesse haben direkten Einfluss auf den Zugang der Menschen zu gesellschaftlichen, kulturellen und finanziellen Ressourcen. Die Politik, warnt die Haspa-Studie, stehe angesichts der sozialen Probleme in der Hansestadt vor großen Herausforderungen.

Schulreform gescheitert

Der Hamburger Bildungsbereich ist, gemessen an OECD-Kriterien, wie ganz Deutschland unterfinanziert. Im internationalen Vergleich lag die Bundesrepublik 2008 mit 4,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Bildungsausgaben weit unter dem OECD-Länderdurchschnitt von 5,9 Prozent. Der Stadtstaat Hamburg rangierte noch 2002 mit rund zwei Prozent am unteren

In der Hansestadt Hamburg steht die Bildungspolitik unter dem Diktat der Schuldenbremse.

Foto: imago

Ende der Skala. Gewerkschaften, Studierende, Eltern und Schüler ringen bundesweit mit ihren Regierungen um bessere Lern- und Lehrbedingungen in Kitas, Schulen und Hochschulen: zu wenig Lehrkräfte, zu volle Hörsäle, zu wenig Räume für kleinere Klassen, zu viele unsanierte Schulgebäude, zu wenig Anerkennung in pädagogischen Berufen, zu hohe Zugangshürden zum Studium, eine zu starke Ausrichtung der Bildung an Wirtschaftseffizienz.

Die ambitionierte Schulreform, die Hamburgs grüne Senatorin, GEW-Mitglied *Christa Goetsch* bis zum Regierungswechsel 2011 vorangetrieben hatte, enthielt Potenzial, das Problem der Chancenungerechtigkeit zu lösen oder zumindest sehr zu mindern. Das geplante sechs Jahre lange gemeinsame Lernen an Primarschulen – das Herzstück der größten Schulreform seit der Nachkriegszeit – scheiterte im Sommer 2010 nach monatelangen, teils erbitterten Diskussionen per Volksentscheid (*E&W* berichtete). Seitdem gilt der im Rathaus verabredete Schulfrieden: An der Schulstruktur wird nicht mehr gerüttelt. *Thies Rabe* (SPD) stellte sich bereits früh gegen die schwarz-grünen Primarschulpläne. Heute ist der Gymnasiallehrer Schulsenator.

Geld fließt in Schuldenabbau

Der geplante Rundumschlag in der Schullandschaft (siehe Kasten) steht allerdings unter dem Diktat der Schuldenbremse. Anders als in fast allen Ländern muss die Hansestadt die Kosten bei steigenden Schülerzahlen schultern. Mit Mitteln, die andernorts im Bildungshaushalt frei werden, weil die Schülerzahlen schrumpfen, kann Hamburg deshalb nicht rechnen. Auch die im Sommer angekündigten Steuer-Mehreinnahmen von 123 Millionen Euro werden wohl nicht in konkrete Bedarfe, sondern in den Schuldenabbau fließen. Gleichzeitig betont der sozialdemokratische Bürgermeister *Olaf Scholz*, es gelte für alle das Prinzip „pay as you go“: Jede Ausgabe muss gegenfinanziert werden. So kommen beispielsweise die vorgesehenen 7,8 Millionen Euro für die individuelle Lernförderung aus den Einsparungen durch den Wegfall des Sitzenbleibens sowie aus Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (Hartz-IV-Reform) der Bundesregierung. Ob und wie die kostenlose Nachhilfe und die flächendeckende Ganztagsbetreuung umgesetzt werden können, ist umstritten. Schulsenator Thies will seine zentralen Vorhaben unter anderem mit Hilfe von Honorarkräften realisieren – eine Maßnahme, die sowohl die GEW als auch der Verband Hamburger Schulleitungen (VHS) kritisiert und die nun auf den juristischen Prüfstand kommt.

Im Dilemma steckt der Senat auch bei der Kinderbetreuung. Zwar hat er die vom Vorgängersenat beschlossene Kita-Gebührenerhöhung zurückgenommen, das Essensgeld abgeschafft und den Betreuungsanspruch von Schulkindern ausgeweitet. Aber wie er die dazu nötigen 65 Millionen Euro gegenfinanzieren will, ist unklar. Auch der Krippenausbau, der ab August 2013 aufgrund des bundesweiten Rechtsanspruchs auf Betreuung von Kindern ab einem Jahr (s. Hintergrund S. 29/30) notwendig ist, schlägt mit zweistelligen Millionenbeträgen zu Buche.

Herausforderung: Inklusion

Das verzweifelt anmutende Kramen nach Geld und das Ausloten auch abgelegener rechtlicher Spielräume verweisen auf das Grundproblem der Schuldenbremse: Es wird nicht möglich sein, alle Nöte im Bildungsbereich nach dem Gegenfinanzierungsprinzip zu lindern. Außerdem verhindert das Dogma des Sparens eine emanzipatorische Perspektive in der bildungspolitischen Landschaft.

„Die Situation an den Schulen ist alles andere als entspannt“, stellt deshalb *Klaus Bullan*, Vorsitzender der GEW Hamburg, fest. Die Zahl neuer Lehrkräfte kompensiert nicht diejenigen, die aus dem Schuldienst ausscheiden. Es mangelt an Pädagogen für Englisch, Naturwissenschaften oder technische Fächer an Berufsschulen. Schulen am Stadtrand oder mit schwieriger Schülerklientel haben Mühe, Personal zu halten oder einzustellen. Die Besoldung der Hamburger Beamten ist im bundesweiten Vergleich abgerutscht – auch, weil der Senat das Weihnachtsgeld für Beamte kürzen will.

Eine immense Herausforderung – auch für die Lehrenden – wird die Umsetzung der 2009 von Deutschland unterzeichneten UN-Konvention, die den gemeinsamen Unterricht von Schülern mit und ohne Behinderung als Regelfall vorschreibt. Hamburg liegt laut einer im September vorgelegten Bertelsmann-Studie** bei der Einbindung behinderter und lernschwacher Kinder in den herkömmlichen Schulunterricht bundesweit auf dem letzten Platz: Lediglich 14,3 Prozent der Kinder und Jugendlichen mit Förderbedarf seien im vergangenen Schuljahr auf eine Grund- oder weiterführende Schule gegangen (Schleswig-Holstein: 56,5 Prozent, Bundesdurchschnitt: 23,2 Prozent). „Die großen Unterschiede zwischen den Ländern sind kaum nachvollziehbar“, meint Bertelsmann-Vorstand *Jörg Dräger*. Dräger kennt Hamburg. Der 42-Jährige verantwortete von 2001 bis 2008 als Wissenschaftssenator den Umbau der Hamburger Hochschulen und führte 2006 Studiengebühren von 500 Euro pro Semester ein. Letztere schafft der amtierende Senat nach massiven Protesten zum Wintersemester 2012/2013 wieder ab. Den Einnahmeausfall will Wissenschaftssenatorin *Dorothee Stapelfeldt* (SPD) mit 39 Millionen Euro kompensieren. Über die Gegenfinanzierung werden sich ihre Nachfolger Gedanken machen müssen.

Gerangel ums Geld

Im Kampf ums Geld für jeden Bereich der Bildungskette werfen alle ihr Pfund in die Waagschale. Im bildungspolitischen Vergleich belegt die Hansestadt etwa in der Lehrerbesoldung, der Inklusion oder im Hochschulangebot die hinteren Ränge. Die Universität Hamburg hat aktuell in der jährlich veröffentlichten QS-Rangliste der 300 weltbesten Universitäten nur Platz 203 (Heidelberg: Platz 53) inne. *Fredrik Dehnerdt*, Hochschulexperte der Hamburger GEW, kommentiert die Lage mit Sarkasmus: „Immerhin sind wir besser als der HSV.“ Der rangierte (bei Redaktionsschluss) in der Bundesligatabelle auf dem letzten Platz. Besser werden kann es allemal.

Tina Fritsche, freie Journalistin

* „Hamburg-Studie: L(i)ebenswertes Hamburg. Die Lebensqualität in der Hansestadt im deutschen Metropolenvergleich.“ Erstellt vom Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) im Auftrag der Haspa, veröffentlicht im Oktober 2010 (*www.hwwi.org/publikationen/partnerpublikationen/haspa/liebenswertes-hamburg-die-stadtteile-im-vergleich.html*)

** Wirksame Bildungsinvestitionen. Gemeinsam lernen. Inklusion leben. Status quo und Herausforderungen inklusiver Bildung in Deutschland. Studie von Prof. em. *Klaus Klemm* im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh 2010

Schulbereich: viele Umwälzungen

Auch ohne eine Primarschule stehen Hamburgs Schulen vor immensen Umwälzungen: Es soll mehr Ganztagsschulen, bessere Lernförderung für alle, inklusive Beschulung und kleinere Klassen geben. Neben den Grundschulen bestehen künftig Stadtteilschulen und Gymnasien. Förder- und Sonderschulen sollen mit dem Ziel der Inklusion sukzessive in bestehenden Schulen aufgehen. Sitzenbleiben wird abgeschafft, der Übergang Schule-Beruf neu organisiert (s. *E&W* 9/2010).

T.F.

Foto: privat

Qualitätssicherung in Lehre und Studium – Nachdenken über sperrige Themen in schöner Umgebung

Bund lässt Länder im Stich

GEW-Tagung mahnt Qualitätsoffensive in Forschung, Lehre und Studium an

Was ist gute Wissenschaft? Und wie kann die Qualität in Studium, Lehre und Forschung im Sinne aller Beteiligten gesichert und weiterentwickelt werden? Um diese Fragen drehte sich unter dem Motto „Gut – besser – exzellent" die 5. GEW-Wissenschaftskonferenz im schleswig-holsteinischen Weißenhäuser Strand.

Gleich zu Beginn die Gretchenfrage: Wollen wir Spitzenforschung und Bestplatzierungen in internationalen Hochschulrankings oder eine bedarfsgerechte Grundfinanzierung an allen Hochschulen? Wollen wir „Klasse" oder „Masse"? Exzellenzinitiative oder Hochschulpakt? „Natürlich wollen wir beides", lautete die gemeinsame Antwort von Prof. *Margret Wintermantel*, Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), und GEW-Vorstandsmitglied *Andreas Keller*. Doch vor dem Hintergrund zehntausender zusätzlicher Studienanfänger, die derzeit aufgrund von Wehrpflichtaussetzung und doppelten Abiturjahrgängen an die Unis strömen, gelte es, nach den Prioritäten einer „guten Wissenschaft" zu fragen.

„Die Voraussetzung für mehr Klasse in der Wissenschaft ist eine bedarfsgerechte Ausstattung der Masse", brachte Keller die GEW-Perspektive auf den Punkt. Genau aus diesem Grund hatten Bund und Länder 2007 den Hochschulpakt vereinbart. Danach sollen von 2011 bis 2015 mit 9,4 Milliarden Euro 325 000 zusätzliche Studienplätze geschaffen werden. Nicht genug, so HRK-Präsidentin Wintermantel. Allein für das kommende Wintersemester rechnet sie mit 50 000 Erstsemestern mehr als im Hochschulpakt eingeplant. Die HRK fordert daher, den Pakt zum Herbst zusätzlich um 300 Millionen Euro aufzustocken.

Bisher lasse der Bund die Länder mit der Finanzierung der Lehre allein, während über Exzellenzinitiative oder Innovationspakt die Spitzenforschung bezahlt werde, beklagte Wintermantel. Schuld daran sei das im Grundgesetz verankerte Kooperationsverbot, das dem Bund verbietet, in der Bildungsfinanzierung mit den Ländern zusammenzuarbeiten. Noch deutlicher drückte es der schleswig-holsteinische Wissenschaftsminister *Jost de Jager* (CDU) aus: Den Ländern falle es zunehmend schwer, ihre Bildungsaufgaben zu finanzieren, daher könnten sie auch vorerst den Hochschulpakt nicht aufstocken. De Jager machte darauf aufmerksam, dass ein armes Land wie Schleswig-Holstein in Bund-Länder-Programme wie Exzellenzinitiative und Innovationspakt auf-

grund seiner wenigen Forschungsstandorte mehr einzahle als es herausbekomme. „Die gegenwärtigen Strukturen vergrößern das Gefälle zwischen armen und reichen Ländern“, stellte der Minister fest. Deshalb rief der designierte CDU-Spitzenkandidat für die kommende Landtagswahl dazu auf, den Bildungsföderalismus zu überdenken. Er kündigte eine Bundesratsinitiative seines Landes an, um „eine geordnete Diskussion über eine neue Föderalismusreform“ anzustoßen.

Im Fokus: Qualitätssicherung

Während das Thema Bildungsfinanzierung die größte Aufmerksamkeit auf sich zog, lag der inhaltliche Fokus der Konferenz auf einem ungleich sperrigeren Thema – der Qualitätssicherung. Ausgangspunkt: Ob und wie Akkreditierung, eingeführt durch die Bologna-Reform, die Qualität von Studium und Lehre sichern kann? Dass diese Frage berechtigt ist, verdeutlicht eine Studie des Politikwissenschaftlers *Ulf Banscherus*, die er im Auftrag der GEW-nahen Max-Traeger-Stiftung verfasst hat. Bisher sei die Akkreditierung von Hochschulen und Kultusministerien instrumentalisiert worden, um unter dem Deckmantel der Qualitätssicherung hochschulpolitische Ziele der Deregulierung und Differenzierung des Hochschulraums durchzusetzen, bilanzierte der Experte. Seine Untersuchung zeigt, wie Hochschulen über den Weg der Akkreditierung ihre Autonomie kontinuierlich ausweiten konnten. Die Prüfungs- und praktisch auch die Genehmigungskompetenz von Studiengängen sind dabei Schritt für Schritt von der staatlichen Ebene auf private Akkreditierungsagenturen verlagert worden. Die gesetzliche Grundlage und die inhaltlichen Vorgaben für dieses Verfahren fehlen allerdings weitgehend. Das Verwaltungsgericht Arnsberg hat daher 2010 ein Normenkontrollverfahren eingeleitet. Nun soll das Bundesverfassungsgericht über die Rechtmäßigkeit der Akkreditierungspraxis entscheiden.

Reichlich Unmut

Auch aus administrativen Gründen sorgt die gegenwärtige Situation für reichlich Unmut. So kritisierte der Präsident der Hochschule RheinMain, Prof. *Detlev Reymann*, die Entwicklung der Agenturen zu ersatzministeriellen Genehmigungsbehörden habe die Akkreditierung mit Bürokratie überfrachtet. Daher sei es nicht möglich, die Studiengänge inhaltlich zu überprüfen, solange die Genehmigung nicht klar von der Akkreditierung entkoppelt ist. Nach Einschätzung des Akkreditierungsrats-Vorsitzenden Prof. *Reinhold Grimm* gehört die Zukunft jedoch einem neuen, vereinfachenden Verfahren, der Systemakkreditierung: Jede Hochschule soll mit Hilfe eines internen Qualitätssicherungssystems in die Lage versetzt werden, ihre Studiengänge selbst zu akkreditieren. Die Idee stammt aus der Betriebswirtschaft. Unternehmen effektivieren ihre Geschäftsprozesse in der Annahme, dass sich damit auch die Produkte verbessern. Aber lässt sich dieses Modell auf Hochschulen und Studium einfach übertragen? Nein, widersprach Studierendenvertreter *Julian Hiller*. Er sah darin einen weiteren Schritt zu mehr Deregulierung: Eine externe Kontrolle der Studieninhalte fehle dann gänzlich. Auch das Verfahren sei grotesk: Die Agenturen seien damit befasst, ihre selbst implementierten Qualitätssicherungssysteme zu überprüfen. Vergleichbarkeit der Studiengänge ist aus Sicht des Studierendenvertreters nur in den Händen der Ministerien gewährleistet. Für eine bessere Qualität der Lehre müssten die Unis selbst sorgen, vor allem durch mehr Mitbestimmung von Studierenden und Hochschulbeschäftigt. „Qualität ist ein partizipativer Prozess und kann nicht von oben verordnet werden“, betonte Hiller. Er sprach sich dafür aus, dass die Akkreditierungsagenturen in Zukunft nur noch beratend tätig sind.

Auch Banscherus warnte vor einer zunehmenden Vermischung von Qualitätssicherung und -entwicklung in der Akkreditierung: „Wenn wir das nicht sauber trennen, dann lügen wir uns weiter in die Tasche.“ Die beklagte Komplexität des Verfahrens sei, so der Wissenschaftler, überschaubar, wenn sich Akkreditierung endlich auf das konzentriere, wofür sie einmal eingeführt worden sei: Qualitätsstandards in Studium und Lehre zu sichern. Nicht zuletzt wäre das, so Banscherus, auch eine Rückbesinnung auf das ursprüngliche Ziel der Bologna-Reform: die Vergleichbarkeit der Studiengänge sowie die Mobilität der Studierenden im europäischen Hochschulraum zu ermöglichen.

Markus Hanisch, Redakteur „Zweiwochendienst“

Foto: Gerhard L. Endres

„Klasse“ oder „Masse“? Exzellenzinitiative oder Hochschulpakt? „Natürlich wollen wir beides“, so die Antwort von Prof. Margret Wintermantel, Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, und GEW-Vorstandsmitglied Andreas Keller (Mitte). Der schleswig-holsteinische Wissenschaftsminister Jost de Jager (CDU) forderte während der Wissenschaftskonferenz dazu auf, den Bildungsföderalismus zu überdenken. Er kündigte eine Bundesratsinitiative seines Landes an.

Darlehen für: Beamte auf Lebenszeit/Probe • Angestellte • Pensionäre bis 58 Jahre • alle Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst
TOP-KONDITIONEN
www.beamtendarlehen-center.de
Persönliche Sofortberatung: 0800-77 88 000
Vermittelt: Karin Jaeckel · Am Husalsberg 3 · 30900 Wedemark · Tel. 05130 - 97572-30 · Fax 05130 - 97572-59 · E-Mail jaeckel@beamtendarlehen-center.de
NÜRNBERGER

Bildungs- und Förderungswerk der GEW im DGB e. V.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer verantwortlich vorsorgen will, kommt nicht daran vorbei, auch über die finanzielle Absicherung im Todesfall nachzudenken.
Brechen Sie ein Tabu und treffen Sie Vorsorge für den Fall der Fälle.
Ein Todesfall ist immer eine hohe psychische Belastung für alle Hinterbliebenen. Neben der Trauer müssen eine Reihe organisatorischer Aufgaben bewältigt werden. Von der Gestaltung der Trauerfeier bis hin zur Wohnungsauflösung. Aus Erfahrung wissen wir, dass die Kosten für eine würdige Bestattung 5 000 EUR oft weit übersteigen. Sichern Sie Ihre Angehörigen rechtzeitig ab durch den Abschluss einer Sterbegeldversicherung. Denn seit dem 01.01.2004 wurde das von den gesetzlichen Krankenkassen gezahlte Sterbegeld komplett gestrichen.

Eigenverantwortung ist jetzt unverzichtbar – Wir helfen Ihnen dabei.
Sie können jetzt mit der BFW-Sterbegeldversicherung Ihre Lücke in der Vorsorge schließen; dabei kommen Ihnen die besonders günstigen Beiträge für GEW-Mitglieder zugute. Diese und weitere Vorteile gelten auch für Ihre Angehörigen:

Vorteile auf einen Blick:

● Niedrige Beiträge durch Gruppenvertrag	● Garantierte Aufnahme bis 80 Jahre
● Steuerbegünstigung der Beiträge	● Doppelzahlung bei Unfalltod
● Keine Gesundheitsprüfung	● Leistungsverbesserung durch Überschussbeteiligung

Warum sollten Sie eine Sterbegeldversicherung beim Bildungs- und Förderungswerk der GEW abschließen?
In der Bereitstellung finanzieller Mittel für ein würdiges Begräbnis sieht das BFW der GEW seine Hauptaufgabe. Durch den Gruppenvertrag mit der DBV Deutsche Beamtenversicherung bieten wir GEW-Mitgliedern und deren Angehörigen seit über 35 Jahren besonders günstige Versicherungsbeiträge. Wählen Sie eine Versicherungssumme zwischen 500 € und 12 500 €.
Senden Sie uns den folgenden Antrag am besten noch heute zurück.

Beitragstabelle — **Monatsbeiträge je 500 EUR Versicherungssumme** — **Tarif VG9/2008**

Eintritts-alter	Männer EUR	Frauen EUR	Eintritts-alter	Männer EUR	Frauen EUR	Eintritts-alter	Männer EUR	Frauen EUR	Eintritts-alter	Männer EUR	Frauen EUR
15	0,59 EUR	0,51 EUR	32	0,89 EUR	0,75 EUR	49	1,56 EUR	1,26 EUR	66	3,42 EUR	2,70 EUR
16	0,61 EUR	0,52 EUR	33	0,91 EUR	0,77 EUR	50	1,63 EUR	1,30 EUR	67	3,62 EUR	2,86 EUR
17	0,62 EUR	0,53 EUR	34	0,94 EUR	0,79 EUR	51	1,69 EUR	1,35 EUR	68	3,84 EUR	3,05 EUR
18	0,63 EUR	0,54 EUR	35	0,97 EUR	0,81 EUR	52	1,76 EUR	1,40 EUR	69	4,08 EUR	3,25 EUR
19	0,65 EUR	0,56 EUR	36	1,00 EUR	0,83 EUR	53	1,84 EUR	1,46 EUR	70	4,35 EUR	3,48 EUR
20	0,66 EUR	0,57 EUR	37	1,03 EUR	0,86 EUR	54	1,92 EUR	1,52 EUR	71	4,64 EUR	3,73 EUR
21	0,67 EUR	0,58 EUR	38	1,06 EUR	0,88 EUR	55	2,00 EUR	1,58 EUR	72	4,97 EUR	4,02 EUR
22	0,69 EUR	0,59 EUR	39	1,09 EUR	0,91 EUR	56	2,09 EUR	1,65 EUR	73	5,34 EUR	4,35 EUR
23	0,71 EUR	0,60 EUR	40	1,13 EUR	0,94 EUR	57	2,18 EUR	1,72 EUR	74	5,75 EUR	4,73 EUR
24	0,72 EUR	0,62 EUR	41	1,17 EUR	0,96 EUR	58	2,28 EUR	1,80 EUR	75	6,19 EUR	5,14 EUR
25	0,74 EUR	0,63 EUR	42	1,21 EUR	0,99 EUR	59	2,39 EUR	1,88 EUR	76	6,75 EUR	5,66 EUR
26	0,76 EUR	0,65 EUR	43	1,25 EUR	1,03 EUR	60	2,51 EUR	1,97 EUR	77	7,41 EUR	6,30 EUR
27	0,78 EUR	0,66 EUR	44	1,30 EUR	1,06 EUR	61	2,63 EUR	2,07 EUR	78	8,22 EUR	7,09 EUR
28	0,80 EUR	0,68 EUR	45	1,34 EUR	1,09 EUR	62	2,76 EUR	2,17 EUR	79	9,24 EUR	8,11 EUR
29	0,82 EUR	0,69 EUR	46	1,39 EUR	1,13 EUR	63	2,91 EUR	2,29 EUR	80	10,61 EUR	9,49 EUR
30	0,84 EUR	0,71 EUR	47	1,45 EUR	1,17 EUR	64	3,06 EUR	2,41 EUR			
31	0,86 EUR	0,73 EUR	48	1,50 EUR	1,21 EUR	65	3,23 EUR	2,55 EUR			

- Eintrittsalter: Beginnjahr der Versicherung minus Geburtsjahr der zu versichernden Person.
- Bei Eintrittsalter 15-74 ist die Unfallzusatzversicherung obligatorisch eingeschlossen.
- Für andere Versicherungssummen als 500 Euro ist der Betrag entsprechend zu vervielfältigen.
- Die Monatsbeiträge sind versicherungstechnisch mit sieben Nachkommastellen gerechnet. Aus Vereinfachungsgründen sind aber nur zwei Nachkommastellen in der Beitragstabelle ausgewiesen. Deshalb kann es zu Rundungsdifferenzen kommen, die sich allerdings nur im Cent-Bereich bewegen.

nur gültig bis 31.12.2011

Ihr Servicetelefon

069/78 97 32 05

Beitrittserklärung bitte zurücksenden an:
Bildungs- und Förderungswerk der GEW e.V., Postfach 90 04 09, 60444 Frankfurt

Beitrittserklärung zur Gruppen-Sterbegeldversicherung (bis Alter 80) - Tarif VG9/2008

Bitte ankreuzen:
☐ Mitglied
☐ Familienangehörige/r

Zu versichernde Person

Name / Vorname

PLZ / Wohnort

Straße / Hausnummer

Geburtsdatum

Bitte kreuzen ☒ Sie an:
☐ weiblich ☐ männlich

Versicherungsbeginn

Telefonnummer für Rückfragen

Versicherungsumfang

Ich beantrage eine Versicherungssumme von: (bitte ankreuzen)

Versicherungssumme in €	Monatlicher Beitrag in €
☐ 3.000	
☐ 5.000	
☐ 7.000	
☐ 10.000	
☐ 12.500	
zzgl. BFW-Mitgliedsbeitrag	**0,05**
Lastschriftbetrag	.....

☐ Ich wähle folgende Summe unter 12.500 Euro: Euro .....
Mindestsumme 500,-- Euro

Über die Erhöhung des Versicherungsschutzes wird ein gesonderter Versicherungsschein erstellt.

Einzugsauftrag
(bitte in jedem Fall ausfüllen)

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Beiträge für diese Gruppen-Sterbegeld-Versicherung bis auf schriftlichen Widerruf und der monatliche BFW-Mitgliedsbeitrag von € 0,05 im Lastschriftverfahren monatlich eingezogen werden.

Konto-Nummer ✘

Bankleitzahl ✘

Bank / Sparkasse / Postbank ✘

Konto-Inhaber ✘

Produktbeschreibung

Die Versicherungsleistung wird beim Tod der versicherten Person fällig. Das Höchsteintrittsalter beträgt 80 Jahre. Der Versicherer verzichtet auf eine Gesundheitsprüfung; stattdessen gilt beim Tod der versicherten Person im 1. Versicherungsjahr folgende Staffelung der Versicherungssumme: Bei Tod im 1. Monat: Rückzahlung des eingezahlten Beitrages; bei Tod im 2. Monat: Zahlung von 1/12 der Versicherungssumme; bei Tod im 3. Monat Zahlung von 2/12 der Versicherungssumme usw.; allmonatlich um 1/12 der Versicherungssumme steigend bis zur vollen Versicherungssumme ab Beginn des 2. Versicherungsjahres. Stirbt die versicherte Person vor Ablauf des ersten Versicherungsjahres infolge eines im ersten Versicherungsjahr eingetretenen Unfalls, wird stets die volle Versicherungsleistung erbracht.

Unfalltod-Zusatzversicherung

Eine Unfalltod-Zusatzversicherung ist stets eingeschlossen, außer bei den Eintrittsaltern ab 75 Jahren. Bei Tod infolge eines Unfalls vor dem Ende des Versicherungsjahres, in dem die versicherte Person ihr 75. Lebensjahr vollendet hat, wird die volle Versicherungssumme zusätzlich zur Sterbegeldleistung gezahlt.

Beitragszahlung

Die Beiträge sind bis zum Ende des Monats zu entrichten, in dem die versicherte Person stirbt; längstens jedoch bis zum Ende des Versicherungsjahres, in dem die versicherte Person das rechnungsmäßige 85. Lebensjahr vollendet.

Überschussbeteiligung

Die von der DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung AG laufend erwirtschafteten Überschüsse werden in Form von Grund- und Zinsüberschussanteilen weitergegeben. Die Grundüberschussanteile werden mit den von mir zu zahlenden Versicherungsbeiträgen verrechnet. **Die Zinsüberschussanteile werden verzinslich angesammelt und zusammen mit der Versicherungsleistung ausgezahlt.**

Zuwendungserklärung

Die während meiner Mitgliedschaft auf die Sterbegeldversicherung anfallenden Grundüberschussanteile werden mit den von mir zu zahlenden Versicherungsbeiträgen verrechnet. Bis auf meinen jederzeit möglichen Widerruf wende ich dem BFW der GEW laufend Beträge in Höhe der jeweils verrechneten Überschussanteile zu. Dadurch kommen diese Beträge wirtschaftlich nicht mir, sondern dem BFW der GEW zu 64 % für satzungsgemäße Aufgaben und zu 36 % zur Förderung der Sterbegeldeinrichtung (Kostendeckungsmittel) zugute. Über die Höhe der Zuwendungen gibt das BFW der GEW auf Anfrage jederzeit Auskunft. Bei Widerruf der Zuwendungserklärung beträgt der monatliche BFW-Mitgliedsbeitrag 2,50 €.

Unterschriften

Bevor Sie diese Beitrittserklärung unterschreiben, lesen Sie bitte auf der Rückseite die Einwilligungserklärung der zu versichernden Person. Die Einwilligungserklärung enthält u.a. die Klausel nach dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und Hinweise zum Widerspruchsrecht; sie ist wichtiger Bestandteil des Vertrages. Sie machen mit Ihrer Unterschrift die Einwilligungserklärung zum Inhalt dieser Beitrittserklärung.

Ort / Datum ✘

Unterschrift der zu versichernden Person ✘

Unterschrift der Kontoinhaberin/des Kontoinhabers ✘

Version G-09. 2011

Interne Angaben

Gruppenvertragsnummer	Personenkreis	Versicherungsscheinnummer	Versicherungssumme	Versicherungsbeginn
4 7 9 0 0 5 8 6 6 1		4 7		0 1 2 0 1 1

Einwilligungserklärung **Die Vereinigung und die zu versichernde Person geben die nachfolgend abgedruckten Einwilligungserklärungen zur Datenverarbeitung nach dem Bundesdatenschutzgesetz und zur Schweigepflichtentbindung ab.**

Widerrufsrecht **Widerrufsbelehrung auf Abschluss eines Versicherungsvertrages**

Sie können Ihre Erklärung bis zum Ablauf von 30 Tagen nach Erhalt des Versicherungsscheins und der Bestimmungen und Informationen zum Vertrag (BIV) ohne Angabe von Gründen schriftlich widerrufen. Eine Erklärung in Textform (z.B. per Brief, Fax oder E-Mail) ist ausreichend. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Der Widerruf ist zu richten an: DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung AG, Frankfurter Str. 50, 65189 Wiesbaden. Sofern der vorseitig genannte Versicherungsbeginn vor dem Ablauf der Widerrufsfrist liegt, bin ich damit einverstanden, dass der erste oder einmalige Beitrag (Einlösungsbeitrag) - abweichend von der gesetzlichen Regelung - vor Ablauf der Frist fällig d.h. unverzüglich zu zahlen ist.

I. Bedeutung dieser Erklärung und Widerrufsmöglichkeit

Ihre personenbezogenen Daten benötigen wir zur Verhinderung von Versicherungsmissbrauch, zur Überprüfung unserer Leistungspflicht, zu Ihrer Beratung und Information sowie allgemein zur Antrags-, Vertrags- und Leistungsabwicklung.

Personenbezogene Daten dürfen nach geltendem Datenschutzrecht nur erhoben, verarbeitet oder genutzt werden (Datenverwendung), wenn dies ein Gesetz ausdrücklich erlaubt oder anordnet oder wenn eine wirksame Einwilligung des Betroffenen vorliegt.

Nach dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) ist die Verwendung Ihrer **allgemeinen personenbezogenen Daten** (z.B. Alter oder Adresse) erlaubt, wenn es der Zweckbestimmung eines Vertragsverhältnisses oder vertragsähnlichen Vertrauensverhältnisses dient (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 BDSG). Das gleiche gilt, soweit es zur Wahrung berechtigter Interessen der verantwortlichen Stelle erforderlich ist und kein Grund zu der Annahme besteht, dass das schutzwürdige Interesse des Betroffenen an dem Ausschluss der Verarbeitung oder Nutzung überwiegt (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 BDSG). Die Anwendung dieser Vorschriften erfordert in der Praxis oft eine umfangreiche und zeitintensive Einzelfallprüfung. Auf diese kann bei Vorliegen dieser Einwilligungserklärung verzichtet werden.
Zudem ermöglicht diese Einwilligungserklärung eine Datenverwendung auch in den Fällen, die nicht von den Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes erfasst werden (Vgl. dazu Ziffer II).

Einen intensiveren Schutz genießen **besondere Arten personenbezogener Daten** (insbesondere Ihre Gesundheitsdaten). Diese dürfen wir im Regelfall nur verwenden, nachdem Sie hierin ausdrücklich eingewilligt haben (Vgl. dazu Ziffer III.). Mit den nachfolgenden Einwilligungen zu Ziffer II. und Ziffer III. ermöglichen Sie zudem eine Datenverwendung auch solcher Daten, die dem besonderen gesetzlichen Schutz von Privatgeheimnissen gemäß § 203 Strafgesetzbuch unterliegen.

Diese Einwilligungen sind ab dem Zeitpunkt der Antragstellung wirksam. Sie wirken unabhängig davon, ob später der Versicherungsvertrag zustande kommt. Es steht Ihnen frei, diese Einwilligungserklärungen mit Wirkung für die Zukunft jederzeit ganz oder teilweise zu widerrufen. Dies lässt aber die gesetzlichen Datenverarbeitungsbefugnisse unberührt. Sollten die Einwilligungen ganz oder teilweise verweigert werden, kann das dazu führen, dass ein Versicherungsvertrag nicht zustandekommt.

II. Erklärung zur Verwendung Ihrer allgemeinen personenbezogenen Daten

Hiermit willige ich ein, dass meine personenbezogenen Daten unter Beachtung der Grundsätze der Datensparsamkeit und der Datenvermeidung verwendet werden

1.a) zur Vertragsabwicklung und zur Prüfung der Leistungspflicht;
b) zur Weitergabe an den/die für mich zuständigen Vermittler, soweit dies der ordnungsgemäßen Durchführung meiner Versicherungsangelegenheiten dient;

2. zur gemeinschaftlichen Führung von Datensammlungen der zur AXA Gruppe gehörenden Unternehmen (zu denen auch die DBV Deutsche Beamtenversicherung zählt und die im Internet unter www.dbv.de einsehbar sind oder mir auf Wunsch mitgeteilt werden), um die Anliegen im Rahmen der Antrags-, Vertrags- und Leistungsabwicklung schnell, effektiv und kostengünstig bearbeiten zu können (z.B. richtige Zuordnung Ihrer Post oder Beitragszahlungen). Diese Datensammlungen enthalten Daten wie Name, Adresse, Geburtsdatum, Kundennummer, Versicherungsnummer, Kontonummer, Bankleitzahl, Art der bestehenden Verträge, sonstige Kontaktdaten;
3. durch andere Unternehmen/Personen (Dienstleister) innerhalb und außerhalb der AXA Gruppe, denen der Versicherer oder ein Rückversicherer Aufgaben ganz oder teilweise zur Erledigung überträgt. Diese Dienstleister werden eingeschaltet, um die Antrags-, Vertrags- und Leistungsabwicklung möglichst schnell, effektiv und kostengünstig zu gestalten. Eine Erweiterung der Zweckbestimmung der Datenverwendung ist damit nicht verbunden. Die Dienstleister sind im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung verpflichtet, ein angemessenes Datenschutzniveau sicher zu stellen, einen zweckgebundenen und rechtlich zulässigen Umgang mit den Daten zu gewährleisten sowie den Grundsatz der Verschwiegenheit zu beachten;

4. zur Verhinderung des Versicherungsmissbrauchs und bei der Klärung von Ansprüchen aus dem Versicherungsverhältnis durch Nutzung konzerneigener Datenbestände sowie Nutzung eines Hinweis- und Informationssystems der Versicherungswirtschaft mit Daten, die der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) im Auftrag der Versicherer verschlüsselt. Auf Basis dieses Systems kann es zu einem auf den konkreten Anlass bezogenen Austausch personenbezogener Daten zwischen dem anfragenden und dem angefragten Versicherer kommen;

5. zur Beratung und Information über Versicherungs- und sonstige Finanzdienstleistungen durch

a) den Versicherer, andere Unternehmen der AXA Gruppe und den für mich zuständigen Vermittler;
b) Kooperationspartner des Versicherers (die im Internet unter www.axa.de einsehbar sind oder mir auf Wunsch mitgeteilt werden); soweit aufgrund von Kooperationen mit Gewerkschaften/Vereinen Vorteilskonditionen gewährt werden, bin ich damit einverstanden, dass der Versicherer zwecks Prüfung, ob eine entsprechende Mitgliedschaft besteht, mit den Gewerkschaften/Vereinen einen Datenabgleich vornimmt;

6. zur Antrags-, Vertrags- und Leistungsabwicklung, indem der Versicherer Informationen über mein allgemeines Zahlungsverhalten einholt. Dies kann auch erfolgen durch ein anderes Unternehmen der AXA Gruppe oder eine Auskunftei (z.B. Bürgel, Infoscore, Creditreform, SCHUFA);

7. zur Antrags-, Vertrags- und Leistungsabwicklung, indem der Versicherer ein Unternehmen der AXA Gruppe oder eine Auskunftei eine auf der Grundlage mathematisch-statistischer Verfahren erzeugte Einschätzung meiner Zahlungsfähigkeit bzw. der Kundenbeziehung (Scoring) einholt.

III. Erklärungen zur Schweigepflichtentbindung und Verwendung von Gesundheitsdaten

Schweigepflichtentbindung

Zur Bewertung unserer Leistungspflicht kann es erforderlich werden, dass wir die Angaben prüfen, die zur Begründung von Ansprüchen gemacht werden oder die sich aus eingereichten Unterlagen (z.B. Rechnungen, Verordnungen, Gutachten) oder Mitteilungen beispielsweise eines Krankenhauses oder Arztes ergeben. Diese Überprüfung unter Einbeziehung von Gesundheitsdaten erfolgt nur, soweit hierzu ein Anlass besteht (z.B. Fragen zu Unfalltod oder Selbsttötung).
Um diese Prüfung und Bewertung zu ermöglichen, geben Sie folgende Erklärung ab:
a) Zum Zweck der Prüfung der Leistungspflicht befreie ich von ihrer Schweigepflicht Ärzte, Pflegepersonen und Bedienstete von Krankenhäusern, sonstigen Krankenanstalten, Pflegeheimen, Personenversicherern, gesetzlichen Krankenkassen sowie von Berufsgenossenschaften und Behörden, soweit ich dort in den letzten 10 Jahren vor Antragstellung untersucht, beraten oder behandelt worden bin bzw. versichert war oder einen Antrag auf Versicherung gestellt habe.
b) Die Angehörigen des Versicherers und seiner Dienstleistungsgesellschaften befreie ich von ihrer Schweigepflicht insoweit, als Gesundheitsdaten an beratende Ärzte oder Gutachter weitergegeben werden. Wir werden Gesundheitsdaten nach den Absätzen a) und b) nur erheben zur Leistungspflichtprüfung.

Datenverwendung

Um die Datenverwendung zu ermöglichen, geben Sie folgende Erklärungen ab:
a) Ich willige in die Verwendung der von den vorstehenden Schweigepflichtentbindungserklärungen erfassten Gesundheitsdaten zur Leistungsprüfung ein. Die Grundsätze der Datensparsamkeit und Datenvermeidung sind zu beachten.
b) Ich willige ferner ein, dass die von den vorstehenden Schweigepflichtentbindungserklärungen erfassten Gesundheitsdaten unter Beachtung der Grundsätze der Datensparsamkeit und Datenvermeidung im Sinne der Ziffer II. Nr. 1 (Vertragsabwicklung), Nr. 3 (Outsourcing an Dienstleister), Nr. 4 (Missbrauchsbekämpfung) und Nr. 5 (Beratung und Information) verwendet werden dürfen.
Zur Missbrauchsbekämpfung im Rahmen einer besonderen Konzerndatenbank dürfen Gesundheitsdaten nur von Kranken-, Unfall- und Lebensversicherern eingesehen und verwendet werden (Ziffer II. 4).

Allgemeine Hinweise

Mir ist bekannt, dass die Vereinigung Versicherungsnehmerin ist. Sie handelt in meinem Auftrag. Ich bevollmächtige die Vereinigung zur Vertretung bei der Abgabe und Entgegennahme aller das Versicherungsverhältnis betreffenden Willenserklärungen (einschließlich der Kündigung der Sterbegeldversicherung beim Ausscheiden des Mitglieds aus der Vereinigung); die Vertretungsbefugnis erstreckt sich jedoch nicht auf die Empfangnahme von Versicherungsleistungen und die Änderung des Bezugsrechts.

Bei höherem Eintrittsalter können die zu zahlenden Beiträge in ihrem Gesamtbetrag die versicherte Leistung unter Umständen übersteigen.

Eine Durchschrift der Beitrittserklärung wird mir unverzüglich nach Unterzeichnung zugesandt.
Auf diesen Vertrag findet das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung.
Soweit Vorteilskonditionen gewährt werden, die vom Bestehen der Mitgliedschaft zu einer Gewerkschaft/Vereinigung abhängig sind, erfolgt ein Datenabgleich mit dieser Organisation ohne Bekanntgabe der Versicherungsinhalte.

Die für Ihre Versicherung zuständige Aufsichtsbehörde ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Postfach 1308, 53003 Bonn, Internet: www.bafin.de.

Unser Unternehmen ist Mitglied im Verein Versicherungsombudsmann e.V., Postfach 080632, 10006 Berlin.

Versicherungsträger

DBV Deutsche Beamtenversicherung
Lebensversicherung AG
Sitz: Wiesbaden (AG Wiesbaden - HRB 7501-)
Vorsitzender des Aufsichtsrats: Bernhard Gertz

Vorstand: Dr. Frank Keuper (Vors.), Dr. Patrick Dahmen, Wolfgang Hanssmann, Ulrich C. Nießen, Thomas Gerber, Dr. Heinz-Jürgen Schwering

Anschrift:
Frankfurter Straße 50
65189 Wiesbaden

Recht und Rechtsschutz 10/2011

Informationen der GEW–Bundesstelle für Rechtsschutz.
Verantwortlich: Katrin Löber, Volker Busch, Gerhard Jens
63. Jahrgang

Diskriminierungsverbot

Verbeamtet trotz Krankheit

Wer in ein Beamtenverhältnis übernommen werden will, muss eine entsprechende „gesundheitliche Eignung" nachweisen. Nach bisheriger Rechtsprechung galt, dass das Risiko vorzeitiger Dienstunfähigkeit mit großer Wahrscheinlichkeit auszuschließen ist. Bereits geringe gesundheitliche Einschränkungen reichten aus, eine Verbeamtung zu verhindern. Bessere Einstellungsbedingungen konnten lediglich schwerbehinderte Bewerber für sich in Anspruch nehmen. Beamtenanwärter mit leichten Behinderungen hatten hingegen das Nachsehen. Im günstigsten Fall sind sie als Angestellte beschäftigt worden.

Das wird sich ändern: Ein Berufsschullehrer, der an symptomfreier Multipler Sklerose und orthopädischen Beschwerden leidet, ist nur als Angestellter beschäftigt worden. Er hat deshalb Klage eingereicht. Jetzt hat das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht (OVG) ein neues Urteil zur Übernahme ins Beamtenverhältnis gefällt.

Der Kläger berief sich auf europäisches Richtlinienrecht, das in Deutschland im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) rechtskräftig ist. Danach darf niemand aufgrund von Behinderung benachteiligt werden. Das AGG schützt auch Menschen mit Handicaps unterhalb der Grenze einer Schwerbehinderung. Die Verbeamtung kann danach nur in Ausnahmefällen verweigert werden. Dann nämlich, wenn der Betroffene aus gesundheitlichen Gründen eine konkret zur Tätigkeit gehörende berufliche Anforderung nicht erfüllen, eine Lehrkraft beispielsweise keinen ordnungsgemäßen Unterricht erteilen oder sonstige Lehrerverpflichtungen nicht wahrnehmen kann. Die Möglichkeit, dass vielleicht nach 20 oder 25 Jahren eine vorzeitige Dienstunfähigkeit eintreten könne, rechtfertigt nach Auffassung des Klägers keine Verweigerung der Verbeamtung.

Das OVG gab dem Kläger überwiegend Recht. Die Schulbehörde muss nun über den Antrag auf Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe neu entscheiden und dabei die Vorgaben des Gerichts beachten. Das stützt sich in seinem Urteil allerdings nicht auf europäisches Recht, sondern auf Art. 3 des Grundgesetzes (GG). Doch auch dieser verbietet eine Benachteiligung. Art. 3 GG schützt Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen, auch wenn sie nicht als schwerbehindert gelten. Um den Anforderungen des GG zu genügen, muss nach Auffassung des OVG zwischen dem Benachteiligungsverbot einerseits, das sich aus dem Grundgesetz ableitet, und dem beamtenrechtlichen Lebenszeitprinzip andererseits ein Ausgleich gefunden werden. Der bisher angewandte Maßstab werde diesem Anspruch nicht gerecht, urteilten die Richter, er sei daher abzusenken. Von einer gesundheitlichen Eignung sei auszugehen, wenn die amtsärztliche Prognose eine vorzeitige Dienstunfähigkeit mit hoher Wahrscheinlichkeit (mehr als 50 Prozent) ausschließen kann. Nimmt man die Vorgaben des OVG als Grundlage, wäre ein Großteil der bisher abgelehnten Bewerberinnen und Bewerber in das Beamtenverhältnis zu übernehmen.

Das OVG hat sich in seiner Entscheidung allerdings nicht mit den europarechtlichen Vorgaben eines Antidiskriminierungsverbotes auseinandergesetzt, obwohl das erforderlich gewesen wäre. Der vom Gericht entwickelte Maßstab reicht für europäisches Recht nicht aus. Wenn beispielsweise der bei jeder Einstellung eingeschaltete amtsärztliche Dienst zu dem Ergebnis kommt, dass der untersuchte Bewerber nach 20-jähriger Beamtentätigkeit sehr wahrscheinlich dienstunfähig werde, kann ihm der Dienstherr die Einstellung in das Beamtenverhältnis verwehren. Nach europäischem Recht wäre das vermutlich nicht möglich, da nach diesem nur konkret tätigkeitsbezogene Beeinträchtigungen eine Verbeamtung ausschließen würden.

(*Nds. OVG vom 25. Januar 2011 – 5 LC 190/09 – www.dbovg.niedersachsen.de/index.asp) Rechtsanwalt Karl Otte*

Diskriminierungsverbot

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst
www.kredite-fuer-beamte.de
oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Buchmesse: Rabatt für GEW-Mitglieder

Zum sechsten Mal lädt die Frankfurter Buchmesse Lehrkräfte und Erzieherinnen zum Bildungskongress „Lernende Gesellschaft“ auf die Messe. Am *14. und 15. Oktober* dreht sich in den Konferenzräumen der Halle 4.2 alles um das Thema „Lernen bewegt!“

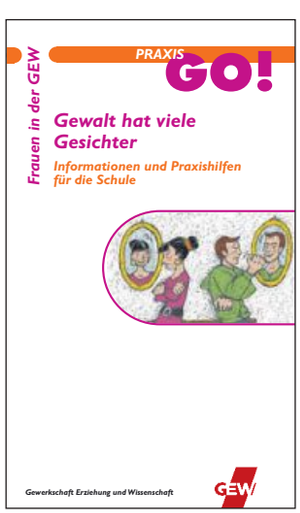
12.–16. Oktober 2011
FRANKFURTER BUCHMESSE
Zukunft Bildung

GEW-Mitglieder erhalten fünf Euro Rabatt und zahlen 30 Euro Teilnahmegebühr inkl. Messeeintritt und Mittagsimbiss! Bitte geben Sie bei der Buchung den Code EDUGW5 ein.
Programm und Anmeldung unter
www.buchmesse.de/bildungskongress
Kontakt: Antonia Stock, *a.stock@book-fair.com*, 069 2102182

Pädagogische Konferenz

„Schulen auf dem Weg zur Profilierung – und wo bleibt die Bildung?“ So lautet das Thema der 9. Pädagogischen Konferenz, die vom *16. bis 18. November* in Eisleben stattfindet. Deutscher Katecheten-Verein, Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Erzieher in Deutschland e.V., Fachverband Ethik e.V. und GEW veranstalten die Tagung gemeinsam. Diese Themen stehen zur Diskussion: Wie haben sich Schulen nach PISA auf den Weg gemacht? Wer ist mit einbezogen worden und wie hat die Suche nach einem Profil die Schule im Alltag verändert? Es referieren: *Hans-Jürgen Berg* (Ministerialdirigent Rheinland-Pfalz), Prof. *Ulrich Herrmann* (Uni Tübingen), *Christian Füller* (taz-Redakteur).
Weitere Infos: *www.gew.de/9._Paedagogische_Konferenz.html*
Anmeldungen bitte bis zum *15. Oktober* an: GEW-Hauptvorstand, *Antje Lindner*/Organisationsbüro, Wallstr. 65, 10179 Berlin, Telefon 030/235014-11, Fax 030/235014-10, E-Mail: *antje.lindner@gew.de*

GEW-Broschüre: Gewalt hat viele Gesichter



Häufig trifft Gewalt Kinder und Jugendliche. Mädchen und Jungen erleben Misshandlung und Missbrauch zuhause, in der Schule oder im öffentlichen Raum. Lehrerinnen und Lehrer erfahren in ihrem Schulalltag nur einen Ausschnitt der Lebensrealität ihrer Schülerinnen und Schüler. Dennoch kann Schule einen wichtigen Beitrag zur Gewaltprävention leisten.
Anregungen vermittelt das Praxisheft „Gewalt hat viele Gesichter“. Es wird nicht nur auf unterschiedliche Formen der Gewalt hingewiesen, sondern auch aufgezeigt, wie gewalttätige Handlungen in der Schule differenziert beurteilt werden können. Praktische Ansätze zur Gewaltprävention und Adressen von Informationsstellen zur Unterstützung der pädagogischen Arbeit runden die Broschüre ab. Bezug über:
GEW-Shop – Artikel-Nr.: 1431 (*www.gew-shop.de*, *gew-shop@callagift.de*), Mindestbestellmenge zehn Stück, Einzelpreis 1,60 Euro, Preise zzgl. Verpackungs- und Versandkosten. Einzelbestellungen an: *broschueren@gew.de*

Berichtigung

In der Autorenzeile des Gastkommentars der September-Ausgabe der E&W hat sich ein Fehler eingeschlichen. *Ernst Dieter Rossmann*, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, ist Vorsitzender des Deutschen Volkshochschulverbandes und nicht dessen Präsident. Präsidentin ist Prof. Rita Süssmuth (CDU). Wir bitten um Entschuldigung. *E&W-Redaktion*

„Undemokratisches Handeln“?

(E&W 4/2011, Seite 38: „Rot siegt über Braun“)

Ich kann nicht verstehen, wie meine Gewerkschaft (ich bin über 40 Jahre Mitglied) sich für ein derart undemokratisches Handeln stark machen kann. Das Demonstrationsrecht ist uns heilig. Wer immer (mit Genehmigung) demonstriert, darf nicht behindert werden. Es kann nicht sein, dass Menschen, die andere Meinungen vertreten, mit Gewalt (dazu zählt schon eine Sitzblockade!) eine Demonstration behindern. In unserer Demokratie darf jeder für seine Meinung (wenn genehmigt) friedlich! demonstrieren. Ich zitiere *Rosa Luxemburg*: Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden.
Rudolf Pfaff, Wendlingen

„Ultrareaktionäres Geschwätz“

(E&W 6/2011, Seite 14: „Lesben werden Tore schießen“)

Ist der *E&W* klar, was das für ein ultrareaktionäres Geschwätz ist? Genauso könnte die Redaktion auch einen Artikel schreiben mit dem Titel „Frauen spielen Fußball, auch in den kritischen Tagen“.
Michael Pitz-Grewenig (per E-Mail)

„Vergällte Freude“

(E&W 7-8/2011)

Heute ist die neue *E&W* bei uns angekommen, aber die Freude daran wurde mir sogleich vergällt, als ich entdeckte, dass in mehreren Beiträgen die neue, im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse als Hindernis für eine angemessene Finanzierung der Bildungspolitik beklagt wurde. Die Schuldenbremse ist der letzte Strohhalm, an den man sich mit Blick auf die maßlose Staatsverschuldung im Moment klammern kann! Die Schuldenbremse hat nichts mit der Bildungspolitik zu tun, sondern mit einer Mindestgarantie dafür, dass auch eine kommende Generation vielleicht noch ein bisschen Geld hat, z. B. um Lehrkräfte zu bezahlen. Die GEW kann die Finanzpolitik im Allgemeinen beklagen, mäßige Steuererhöhungen und Streichungen von Subventionen sowie Ausnahmetatbeständen fordern. Sie kann auch vor dem Hintergrund des allgemeinen finanziellen Notstands kleine Opfer des öffentlichen Dienstes im Rahmen eines Gesamtplans zum Schuldenabbau der öffentlichen Hand anbieten. Aber die Schuldenbremse sollte sie aus dem Spiel lassen!
Uli Wößner (per E-Mail)

„Alte Scheuklappen“

(E&W 7-8/2011, Seite 28: „Wachsamkeit geboten“)

Legt doch bitte die alten Scheuklappen ab! Nachdem die sozialdemokratische Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) vor Kurzem mit einem Gutachten pauschal auf sämtliche Privatschulen eingeschlagen hat, hat die GEW mit der Max-Traeger-Stiftung nun in die selbe Kerbe gehauen. Beiden Gutachten gemeinsam ist, dass in klassisch sozialdemokratischer Manier alles, was nach Kapitalismus riecht, über einen Kamm geschert wird. Gerade im Privatschulsektor wäre es aus gewerkschaftlicher Sicht aber wichtig, die Privatschulen differenziert zu betrachten.
Echte Privatschulen, also solche, die von Eltern organisiert sind, gibt es zu hunderten in Deutschland und hier wird keine Auswahl nach dem Geldbeutel vorgenommen. Es wäre hilfreich, wenn ich von den Gewerkschaften nicht die immer gleiche alte Leier der angeblichen Eliteauswahl hören müsste.
Hermann Stubbe (per E-Mail)

Online-Anschlagtafel:
www.gew.de/GEW-Anschlagtafel.html

E&W-Briefkasten

Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Postfach 90 04 09, 60444 Frankfurt a. M.,
E-Mail: renate.koerner@gew.de
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die E&W-Rubrik „Anschlagtafel“ ist auf unserer Website unter www.gew.de/GEW-Anschlagtafel. html zu finden.

Anzeigen

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker — Seit 1997

Unser Versprechen: *„Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen"*

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.

Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de · Nulltarif-0800-33 10 332

Andreas Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

www.sonderdarlehen.de
Sonderzins I-Phone-App gratis
NULLTARIF: 0800 056 7836

TimeTEX
HERMEDIA Verlag
Postfach 44
93337 Riedenburg
F: 09442/92209-66

Mobil-Sichtschutz "Clausura"
- Ideal für Tests
- kein Abschreiben mehr
- Klassensatz im Koffer
- leicht und schnell aufstellbar

ab 1,95 € / Stück (14 Tage Rückgaberecht)

T: 09442 / 922 090 — Besuchen Sie uns: **www.timetex.de**

3 in 1
GUTES UND SCHÖNES

Im 3in1 finden Sie 3x Gutes und Schönes:

Geschenke | Schmuck | Naturkosmetik

Neben Lavera Naturkosmetik auch Bio-Pflegeprodukte auf Basis von Sanddorn, Molke und Honig, sowie Spezialprodukte, die bei Neurodermitis und Problemhaut angewendet werden. Verschiedene Schmuck-Kollektionen mit unterschiedlichem Anspruch. Besonders interessant: Schmuck mit magnetischer Energie.

www.dreiineins.de

3 in 1

Fortbildungen im Urlaub mit Urlaubsflair
in den Herbstferien
ab 14.10. bis 30.10.2011
jeweils dreitägig ab 389,- €
(inkl. MwSt.)
www.fortbildungsurlaub.com
Tel.: 0251-239 089 - 30 / Fax: - 31

lutzgoerner.de
Ein Titan der Erzählkunst (RP)
Klicken lohnt sich

www.hamosons.de
Umhängetasche für Lehrer
- leichtes, robustes Leder
- geräumig + Laptopfach

Nur 149 Euro. 1 Monat Widerrufsrecht.

ZARB Arbeitsblätter – kreativ und schnell erstellen

ZARB erstellt attraktive Übungen und anspruchsvolle Tests aus Ihren deutschen oder fremdsprachlichen Texten. Ganz einfach per Mausklick! In Microsoft Word oder OpenOffice Writer integriert. Zum Beispiel Rätsel, Wortformen- und Zuordnungsübungen, Geheimschriften, Lücken-, Schüttel-, Schlangen- und Fehlertexte.

Lösung:
2 ZARB 4 IST
3 EINFACH 1 GENIAL

Neue Produkte: MatheBlatt, LESEN 2000, MathBox

hans zybura software
Waldquellenweg 52 · 33649 Bielefeld · Fon 0521.9 45 72 90
Fax 0521.9 45 72 92 · www.zybura.com

NaturaMed Fachklinik
- BurnOut
- Lebenskrise
- Depression
- Ängste
- chronische Schmerzen
- Essstörung

Ganzheitsmedizinische Ursachendiagnose

Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig
0 75 24 . 990 - 222
88339 Bad Waldsee
naturamed.de

Die Wollmarshöhe
Klinik Wollmarshöhe
Fachkrankenhaus für psychosomatische Medizin

Neue Kurzzeittherapie bei Burn out und Stressfolgeerkrankungen

Akutaufnahme möglich nach § 4 Abs. 4 (Privatversicherer). Einzelzimmerunterbringung, persönliche Atmosphäre, ganzheitliches Therapiekonzept, in Bodenseenähe (Bodnegg).

Für Privatpatienten und Beihilfeberechtigte.

Kostentransparenz und Kostensicherheit: Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.

Kontakt: 0049 (0)7520 927-0
info@klinik-wollmarshoehe.de
www.klinik-wollmarshoehe.de

www.wollmarshoehe.de

Ihre Anzeige in der **Erziehung und Wissenschaft**
Gerne beraten wir Sie persönlich, rufen Sie einfach an: ☎ 0201 / 843 00 - 31
www.erziehungundwissenschaft.de

Sucht, Depression, Angst, Burn-out

Zurück ins Leben

Sofortaufnahme – auch im akuten Krankheitsstadium.
Hochintensive und individuelle Therapien
für Privatversicherte und Beihilfeberechtigte.
Wir helfen bei der Klärung der Kostenübernahme.

Beratung und Information
0800 32 22 32 2
(kostenfrei)

Unsere privaten Akutkrankenhäuser:
Schwarzwald, Weserbergland, Berlin/Brandenburg
www.oberbergkliniken.de

Oberberg
Psychotherapie · Psychiatrie · Psychosomatik

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.
0800 - 1000 500
Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
seit über 30 Jahren.

Beamtendarlehen supergünstig
Hypotheken- und Beamtendarlehendiscounter

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D

Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,7%, Lfz. 84 Monate, mtl. Rate 434 € effektiver Jahreszins 5,85%, Bruttobetrag 36.456 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

Klassenfahrten in Deutschland!
Der neue Katalog ist da!
Jetzt anfordern unter:
www.cts-reisen.de
CTS Gruppen- und Studienreisen GmbH
Tel. 05261 2506-7110 | deutschland@cts-reisen.de | www.cts-reisen.de

Segeln in der westlichen Ostsee. Klassenfahrten auf einem schönen Segellogger für Gruppen bis 32 Pers. Segeln, Navigieren, die Reiseroute mitbestimmen. Ankern - Baden - Spaß haben. J. Kowalski, Martinsberg 6, 24941 Flensburg. **www.ryvar.de, Tel. 0461 /13238, Fax /180439**

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

Berlin hotel greifswald **Berlin**
Das freundliche Hotel in Prenzlauer Berg.
Für Oberstufengruppen und Einzelreisende.
T: 030 4435283, www.hotel-greifswald.de

ANDALUSIEN
Ruhige individuelle Ferienwohnung für 2-6 Pers., Haus am Atlantik, große Terrasse, Naturgarten, Privatweg zum kinderfreundlichen Strand 150 m.
Tel.: 030 / 84 50 87 35 oder 8 17 30 20

Herbstreisen in die Sonne
SINGLEREISEN + Angebote
für gemischte Gruppen.
Weihnachts- u. Silvesterangebote
T.: 030 - 609 359 29
www.solos-erlebnisreisen.de

Klassenfahrten, Abi- & Studienreisen nach Berlin
www.berlinreisen.de

Türkische Ägäis – Wiege der Zivilisationen
Kunst - Kultur - Natur in kleiner Pension am Nationalpark am Meer
www.domizil-lina-art.de

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Skilanglaufreisen nach Skandinavien
www.die-vagabunden.de
☎ 0 52 01 - 73 47 42

PRAG • PRAG • PRAG
Abi- & Klassenfahrten / Studienreisen
Flexible Gestaltung - Profess. Betreuung
ANGEBOT ab Nov.: 4 Tage Prag
Busfahrt, 3 ÜF (Buffet) im 3***-Hotel im Zentrum mit Programm - ab **99,- €**
(günstige Verlängerung möglich)
Skoltour • Ihr Reisepartner in Prag
Mikovcova 6 • CZ-120 00 Praha 2
Tel: 00420 - 224 236 125
Fax: 00420 - 224 234 655
www.skoltour.cz

Klassenfahrten nach Berlin
(incl. Transfer, Unterkunft, Programmgestaltung nach Absprache)
Biss, Fichtestr. 30, 10967 Berlin
Telefon (0 30) 6 93 65 30
www.berlin-mit-biss.de

SCHWEDEN - Ferienhäuser - Blockhäuser - Bauernhöfe
100 seitiger Katalog gratis!!!
SÜDSCHWEDISCHE FERIENHAUS-VERMIETUNG
Box 41, S-289 21 Knislinge, Tel. 004644/60655
Fax 004644/61519, E-mail So@ssf-turist.se

KLASSENREISEN
Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-

Oder Österreich ... Holland
Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London ....
KLASSE REISEN GmbH
Württembergallee 2 • 14052 Berlin
Tel. (030) 303083-6 • Fax (030) 303083-77
www.klasse-reisen.com
Katalog unter: 030-303083-6

Die ostfriesische Nordseeküste
5 Tage ab € 99,00 inkl. HP
www.klassenfahrt-nordsee.de

Jugendwerk Brookmerland
Leezdorfer Straße 70, 26529 Leezdorf
Tel. 04934 - 804257, Fax 04934 - 7827
info@klassenfahrt-nordsee.de

www.Herberge-Harz.de
3 Tage ab 49 € - 5 Tage ab 79 €
(ÜB/VP, Programm inklusive).
Keine Stornoklausel, Freiplätze für Begleitpersonen.
Besondere Angebote:
Winter-, Weihnachts- und Outdoorprogramme.
Telefon: 03947 - 2793

www.der-coepenicker.de
Hostel am Flussbad
Preiswert Wohnen
im grünsten Bezirk Berlins

Unterkünfte für Jugendgruppen und Klassenfahrten.
Kanuverleih, hauseigener Sandstrand, Beachvolleyball...
Unsere Übernachtungspreise variieren je nach Gruppengrösse und Jahreszeit!
Fordern Sie unseren Hausprospekt mit aktuellen Angeboten an.
12557 Berlin-Köpenick Gartenstr. 50
Tel.: 030 / 65 88 00 94, Fax: 030 / 65 88 00 93

Schullandheim
Freizeitstätte
Tagungshaus
HAUS LANKAU SCHULLANDHEIM
Für Schulkinder, Jugendliche und Erwachsene.
Direkt am Elbe-Lübeck-Kanal.
Info: Pro FUN, Staatl. Handelsschule
Kellinghusenstr. 11, 20249 Hamburg
T: 0 40 428985-233, F: 040 428985-234
www.HausLankau.de

Berlin Highlights in tollen Programmen
Klassenfahrten zu Kultur, Geschichte, Politik und Lifestyle:
z.B. **5 Tage „Grenzgänger"** Thementour „Berliner Mauer", Führung im ehemaligen Stasi-Gefängnis, Museum „Haus am Checkpoint Charlie"
ab 93,00 € p.P. inklusive Unterkunft
z.B. **5 Tage „Geschichte Berlins - Begegnungen"** Stadtrundfahrt, Reichstagsbesuch, Erlebnisausstellung „The Story of Berlin", Anne-Frank-Zentrum oder Pergamonmuseum **ab 99,00 € p.P.** inklusive Unterkunft
BERLIN UNLIMITED
Städtereisen International
Tel. 030/29 77 83 0 **www.berlinunlimited.com** **info@berlinunlimited.com**

REAL-TOURS S.R.L.
Tel 00 39 / 05 47 / 67 27 27
Fax 00 39 / 05 47 / 67 27 67
Via Bartolini, 12
47042 Cesenatico/Italia
www.real-tours.de
24 h online buchen
E-Mail: Info@real-tours.de

SCHULFAHRTEN 2012

Busfahrten nach **Cesenatico** mit Ausflügen **ab Euro 218,00 HP.**
4 oder 6 Übernachtungen mit Ausflügen nach Ravenna, Venedig, San Marino, Urbino.

- **Busfahrten**
  zur **Toskana-Küste**, zum **Gardasee**, nach **Rom**, nach **Sorrent**, nach **Südtirol**, nach **Spanien**, nach **Griechenland**
- **Städtereisen** mit dem Bus, inkl. Ausflüge vor Ort
  6 Tage nach **Prag**, 6 Tage **Paris**, 7½ Tage nach **London**, 4 Tage nach **Berlin**, 4 Tage nach **München** (Preise auf Anfrage)
- **Pakete** bei eigener Anreise z.B. per Flugzeug
  nach Cesenatico, in die Toskana, zum Gardasee, nach Spanien/Katalonien, Barcelona, Madrid, Sevilla.

Nur Hotelunterbringungen bei eigener Anreise sind bei allen in unserem Katalog angegebenen Reisezielen möglich.

Bitte fragen Sie nach unserem aktuellen Katalog 2011.

Einzelheiten zu unseren Reisen, Daten, Preisen und Programmabläufen finden Sie auch im Internet unter **www.real-tours.de**

Weitere Informationen auch bei R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf, Telefon 0 83 22 / 800 222, Telefax 0 83 22 / 800 223.

rubens feriendienst = italien
VIAGGI E TURISMO
Wir sind auch auf facebook
TOSKANAKÜSTE 5 X Ü/HP € 117,50
Unseren Katalog 2012-13 sowie weitere Informationen erhalten Sie bei:
Werner Brandhorst, Holzhauser Kirchweg 20, D- 32479 Hille
Tel. 0571.4049582 Fax 0571.4049583 www.rubens.it

ROM
Buchen Sie beim Spezialisten
5-tägige Flugreise ab 215 €
CTS Gruppen- und Studienreisen GmbH
Tel. 05261 2506-8130 | italien@cts-reisen.de | www.cts-reisen.de

Neu bei CTS:

VALENCIA – Heimat der Paella

5-tägige Flugreise ab **239 €**

CTS Gruppen- und Studienreisen GmbH

Tel. 05261 2506-8170 | spanien@cts-reisen.de | www.cts-reisen.de

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

TÜRKEI EINMAL ANDERS
Urlaub im malerischen Fischerstädtchen Kas.
Kleine Pension, dt.-türk. Ltg., Dachterrasse, traumhafter Meerblick, alle Zi. mit DU/WC. Zi.-Preise/Nacht mit Frühstück: DZ 54 €, EZ 40 €, Fam.-Zi. 80 €.
Telefon: 0172 / 913 66 77
www.brigitte-krickl-reisen.de

Mit dem Wind auf Klassenfahrt
über 350 Schiffe
8-44 Personen
IJssel-/Wattenmeer und Ostsee
spezielle Schultarife mit Preisgarantie
Gratis-Infomappe
www.aquatours.de
aqua tours Hauptstraße 87 D-57482 Wenden
Tel. 02762-929612 Fax 1780 Mail info@aquatours.de

Schleswig-Holsteinische Gesellschaft für Einrichtungen der Jugendpflege e.V.

Kennen Sie uns schon?
Häuser und Zeltlager an Nord- und Ostsee für Ihre Klassenfahrten, Jugendbildungsreisen, Ferienfreizeiten, Chor- und Orchesterproben...
Rufen Sie uns an: 0431 / 82 460
Mehr Infos unter: **www.shgej.de**

Schüler-Gruppenreisen
Hier stimmen Preis und Leistung - europaweit

Alle Reisen inkl. Ausflugsprogramm

- 5 1/2 Tage London, 3 x ÜF	ab € 149,-
- 5 1/2 Tage Trentino, 4 x HP	ab € 145,-
- 6 1/2 Tage Gardasee, 4 x HP	ab € 159,-
- 6 1/2 Tage Rom, 4 x ÜF	ab € 164,-
- 7 1/2 Tage Toskana, 5 x HP	ab € 185,-
- 7 1/2 Tage Ital. Adria, 5 x HP	ab € 174,-
- 7 1/2 Tage Spanien, 5 x HP	ab € 154,-
- 5 Tage Prag, 4 x ÜF	ab € 92,-

Fordern Sie jetzt unverbindlich und kostenlos Ihr individuelles Angebot an.
49733 Haren - Kruppstr. 6
Tel.: 0 59 32 / 40 66 - Fax: 41 65
E-Mail: Info@Gravelaar.de
Reiseveranstalter - Busunternehmer
Gravelaar REISEN

CJD MALENTE –BILDUNGSZENTRUM– cjd die-chancengeber.de

Erlebnis–Klassenfahrten nach Malente / Holsteinische Schweiz
Teamentwicklung für Schulklassen:
- Selbstvertrauen und Körperbeherrschung
- Training im Hochseilgarten Malente
- Ein Tag im Outdoor–Camp / GPS–Rallye

Infos, Flyer und Präsentationshilfen: Godenbergstr. 7b, 23714 Malente, Fon 04523 / 9916-0, Fax / 9916-16, www.cjd-malente.de, info@cjd-malente.de

Klassenfahrten SEGEL- u. SURFKURSE
Mountainbikes, Skating, Beachvolleyball
1 Woche (5 Tg.) Kurs + Vollpension € 169,-
1 Woche (5 Tg.) Kurs + Übernachtung € 129,-
Je 12 Personen - 1 Begleiter frei
anerkannt vom DSV
anerkannt vom DMYV
Mitglied im VDS
03.10.-30.04. 5 Tage Übernachtung/ Vollpension 79,- €
www.ostwind.com
OSTWIND SEGELSPORT GmbH
Am Brackstock, 24321 Hohwacht/Ostsee
Tel. 0 43 81 - 90 51 - 0, Fax 90 51 - 10, info@ostwind.com

Berlin, Berlin
wir fahren nach Berlin!
SPORTJUGEND BERLIN
JUGENDHOTEL BERLIN
KOMPETENT - FAIR - FREUNDLICH
- Zentral gelegenes City-Hostel, U-Bhf. direkt vor der Tür, alle Sehenswürdigkeiten sind bequem und schnell erreichbar
- Spezialisiert auf Schulklassen, Fachgruppen, Sportvereine und Sportler, Ferienfreizeiten und junge Familien
- Alle Zimmer mit Bad / WC, Einzelzimmer für Begleiter und Busfahrer
- Preis pro Person im Dreibettzimmer inkl. Frühstück: ab 20,50 €
- Aufsichtsführende Lehrkräfte gratis im Einzelzimmer (20 : 1)

Reisenetz geprüfte Qualität

Einfach anrufen: 030 - 322 10 11
jugendhotel@sportjugend-berlin.de
www.sportjugendhotel-berlin.de
Kaiserdamm 3 • 14057 Berlin - Charlottenburg

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen
Prag? Nur mit uns!
Vor Ort Service:
Wir sind immer für Sie da.
PRAHA
das tschechische team
Infos: 040 / 280 95 90 • www.agaria.de • prag@agaria.de

Nordsee/Norddeich Freizeitgruppenhaus
Für Selbstversorger (max. 28 Pers.), ideal für Klassenfahrten/Freizeiten/Seminare, tolle Freizeitangebote, kompl. eingerichtet, Strandnähe.
www.selbstversorgerhaus-nordsee.de Tel. 04941 / 68865

Klassenfahrt
Reit- und Ponyhof
in Ostsee-Nähe mit Natur-Angeboten
Leistungen: 2 Reitstunden abwechselnd mit Ausritten u. Planwagenfahrten. 2 Fußballplätze, Volleyball- u. Basketballplatz, Spielwiese, Kletterbäume, Badesee mit Flößen, Fahrradverleih. Jede Klasse erhält eigenen Aufenthaltsraum. **Kulturstätten: Kiel und Schleswig.** Preis: 5 Tage VP inkl. Reiten 135 € / Schüler, 2 Freiplätze je Klasse. **Sonderpreis:** 110 € vom 30. Oktober - 31. März
24361 Hof Kirchhorst, Tel 04356 / 99750, Fax 1413
www.hof-kirchhorst.de

HISTORISCHE ZEILVAART HARLINGEN
Segeln auf Wattenmeer und IJsselmeer
Traditionelle Segelschiffe mit erfahrener Besatzung. Klassenfahrten ab Harlingen.
Fordern Sie kostenlos unsere Broschüren mit Aktiv-Programm an:
Schipperscoöperatie Historische Zeilvaart Harlingen
Postbus 114, 8860 AC Harlingen, Holland,
Tel.: 0031 - 517 - 413242, Fax: 0031 - 517 - 414654
www.historischesegelfahrt.de

Seit 1966
Friesland Charter
Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen
Auf IJsselmeer und Binnengewässer
8 bis 60 Personen
• Klassenfahrten
• Wochenendarrangements
Familie Koopmans
De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum
Ruf 0031-566-631604
An Bord 0031-6-50681864
E-mail: info@frieslandcharter.nl
Internet: www.frieslandcharter.nl
Klipper DE HOOP****

Freizeit Aktiv
KLASSENFAHRTEN

BERLIN	3 x ÜF	ab	92 €
FERIENPARK NORDSEE	4 x Ü	ab	115 €
LONDON	4 x ÜF	ab	115 €
CAORLE/VENEDIG	4 x Ü	ab	94 €
GARDASEE	4 x Ü	ab	88 €
TOSKANA	4 x Ü	ab	92 €
ROM	4 x ÜF	ab	108 €
CÔTE D'AZUR	4 x Ü	ab	82 €
PRAG	3 x ÜF	ab	66 €
COSTA BRAVA	4 x Ü	ab	99 €
KROATIEN	4 x Ü	ab	86 €

... SO MACHT BILDUNG SPASS
☻ Alle Preise exkl. Anreise. Individuelle Anreisekosten a.A. ☻ Weitere interessante Ziele mit Bus-, Bahn- o. Low cost-Fluganreise ☻ Reiserücktrittskostenversicherung ☻ Verlängerungstage möglich ☻ Attraktive Lehrer-Info-Reisen ☻ Bonus bei Buchung von 3 Klassen! ☻ je 25 Schüler 1 Freiplatz ♿ Behindertengerechte Unterkünfte!
Fordern Sie unseren Katalog 2012 an!
Freizeit Aktiv Studienreisen GmbH
Postfach 11 55 · D-64659 Alsbach
Fon: 0 62 57-9 98 19-0 · Fax: 9 98 19-25
info@freizeit-aktiv.de · www.freizeit-aktiv.de

MESO Klassenfahrten und Individualreisen mit dem Kanu
LAHN LOIRE MECKLENBURG MASUREN
52076 Aachen Vennwegener Str. 18
Tel. 02408/3196 oder 0172/2422080
Fax 02408/6327 www.meso-reisen.de

Studienreisen Patrick Jung
SPANIEN • ITALIEN
Studien- / Klassenfahrten mit Bus oder Flugzeug
Nähe Barcelona → direkt am Meer
Nähe Venedig
5 - 8 Tage ab 260,- €
• mit HP im 2- oder 3-Sterne-Hotel •
• Transfer, Bus vor Ort •
• individuelle Programme •
• Bootsfahrt •
• Ausflüge/Besichtigungen mit Führung •
Telefon: (02 21) 9 43 54 11
studienreisen-jung@netcologne.de
www.studienreisen-jung.de

LONDON www.s-e-t.de
Tel: 0421–308820
S-E-T
• Top-Hotels • Top-Programm • inkl. Oxford
Der Spezialist für Klassenfahrten England
• Shakespeare at the Globe

Diesmal

GIPFELSTURM DER BILDUNGSNATIONEN

Cartoon: Karl-Heinz Brecheis